



Seite 15



Seite 1

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Erdings Oberbürgermeister Max Gotz und KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Röbke begrüßten gemeinsam Innenminister Joachim Herrmann (v.l.). Bild: KPV

KPV-Landesversammlung in Erding:

Substanz zeigen, Kompass geben

Mögliche Ampel-Koalition hin oder her – Fakt ist: Die breite Mitte der bayerischen Bevölkerung wird nach wie vor von der Volkspartei CSU repräsentiert. Dabei spielen die Kommunalpolitiker als Stabilisatoren eine wichtige Rolle. Gerade für ein starkes Bayern brauche es auch starke CSU-geführte Kommunen, führte der im Rahmen der KPV-Landesversammlung in Erding fast einstimmig als Vorsitzender wiedergewählte Donau-Rieser Landrat Stefan Röbke aus. Mit mittlerweile 15.822 Mitgliedern sei die Kommunalpolitische Vereinigung die drittgrößte Arbeitsgemeinschaft der CSU.

„Wenn Kommunen weiter in Bauprojekte, Schulen, Kindergärten oder Infrastruktur investieren sollen und wenn sie für ihre Bürger eine Grundlage für eine erfolgreiche Zeit nach der Krise bieten sollen, brauchen sie dauerhaft die nötigen finanziellen Spielräume“, machte Röbke deutlich. Deshalb sei für die KPV klar, sich für ein kommunales Rettungspaket zur Kompensation der Steuerausfälle für die Jahre 2021 und 2022 einzusetzen. Zudem fordern die CSU-Kommunalpolitiker eine Kompensation der coronabedingten Erlösausfälle für kommunale Krankenhäuser.

Die Masse an Förderprogrammen sowie die äußerst komplexen und diversen Fördervoraussetzungen machen es laut Röbke „oftmals unattraktiv oder gar für kleine Kommunen unmöglich,

Förderanträge zu stellen“. Nicht selten müsse hierfür ein nicht unerheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Kommunen in die Finanzplanung aufgenommen werden. Deshalb plädiert die KPV für eine bessere und langfristige Grundausrüstung statt kurzfristigen Förderungen. „Das gemeinsame Ziel aller politischen Ebenen muss es sein, Förderprogramme schnell, effektiv und unbürokratisch zu gestalten.“

Wirtschaftliche Stärke und Familienfreundlichkeit

Grundsätzlich sollten innovative Kommunen wirtschaftliche Stärke und Familienfreundlichkeit im Auge behalten, forderte der KPV-Vorsitzende. Es gelte, „den Blick für Realistisches und Machbares“ zu schärfen.

In dasselbe Horn stießen der stellvertretende Erdinger Landrat Franz Hofstetter und Erdings Oberbürgermeister Maximilian Gotz. Aus dessen Sicht sind die

Kommunen freilich in manchen Bereichen aktuell nur noch „Befehlsempfänger“. Bei Grundsatzfragen wie dem „unzulänglichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul-kinder“ würden sie beispielsweise ebenso wenig politisch eingebunden wie beim Thema Lüftungsanlagen, wo sich Informationen auf Pressemitteilungen der Staatsregierung beschränkten. Nach den unbefriedigenden Ergebnissen insbesondere bei der Bundestagswahl sei eine Aufbruchstimmung nötig, die jetzt die Kommunalpolitiker auf Augenhöhe mitnimmt. „Die CSU hat nun die Chance, Substanz zu zeigen, Kompass zu geben und damit wieder mehr Wähler zu gewinnen“, machte Gotz deutlich.

Kommunen sind die Basis der Demokratie

„Unsere Kommunen sind die Basis der Demokratie. Vor diesem Hintergrund ist es für die Staatsregierung eine Daueraufgabe von höchster Priorität, die kommunale Selbstverwaltung zu bewahren und zu stärken. Als Kommunalminister setze ich dabei auf die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit von Staat und Kommunen und schätze sie sehr“, unterstrich Staatsminister Joachim Herrmann. Sie trage dazu bei, „dass Bayern für seine gut funktionierende bürgernahe Verwaltung auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist und beispielsweise auch die Corona-Pandemie bislang so gut bewältigt hat“.

Damit auch der zweite Corona- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Tourismustag 2021:

Der Weg zu nachhaltigem Management

Unter dem Motto „Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig – Bayern als Heimat und Urlaubsort“ fand der diesjährige Bayerische Tourismustag in Nürnberg als hybrides Event statt. Erklärtes Ziel ist ein nachhaltiges Tourismusmanagement im Einklang mit der Natur und den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung. Hierzu gilt es, ökologische, regionale und soziale Aspekte zu berücksichtigen, wie im Dialog mit ausgewiesenen Experten deutlich wurde.

Laut Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stellt der Tourismus eine wichtige Leitbranche Bayerns dar. Sie sichert das Einkommen von rund 600.000 Menschen im Freistaat und erzielte 2019 einen Bruttoumsatz von 34,2 Milliarden Euro. Im darauffolgenden Jahr kam es wegen der Corona-Pandemie zu einem starken Einbruch, zahlreiche Betriebe kämpften trotz staatlicher Unterstützung ums Überleben. Mittlerweile erhole sich die Branche wieder, so Aiwanger.

Das sympathische Gesicht Bayerns

Bayern biete seinen Gästen eine große Bandbreite an Möglichkeiten – vom Urlaub auf dem Bauernhof zum 5-Sterne-Hotel, von der Bergtour zum Stadtbummel, vom Gasthaus zum Gesundheitstourismus. Die Tourismusbranche sei mit ihrem freundlichen Service das sympathische Gesicht Bayerns, die schöne Landschaft trage we-

sentlich zum Urlaubsgefühl bei. Wie der Minister betonte, „haben Nachhaltigkeit und Regionalität bei uns im Tourismus eine große Bedeutung, auch setzen wir uns für die Digitalisierung ein und unterstützen die Branche mit zahlreichen Förderprogrammen.“

Fit für die Zukunft

Mit dem neuen Programm „Tourismus in Bayern – fit für die Zukunft“ würden mit 30 Millionen Euro gezielt Maßnahmen für einen nachhaltigen, smarten, barrierefreien und ökologischen Tourismus gefördert, damit ein kraftvoller Neustart nach der Corona-Krise gelingt. Dabei werden Klein- und Kleinstvermieter mit einer Förderung in Höhe von 50 Prozent unterstützt. Schließlich stellt der private Ferienwohnungsmarkt eine wichtige Säule des bayerischen Tourismus dar.

In Bayern gibt es geschätzt 28.000 Anbieter, darunter rund 4.000 Landwirte, mit mehr als

130.000 Betten. Damit entfallen etwa 15 Prozent aller Übernachtungen in Bayern auf private Ferienwohnungen und -häuser. Das Programm „Tourismus in Bayern – fit für die Zukunft“ richtet sich deshalb in erster Linie an kleine, nicht gewerbliche Privatvermieter und an Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof mit maximal 25 Gästebetten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Nachhaltigkeit. Gefördert werden Maßnahmen, die die Angebotsqualität erhöhen – von der Verschönerung der Außenanlagen bis zu Software für die Webseitenherstellung.

Angebotsqualität erhöhen

Zudem unterstützt das Programm die Errichtung von E-Ladepunkten für Pkws und E-Bikes, die Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit der Tourismusverbände und -regionen sowie die Erhebung touristisch relevanter Echtzeitdaten für die Besucherstromlenkung. Anbieter von touristischen Angeboten und Parkmöglichkeiten können seit kurzem die Förderung beantragen, um die Auslastung zu erfassen. Diese Daten fließen dann in den Ausflugssticker Bay-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Teure Fehlplanungen

Eine Überstundenaffäre, teure Staatsdiener und ein kostspieliges „stilles Örtchen“: In seinem aktuellen Schwarzbuch kritisiert der Bund der Steuerzahler in Bayern erneut zahlreiche Fälle öffentlicher Verschwendung. Allein die beispielhaft ausgewählten Sachverhalte belegten eine Steuerverschwendung in Höhe von 130 Millionen Euro, hob BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau in München hervor.

Laut Vizepräsidentin Maria Ritch geht der Steuerzahlerbund davon aus, dass jedes Jahr bundesweit etwa 30 Milliarden Euro an Steuergeldern, sprich vier bis fünf Prozent des gesamten öffentlichen Ausgabevolumens, vergeudet werden. Ursachen seien insbesondere politische Egoismen, kleinkariertes Denken und Fahrlässigkeiten.

In seiner Veröffentlichung listet der Bund der Steuerzahler zehn bayerische Verschwendungsfälle auf, die jedoch nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellen. Dazu zählt der überbeuerte Erwerb eines Grundstücks für die neue Technische Universität in Nürnberg. Die Staatsregierung soll das Doppelte des eigentlichen Grundstückswerts, nämlich rund 90 Millionen Euro gezahlt haben.

Überhöhte Preise „alternativlos“

Das Bauministerium rechtfertigte den Kauf damit, dass aufgrund der vorgenommenen Markterkundung der Grundstückserwerb „alternativlos“ gewesen sei und es sich um „die einzig wirtschaftliche Möglichkeit der Bedarfsdeckung“ gehandelt habe, so der Steuerzahlerbund. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof rügte den teuren Grundstückskauf.



Pino fühlt ein Gespenst, das in Deutschland umgeht. Der sensible Kater wird zwar vom Bürgermeister gut versorgt; jedoch treibt ihm die Inflation die Tränen in seine Katzenaugen; zumal er sie für hausgemacht hält, weil es vor allem die Energiepreise sind, die den einfachen Bürgern die Haare vom Kopf fressen. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Steuerzahler-Präsident Rolf Baron von Hohenhau und Vizepräsidentin Maria Ritch.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Hilfe für finanzschwache Kommunen	2
Wie bleibt Elektrizität bezahlbar?	2
Bay. Städtetag: Kommunale Kompetenzen sind unverzichtbar	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Kultur ist Lebens-Mittel	3
Bayerischer Musikschultag in Erding	3
Appell zur Vernetzung	3
Kommunale Energiethemen	5 - 10
Katastrophenschutz - Extremwetterereignisse	11
Kommunale Gesundheitsthemen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wie bleibt Elektrizität bezahlbar?

Die durchschnittlichen Strompreise in Bayern werden auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Wie kann der Anstieg gebremst und Verbraucher sowie Unternehmer entlastet werden? Darüber diskutierten Experten mit Abgeordneten in einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag. Die CSU-Landtagsfraktion forderte per Dringlichkeitsantrag im Rahmen des Plenums Klarheit über Reservekapazitäten insbesondere aus Gaskraftwerken.

Die Beschaffungspreise für Erdgas haben sich seit Jahresbeginn verdreifacht, für einen kurzfristigen Erwerb teils sogar verfünffacht. Zudem explodieren die Kosten insbesondere bei fossilen Ressourcen und Kraftstoffen. Nach Berechnungen der Prognos AG könnte sich der Strompreis in Bayern bis 2030 um durchschnittlich 50 Prozent verteuern. Hauptgründe dafür sind der wachsende Strombedarf sowie die Kosten für die Energiewende. Nach deren Abschluss Mitte der 2030-er Jahre sei aber wieder mit sinkenden Strompreisen zu rechnen, sagte Dr. Almut Kirchner von der Prognos AG voraus. Ohne die Umstellung auf erneuerbare Energien würden die Strompreise aber noch stärker steigen.

EEG-Umlage und Wohngeld

Um bis dahin die Strompreise bezahlbar zu halten, fordern mehrere Experten die Abschaffung der EEG-Umlage sowie die Absenkung der Stromsteuer auf das von der EU zugelassene Mindestmaß. Allein das entlaste private Haushalte um bis zu fünf Cent je Kilowattstunde, teilte Dr. Thomas Engelke von der „Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.“ mit. Einkommensschwache Haushalte könnten durch höheres Wohngeld oder einen Aufschlag auf andere Sozialleistungen unterstützt werden.

Wirtschaftsvertreter warnten vor Wettbewerbsverzerrungen wegen der hohen Strompreise. So plädierte Dr. Bernhard Langhammer als Sprecher der Chem-Delta Bavaria für einen stabilen Industriestrompreis. Die Differenz zum jeweils aktuellen Marktpreis müsse für die Unternehmen zum Beispiel über ei-

nen auch staatlich unterstützten Fonds ausgeglichen werden. Ähnlich äußerte sich der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt. Die hohen Strompreise seien eine „echte Belastung für unsere Unternehmen“ und behinderten den Weg in die Klimaneutralität. Vor allem energieintensive Unternehmen bräuchten andere Marktregeln als Mittelständler und private Haushalte. Ansonsten drohe in einigen Regionen Bayerns eine De-Industrialisierung. Dr. Felix Matthes, Forschungs Koordinator für Energie- und Klimapolitik beim Öko-Institut, riet davon wegen des immensen Subventionsbedarfs ab.

Einfachere Genehmigungsverfahren

Brossardt sprach sich zudem für einen umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch der Windkraft in Bayern aus. Die 10H-Abstandsregel sei da wenig hilfreich. Zudem forderte Brossardt einen raschen Ausbau der Stromnetze, um Lieferengpässe zu vermeiden. Dem schloss sich Dr. Ingo Schmidt vom Stromnetzbetreiber TenneT TSO an. Ohne Netzausbau würden immer mehr technische Eingriffe zur Stabilisierung der Netze erforderlich. Sein Unternehmen habe dafür allein 2020 mehr als eine Milliarde Euro aufwenden müssen, was letztlich auch auf den Strompreis durchschlage.

Keine Abhängigkeit von Stromkosten

Im Gegensatz zu den anderen Fachleuten lehnte Swantje Fiedler vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft eine Absenkung der Strompreise ab. Aus ihrer Sicht sei dieser in Deutschland nicht zu teuer. Bezogen auf das Durchschnittseinkommen lägen bei Privatkunden die monatlichen Kosten für den Strombezug im europäischen Mittelbereich. Für einkommensschwache Haushalte brauche es Hilfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hänge – von wenigen Branchen abgesehen – nicht von der Höhe der Stromkosten ab, so Fiedler. Energieintensive Branchen genossen schon heute Ausnahmeregelungen. Eine pauschale Strompreissenkung sei auch aus ökologischer Sicht der falsche Weg. Fossil erzeugter Strom müsse eher verteuert, regenerativ hergestellter verbilligt werden.

Um die Kosten dauerhaft zu senken, forderte Rainer Ludwig, energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen europäischen Industriestrompreis: „Wir müssen verhindern, dass bayerische Spitzenunternehmen ihren Standort durch wettbewerbsschädliche Vorgaben ins Ausland verlagern müssen. Insbesondere die staatlich erwirkten Bestandteile der Energiepreise müssen reduziert werden, um eine spürbare Entlastung für Wirtschaftskonzerne zu gewährleisten.“ Eine Senkung der Stromsteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestniveau sei dabei dringend erforderlich. Zudem müsse eine zeitnahe Abschaffung der EEG-Umlage erfolgen.

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Albert Duin, plädierte für

eine grundlegende Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Strom, um die Geldbeutel der Verbraucher zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern: „Aktuell setzt sich der Strompreis zu rund 51 Prozent aus Steuern, Abgaben und Umlagen sowie zu 25 Prozent aus Netzentgelten zusammen. Die tatsächliche Strombeschaffung und der Vertrieb machen also nur ein Viertel des Preises aus. Die geplante Senkung oder Abschaffung der EEG-Umlage auf Bundesebene kann hier nur ein erster Schritt sein.“

Booster für die Energiewende

Die SPD-Wirtschaftsexpertin Annette Karl forderte einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und die Senkung des Strompreises für private Haushalte – was allerdings nur durch steuerliche Finanzierung der Ausnahmen bei der EEG-Umlage für energieintensive Industrien gelingen könne. Mit einer Ausbauoffensive der erneuerbaren Energien würden die Kosten gesenkt und die Bürgerinnen und Bürger entlastet. In der Aktuelle Stunde am 11. November im Plenum forderte die SPD-Landtagsfraktion daher einen Booster für die Energiewende und den Ausbau der Windkraft. SPD-Fraktionschef Florian von Brunn kritisierte: „Söder versucht derzeit, die Verantwortung für Strompreise und Stromversorgung auf Berlin zu schieben. Dabei liegt das Energie-Versagen bei ihm und seinem Wirtschaftsminister.“

Klarheit über Reservekapazitäten

Um sicherzustellen, dass es mit der zunehmenden Umstellung auf erneuerbare Energien nicht zu Stromausfällen in Bayern kommt, forderte die CSU-Landtagsfraktion Klarheit über Reservekapazitäten insbesondere aus Gaskraftwerken. Per Dringlichkeitsantrag wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob das bereits zuge-

scherte Kontingent von 2 Gigawatt aus Gaskraft gesichert ist. Dieses Südkontingent soll laut Planungen des Bundes die Länder Bayern und Baden-Württemberg mit Strom aus Gaskraft absichern. Im Dringlichkeitsantrag wird zudem

Bayerischer Städtetag:

Kommunale Kompetenzen sind unverzichtbar

Aktuell müssen auf zahlreichen Feldern gesellschaftliche und politische Änderungen umgesetzt werden. Hierbei ist aus Sicht des Bayerischen Städtetags die Problemlösungskompetenz der Kommunen gefragt. „Eine unerlässliche Basis für die in den Koalitionsverhandlungen angestrebten Reformprozesse ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und die frühzeitige Einbindung der kommunalen Ebene: Städte und Gemeinden müssen bei tiefgreifenden Änderungsprozessen beteiligt werden, sonst kann der angestrebte Wandel nicht funktionieren“, unterstrich Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr.

Die Corona-Pandemie hat für die Kommunen zu empfindlichen finanziellen Ausfällen geführt. Pannermayr zufolge muss deren Ausgleich bei der Gewerbesteuer durch Bund und Länder nach dem gleichen Muster wie 2020 auch im Jahr 2021 fortgeführt werden. Die neue Bundesregierung sei aufgerufen, ausreichend Mittel für die Kompensation der Gewerbesteuer bereitzustellen.

Gerade die Innenstädte müssten sich dem Wandel stellen und sich zukunftsfähig aufstellen. Urbanes Leben solle weiterhin attraktiv für die Menschen bleiben. Strategische und nachhaltige Stadtentwicklung werde noch mehr an Bedeutung gewinnen. Daher müssten bewährte Instrumente wie die Städtebauförderung flexibler gestaltet, weiterentwickelt und besser ausgestattet werden.

Als Gemeinschaftsaufgabe definiert der Verbandschef den Klimaschutz: „Die Kommunen sind bereit. Viele Städte und Gemeinden haben ihr Engagement in diesem Bereich bereits verstärkt. Damit die Klimaziele erreicht werden können, braucht es ein solides Finanzierungsprogramm. Und es braucht die Optimierung und Entbürokratisierung bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen. Mehr Freiraum und Flexibilität wären hilfreich.“

Einen wesentlichen Aspekt des Themas Nachhaltigkeit bildet der

Klarheit zur Frage gefordert, ob zusätzliche Reservekapazitäten für Bayern notwendig sind. Die Experten der Anhörung im Wirtschaftsausschuss betrachteten 50 Gigawatt deutschlandweit als erforderlich.

Bereich Mobilität. Die Kommunen benötigten noch mehr Möglichkeiten, um verkehrslenkende Maßnahmen vor Ort bedarfsgerecht zu gestalten. Angebote von Bus und Bahn müssten noch besser vernetzt werden, zudem erwarteten Städte und Gemeinden für den Öffentlichen Personennahverkehr eine stärkere Beteiligung des Bundes an Investitions- und Betriebskosten.

Mit Blick auf die Digitalisierung in Verwaltung, Bildung und Schule forderte der Verbandschef eine sinnvolle und zukunftstaugliche Umsetzungsstrategie, die inhaltliche Fragen beantwortet, aber auch die finanziellen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen klärt. Ein Dauerthema bleibe auch der soziale Zusammenhalt in den Städten und die Gewährleistung von Teilhabechancen. Nach Pannermayrs Worten geht es darum, soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Eine drängende Gemeinschaftsaufgabe für Bund, Freistaat und Kommunen bleibt der Bau bezahlbarer Wohnungen. Zwar konnten Pannermayr zufolge gerade in den vergangenen Jahren mehr neue Wohnungen gebaut werden, jedoch bleibe der Bedarf in allen Regionen Bayerns enorm, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Räumen. Deshalb müssten Bund, Freistaat und Kommunen ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lin-

dern. Der Bau von bezahlbaren Wohnungen sei stetig und stärker zu fördern.

Bund und Freistaat stünden in der Verantwortung, um die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen. „Städte und Gemeinden brauchen Kontinuität und Planbarkeit. Die Fördermittel dürfen nicht kurzzeitig von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr zugeteilt werden, Kommunen und Wohnungsbau-Unternehmen benötigen Zielvorgaben und Mittelzusagen über mehrere Jahre. Die Fördermittel für die Wohnraumförderung müssen auf einer langen Zeitschiene verlässlich und planbar sein“, machte der Vorsitzende deutlich.

Der 2015 beschlossene Wohnungspakt Bayern habe einen verlässlichen Rahmen über den Zeitraum von vier Jahren geboten. Von 2016 bis 2019 konnten mit einem Gesamtförderumfang von 2,9 Milliarden Euro knapp 25.000 Wohnungen gebaut werden. Den Kommunen fehlten für 2022 und die folgenden Jahre klare Aussagen zur staatlichen Förderung von Wohnraum. 2020 lag die Wohnraumförderung bei 847,8 Millionen Euro, 2021 bei 848,6 Millionen Euro. Diese setzte sich zusammen aus 150 Millionen für das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm, 38 Millionen für Studentenwohnraumförderung und 660 Millionen Euro für die staatliche Wohnraumförderung. Davon waren 155,6 Millionen Bundesmittel und 140 Millionen Euro Eigenmittel der BayernLabo. Gerade in den vergangenen Jahren sei der Wohnungsbau wegen gestiegener Baukosten und höherer Grundstückskosten teurer geworden.

„Die Fördersummen müssen an die aktuelle Entwicklung angepasst werden, Kostenobergrenzen müssen angehoben werden“, stellte der Verbandschef klar. Die bisherigen Fördermittel seien in den einzelnen Regierungsbezirken erfahrungsgemäß schnell abgerufen. Zuschüsse in der Wohnraumförderung müssten erhöht werden, um gestiegene Baukosten und Grundstückskosten ausgleichen zu können. Der bisherige Zuschuss von bis zu 300 Euro pro Quadratmeter genüge nicht mehr. „Der Vorstand des Bayerischen Städtetags fordert daher, den Zuschuss auf bis zu 600 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen.“

Ungebremst steigt der Bedarf beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Daher müssen nach Auffassung des Städtetags die Bundesmittel durch den Freistaat aufgestockt werden. Wiederholt habe der Ministerpräsident Sonderinvestitionsprogramme zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren aufgelegt. Allerdings seien diese Programme stets unterfinanziert, kritisierte Geschäftsführer Bernd Buckenhofer: „Alle Jahre wieder reicht das Geld nicht. Es geschieht nicht zum ersten Mal, dass die Bundesmittel nicht ausreichen und der Freistaat zunächst kein Geld drauflegen will. Aber die Kommunen müssen neue Kita-Plätze bauen, da der Bedarf kontinuierlich steigt. Der Freistaat steht in der Pflicht, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen. Der Ministerpräsident muss bei der Haushaltsklause die Weichen so stellen, dass ausreichend staatliche Mittel für Investitionen und Betriebskosten der Kinderbetreuungs-einrichtungen in allen Altersstufen bereitstehen.“

Laut Buckenhofer sind die regelmäßig unterfinanzierten Programme umso ärgerlicher, da zusätzlich zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder bis zu sechs Jahren künftig ab 2026 ja noch der bundesrechtlich festgelegte Ganztagsanspruch für Grundschulkindern umgesetzt werden soll. „Wenn Bund und Land Rechtsansprüche setzen, müs-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Seifert
97618 Wülfershausen
am 22.11.

Bürgermeister Hans Wittauer
95466 Weidenberg
am 30.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Tiefel
90556 Seukendorf
am 24.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Wagner
96146 Altendorf
am 22.11.

Bürgermeister Christoph Böck
85716 Unterschleißheim
am 29.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Keilich
96242 Sonnefeld
am 24.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Nico Rogge
97714 Oerlenbach
am 18.11.

Bürgermeister
Stefan Rottmann
97453 Schonungen
am 1.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Hilfe für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

„Der Freistaat steht fest und zuverlässig an der Seite seiner Kommunen. „Die besondere Unterstützung strukturschwacher Kommunen im ländlichen Raum ist mir besonders wichtig“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums mit.

Bayernweit erhalten insgesamt 143 Kommunen für das Antragsjahr 2021 Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen. „Damit leisten wir Hilfe zur Selbsthilfe für unsere finanzschwächeren Gemeinden, Städte und Landkreise und eröffnen ihnen Handlungsspielräume. Die Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs, den der Freistaat 2021 trotz Corona-Krise auf Spitzenniveau von rund 10,3 Milliarden Euro gehalten hat. Bayern unterstützt seine Kommunen so weiterhin tatkräftig“, stellte Füracker fest.

Höchste Einzelzuweisung für Hof

In Oberfranken erhalten 54 Kommunen über 40 Millionen Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. An die Landkreise Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels und Wunsiedel gehen insgesamt über 8 Millionen Euro. 47 Städte und Gemeinden werden mit über 32 Millionen Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Oberfranken empfängt die kreisfreie Stadt Hof mit 4,3 Millionen Euro. Drei Kommunen in Mittelfran-

Euro und Markt Schwaben mit 1,76 Millionen Euro unterstützt.

In Niederbayern erhalten 18 Kommunen über 10 Millionen Euro. Die Landkreise Deggen-dorf, Freyung-Grafenau, Regen und Rottal-Inn werden mit insgesamt 3 Millionen Euro bedacht sowie 14 Städte und Gemeinden mit über 7 Millionen Euro gefördert. Die höchste Einzelzuweisung in Niederbayern empfängt der Landkreis Freyung-Grafenau mit 2 Millionen Euro.

34 Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich schließlich über 31 Millionen Euro freuen. An die Landkreise Amberg-Weilburg, Neustadt a. d. Waldnaab, Schwandorf und Tirschenreuth gehen insgesamt über 2 Millionen Euro. 30 Städte und Gemeinden werden mit rund 29 Millionen Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in der Oberpfalz empfängt die Stadt Furth im Wald mit 3,5 Millionen Euro.

Füracker zufolge wird der kommunale Finanzausgleich auch 2022 auf höchstem Niveau fortgeführt. Bayerns Staatshaushalt stehe nach wie vor krisenbedingt unter hohem Druck, trotzdem werde das Ergebnis vom Vorjahr um rund 128 Millionen Euro übertroffen. Der Freistaat unterstütze seine Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke im nächsten Jahr mit einem kommunalen Finanzausgleich von insgesamt rund 10,4 Milliarden Euro. **DK**

Bayerischer Musikschultag in Erding:

Appell zur Vernetzung

Unter dem Motto „Gemeinsam – füreinander – miteinander“ fand in Erding der diesjährige Bayerische Musikschultag statt. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der dort ansässigen Kreismusikschule kamen im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung neben zahlreichen Politikern unter anderem Vertreter aus dem Bayerischen Musikrat, den Bezirksregierungen, der Musikhochschulen und den kommunalen Spitzenverbänden zusammen, um gemeinsam ein Zeichen für den Erhalt der so wichtigen kulturellen und gesellschaftsbildenden Arbeit der Musikschulen zu setzen.

Im Rahmen des Festakts als feierlichem Höhepunkt der Veranstaltung unterstrich Erdings Oberbürgermeister Max Gotz vor allem das Miteinander von Musikschulen, Freistaat und

sames Handeln innerhalb der Musikschulfamilie, aber auch mit den Kommunen und dem Freistaat, das füreinander da sein, helfen, Ideen weitergeben und Lösungsmöglichkeiten



V.l.: Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM, Prof. em. Barbara Metzger, Carl-Orff-Medaillen-Preisträgerin, Markus Lentz, 1. Vorsitzender des VBSM bei der Verleihung der Carl-Orff-Medaille.

Bild: Silja Eisenweger

Kommunen: „Wir sind alle miteinander – im Staat, in der Gesellschaft und wir in den Kommunen tun es ganz besonders – dazu auferufen, dass diese generationsübergreifende Idee der Sing- und Musikschulen auch in Zukunft seine Förderung erhält, weil wir sonst schlicht und ergreifend geistig verarmen werden.“ Er rief die Kommunen dazu auf, voller Selbstbewusstsein und Stolz zu ihren Musikschulen zu stehen. Angesichts der zunehmenden Medialisierung seien die Musikschulen als Ort der Gemeinschaft und der Kreativität wichtiger denn je.

Dr. Marcel Huber, Präsident des Bayerischen Musikrats, der für die Festrede vorgesehen war, musste seine Teilnahme krankheitsbedingt absagen. In der Festschrift zum 44. Musikschultag wird er wie folgt zitiert: „Nach den völlig neuen Erfahrungen der letzten 15 Monate ist eines sicher: Ein gemein-

sen sie auch die für Investitionen nötigen Mittel zügig bereitstellen. Es ist kein Zeichen für Kommunalfreundlichkeit, wenn immer wieder ein öffentlicher Aufschrei der Kommunen oder gar Protestfahrten von Bürgermeistern nötig sind, um den Freistaat zur auskömmlichen Finanzierung von Aufgaben zu bewegen.“

Besonders unerfreulich sei der inzwischen zur Gewohnheit gewordene Mechanismus, dass Bund und Freistaat mit vollmundigen Ankündigungen Erwartungen wecken, die sich in der Praxis kaum umsetzen lassen. Buckenhofer: „Die Kommunen fordern, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert – auch mit Blick auf ständig steigende Baukosten. Der Bayerische Städtetag bittet die Staatsregierung, die Sonderförderprogramme mit zusätzlichen Landesmitteln auszustatten.“

Wegen des unverändert hohen Investitionsbedarfs setzt der Verband darauf, dass die Staatsregierung für Kontinuität in der Förderung von Kinderbetreuung sorgt. Schließlich habe der Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern versprochen, das Angebot der Kinderbetreuung weiter auszubauen und neue Betreuungsplätze zu schaffen. **DK**

lich zu fördern. In diesem Sinne habe der Freistaat Bayern angekündigt, seine Musikschulen neben einer deutlich erhöhten Lehrpersonalkostenförderung auch im Jahr 2021 mithilfe einer Corona-Sonderförderung zu unterstützen.

Die Carl-Orff-Medaille als die höchste Auszeichnung des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. ging in diesem Jahr an Prof. em. Barbara Metzger, die als Professorin für Elementare Musikpädagogik unzählige Lehrkräfte für die Tätigkeit an bayerischen Sing- und Musikschulen ausgebildet hat. Sie setzte damit wegweisende Impulse für die Entwicklung der Elementaren Musikpädagogik an bayerischen Sing- und Musikschulen, die ihre Wirkung bis heute entfalten und das breite Spektrum Elementarer Musikpraxis von Früherziehung und Elementarer Elternarbeit über intergeneratives Musizieren bis hin zu Musik im Alter abdecken.

Mozart und die Zauberkegel

Barbara Metzger nutzte ihre Auszeichnung, um einen deutlichen Appell an Musikschulen und Musikhochschulen zu richten: „Es bedarf einer noch klareren und strukturierteren Zusammenarbeit zwischen Musikschulen und Musikhochschulen. Diese Bereiche müssen sich noch viel stärker gegenseitig durchdringen und befruchten.“ Denn nur dann sei es möglich, gemeinsam, füreinander und miteinander allen Menschen, die Chance zu geben, Musik als künstlerisches Ausdrucksmittel erleben zu dürfen.

Apropos Erlebnis: Den Auftakt der Veranstaltung machte das Eröffnungskonzert der Kreismusikschule Erding. Unter dem Titel „Mozart und die Zauberkegel“ versuchten die Schüler, über die Zauberkegel mit dem Komponisten Wolfgang Amadeus Mozart in Kontakt zu treten. Das traditionelle Festkonzert bot talentierten Solisten und Ensembles aus bayerischen Sing- und Musikschulen die Bühne, einen singenden und klingenden Querschnitt ihres Könnens darzubieten.

In gewohnter Weise verabschiedete Erding den Musikschultag mit „Musik in der Stadt“. Hierzu verwandelte sich die Innenstadt in eine Bühne für Musikschüler aus der Region und lud Passanten zum Zuhören und Verweilen ein. **DK**

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

Heimat ist für die Identität jedes Menschen prägend. Wir definieren sie über einen Ort oder über eine Landschaft, über Traditionen und Kleidung, über Sprache und Musik. Kultur und Heimat sind zwei Seiten einer Medaille. Kultur ist Lebens-Mittel. Die Bezirke tragen neben ihren prägenden Aufgaben im Sozialen deshalb auch hohe Verantwortung für die regionale Kultur.

Grundlage unserer mannigfaltigen Aktivitäten in diesem Bereich sind die umfangreichen Originalbestände an materiellen Kulturgütern, die auf das Engste mit dem immateriellen kulturellen Erbe Bayerns verwoben sind. Unsere Aufgabe ist es diesen Schatz zu wahren und zu pflegen und gleichzeitig für Neues zu öffnen und weiterzuentwickeln.

Einen dieser Schätze besitzt und verwaltet der Bezirk Oberbayern in Bruckmühl: Für Volksmusikfreunde nicht nur aus Oberbayern

Kultur ist Lebens-Mittel

ist das Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern in Bruckmühl seit Jahrzehnten eine zuverlässige Anlaufstelle bei Fragen zu Notenmaterial, Volksmusikpflege oder Feldforschung gewesen. Das wird weiterhin so bleiben, auch wenn sich sonst einiges ändert. Die bisherige Fachberatung für Volksmusikarchiv/Volksmusikpflege wird zur zentralen Institution für regionale Musikkultur und Literatur in Oberbayern neu ausgerichtet. Sie trägt deshalb seit November 2020 den Namen „Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik des Bezirks Oberbayern“ und steht zukünftig auf vier Säulen: Archiv für Volksmusik und regionale Literatur, Volksmusikpflege, Populärmusikberatung und Literatur in Oberbayern. Und das alles unter einem Dach.

Der bisherige jahrzehntelange Leiter des Archivs und gleichzeitige Volksmusikpfleger Ernst Schusser hat bei seinem Eintritt in den Ruhestand große Fußstapfen hinterlassen. Diese Umbruchsituation wurde durch die Pandemie noch verstärkt. Nach einem holprigen Beginn ist nun ein junges, hochmotiviertes Team am Start, das mit fundiertem Fachwissen und großem Enthusiasmus ans Werk geht und Bewährtes pflegen und Neues integrieren will. Dabei wurde das ZeMuLi, wie das Zentrum abgekürzt oft genannt wird, personell gestärkt, um die erweiterten Aufgaben auch schultern zu können.

Die Literaturwissenschaftlerin und Musikantin Katharina Baur wird neben ihrer Aufgabe als Gesamtleitung des Zentrums den Aufbau der Säule Literatur in Oberbayern vorantreiben. Landeshistorikerin und Dokumentarin Verena Wittmann leitet das Archiv. Der Diplom-Musiker Matthias Fischer ist als Populärmusikbeauftragter seit Jahren in der Szene bestens etabliert. Mit der Verpflichtung des Musikpäda-

gogen Leonhard Meixner als Volksmusikpfleger, der durch seine Mitarbeit das Zentrum in Bruckmühl bestens kennt und auch in der jungen Volksmusikszene vernetzt ist, ist das Führungsquartett komplett.

Im Zuge der Generalsanierung und Erweiterung der Räumlichkeiten wird die Lagerung des größtenteils nicht wiederbeschaffbaren Sammlungsbestandes nach allgemein gültigen klimatischen, sicherheitstechnischen und konservatorischen Vorgaben ertüchtigt. Ziel ist, den wertvollen Sammlungsbestand möglichst unverändert langfristig aufzubewahren und den natürlichen Alterungsprozess soweit wie möglich zu verlangsamen. Eine Herkulesaufgabe, die nun im Zuge der Digitalisierung auch bei den Archivalbeständen der anderen Sammlungen des Bezirks Oberbayern angegangen werden soll!

Der bisherige Sammlungsbestand wird von einem reinen Sicherungsarchiv in ein für die Allgemeinheit nutzbares kommunales Archiv weiterentwickelt. Die technischen Voraussetzungen für die Inventarisierung und einheitliche Objektkennzeichnung werden derzeit geschaffen, so dass die Sammlungsbestände – als Teil des kulturellen Gedächtnisses Oberbayerns – in einigen Jahren über Internet der Öffentlichkeit zugänglich sind. Wert wird dabei auch auf die Vernetzung innerhalb der bezirklichen Kultureinrichtungen gelegt, die ebenfalls Sammlungsbestände bewahren, pflegen und präsentieren.

Dazu gehören das Freilichtmuseum Gntleiten, das Bauernhausmuseum Amerang sowie das Zentrum für Trachtengewand Benediktbeuern. Auch die Literatur in Oberbayern wird zukünftig in Bruckmühl eine Heimat finden. Auf der Basis des bisherigen Sammlungsbestandes zu Volksliedern und Feldforschungen widmen wir uns verstärkt oberbayerischen Dialekten und Umgangssprachen. Der in Bruckmühl bereits vorhandene Bibliotheksbestand wird professionell erfasst, erweitert und in eine zukünftige Oberbayern-Bibliothek weiterentwickelt.

In Kooperation mit Universitäten und Forschungseinrichtungen werden die Sammlungsbestände wissenschaftlich aufbereitet.

Die Neuausrichtung werden wir auch nach außen sichtbar machen: Mit einer neuen Website, der Weiterentwicklung des bisherigen Informationsblattes und SocialMedia-Angeboten wollen wir zusätzlich zu den treuen bisherigen Besucherinnen und Besuchern neue Nutzerkreise ansprechen und der Erweiterung unserer Schwerpunkte gerecht werden. Ich bin gespannt, was Populärmusik und Volksmusik unter einem Dach in Zukunft auf die Beine stellen. In Bruckmühl soll ein Ort der volksmusikalischen Bildung entstehen; die neuen, größeren Räume werden dies ermöglichen. Volksmusik ist nichts Altes, Verstaubtes. Sie ist jung und lebendig. Es ist unser kulturelles Erbe und unglaublich wertvoll!

Ihr Josef Mederer

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Bezirkspräsident von Oberbayern

Ich lese die **GZ**

» ... weil ich dann umfassend informiert bin, was für Kommunen und die Menschen relevant ist. «

Ilse Aigner
Landtagspräsidentin



Ergebnisse der Neuwahlen

Landesvorsitzender: Landrat Stefan Rößle
Stellvertretende Landesvorsitzende: Landrat Christoph Göbel
 Oberbürgermeisterin Eva Weber, ehrenamtliche Bürgermeisterin Carmen Pepiuk und Bezirksstagspräsident Josef Mederer
Landesschriftführer: Landrat Matthias Dießl und Bezirksrätin Hannelore Langwieser
Weitere Mitglieder (Beisitzer):
 Bürgermeister Maximilian Bötl, Anja Burkhardt
 Bürgermeister Helmut Bucher, MdB/Kreisrat Michael Kießling,
 Mitglied im Bezirksausschuss Sebastian Kriesel, Bürgermeister a.D./Stadtrat Siegfried Löscher, Bürgermeister a.D./Kreisrat Hans Loy, Bürgermeister a.D. Gerhard Preß, Bürgermeister a.D./Kreisrat Alois Scherer, Bürgermeister/Kreisrat Andreas Zenglein
Mitglieder des KPV-Hauptausschusses
 Bürgermeister Josef Bauer, Werner Kundörfer, Bürgermeister Thomas Einwang, Stadträtin Veronika Mirlach, Bürgermeister Stephan Noll, Bürgermeister Jürgen Raab, Bürgermeisterin a.D./Gemeinderätin Gerlinde Sigl, Anita Swiduruk, Stadträtin Cornelia Trinkl, Bürgermeister a.D. Gerhard Weber. **DK**

Substanz zeigen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

na-Winter gemeistert und die Pandemie schlussendlich überwunden werden kann, sei es erforderlich, sich an die Spielregeln zu halten, sprich die staatlichen Regelungen konsequent zu befolgen und ihre Einhaltung zu kontrollieren. Hierbei würden die Kreisverwaltungsbehörden nun verstärkt durch die Bayerische Polizei unterstützt. Alle zuständigen Behörden seien aufgefordert, Verstöße konsequent zu ahnden.

Einem Lernprozess unterworfen ist auch der Umgang mit der Hochwasserkatastrophe im Juli dieses Jahres. Vor dem Hintergrund, „dass es keinen Ort in Bayern gibt, der vor Starkregen sicher wäre“, ist Herrmann zufolge eine fachliche Diskussion mit den entsprechenden Akteuren unumgänglich.

Mit Nachdruck für das Wohlergehen der Kommunen

Dass sich die Bayerische Staatsregierung auch und gerade in schwierigen Zeiten mit Nachdruck für das Wohlergehen der Kommunen stark macht, erläuterte Herrmann anhand ihrer kontinuierlich verbesserten Finanzausstattung. Trotz Corona-Krise und massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt werde der kommunale Finanzausgleich 2021 in der Größenordnung des Vorjahrs gehalten. Zu verzeichnen sei ein leichter Aufwuchs (+ 0,7 %) auf rund 10,3 Milliarden Euro. Damit wiesen die staatlichen Finanzausgleichsleistungen an die bayerischen Kommunen beispielsweise gegenüber dem Jahr 2010 – mit einem damaligen Gesamtvolumen von rund 6,8 Milliarden Euro – insgesamt eine Steigerung von mehr als 50 % auf.

Im Rahmen des Spitzengesprächs zum kommunalen Finanzausgleich 2022 sei vereinbart worden, den Kommunen – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Bayerischen Landtags – auch im kommenden Jahr mit erneut mehr als 10 Milliarden Euro den Rücken zu stärken, informierte der Minister. Die Schlüsselzuweisungen als größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich betragen heuer rund 3,9 Milliarden Euro und im kommenden Jahr sogar 4 Milliarden Euro.

446 Millionen Euro für Investitionspauschalen

Wie Herrmann zudem mitteilte, erhalten die bayerischen Gemeinden und Landkreise in den Jahren 2021 und 2022 Investitionspauschalen in Höhe von jeweils insgesamt 446 Millionen Euro. Die allgemeinen Finanzzuweisungen für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen auf ein neues Rekordniveau von insgesamt fast 850 Millionen Euro. 2022 soll nicht nur das Niveau von 650 Millio-

nen Euro im kommunalen Hochbau gehalten werden, sondern es werden zusätzlich einmalig weitere 360 Millionen Euro für wichtige Baumaßnahmen an Schulen und Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. 2022 würden den Kommunen damit insgesamt gut 1 Milliarde Euro allein für den kommunalen Hochbau zur Verfügung stehen.

Maßgeblich sei nun, die entstehenden Lasten der Corona-Pandemie so gleichmäßig auf die einzelnen Schultern zu verteilen, dass sie für alle tragfähig bleiben. Dabei habe der Freistaat bereits seine Verantwortung übernommen und das Konjunkturpaket des Bundes auf insgesamt über 4 Milliarden Euro verdoppelt. Eine wesentliche Maßnahme dabei war der pauschale Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, hierfür erhielten die bayerischen Kommunen insgesamt 2,4 Milliarden Euro. Davon trug allein der Freistaat 1,3 Milliarden Euro.

Stichwort Digitalisierung: „Nur wenn wir hier flächendeckend Online-Services anbieten, die gerne in Anspruch genommen werden, können wir von einem Erfolg sprechen“, erklärte der Minister. Dafür gebe das Onlinezugangsgesetz (OZG) des Bundes den gesetzgeberischen Rahmen vor: „Bis Ende 2022 sind wir verpflichtet, für alle geeigneten Verwaltungsverfahren flächendeckende Online-Services anzubieten. Das geht jede einzelne Gemeinde an! Hier haben wir noch gewaltig viel Arbeit vor uns“, hob Herrmann hervor.

Sicherheit der Gesellschaft in der digitalen Welt

Digitalisierung meine aber nicht nur die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen, sondern auch die Sicherheit der Gesellschaft in einer zunehmend digitalen Welt. Für ihn als Innenminister stehe damit auch im Cyberraum das Thema Sicherheit hoch im Kurs, so Herrmann. Denn die zunehmende Vernetzung durchdringe nahezu alle Lebensbereiche und biete so ständig neue Angriffsflächen für Cyberkriminelle und Akteure ausländischer Nachrichtendienste.

Kritische Infrastrukturen

„Unsere Kritischen Infrastrukturen stehen dabei ebenso im Fadenkreuz der Täter wie die Netzwerke von Unternehmen und die der öffentlichen Verwaltung. In den Bereichen, in denen der Freistaat Bayern Handlungs- und Regulierungsmöglichkeiten hat, setzt sich die Staatsregierung deshalb seit vielen Jahren schon aktiv für mehr Cybersicherheit ein. So haben wir bereits 2013 eine umfassende Cybersicherheitsstrategie auf den Weg gebracht“, stellte der Minister fest. Ziel sei zum einen ein hohes Sicherheitsniveau für Bayerns Bürger und Unterneh-

Der Weg zu ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ern und künftig auch in die Bayern Cloud Tourismus ein. Damit leistet das neue Programm einen Beitrag, Besucherströme besser auf die vielen attraktiven Ziele im Freistaat zu verteilen.

Das Förderprogramm wird Ai-wanger zufolge bisher in allen Teilen Bayerns gut angenommen. Im Bereich der E-Ladepunkte wurden über 200 Anträge mit einer Fördersumme von ca. 800.000 Euro gestellt. Knapp die Hälfte der beantragten Ladepunkte sind für E-Bikes und Pedelcs, die erstmalig in Bayern gefördert werden. Bei den Klein- und Kleinstvermietern wurden in mehr als hundert Fällen Förderungen von gut einer Million Euro beantragt.

Weichen für die Zukunft

Auch für die Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM), Barbara Radomski, geht es beim Thema Nachhaltigkeit in erster Linie darum, Weichen für die Zukunft zu stellen. „Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in den bayerischen Regionen und Orten für Einheimische und Gäste gleichermaßen zu entwickeln und unsere Heimat für zukünftige Generationen zu bewahren.“ Daher stehe nicht die Vermarktung nachhaltiger Produkte im Mittelpunkt, sondern die langfristige Positionierung Bayerns als nachhaltiges Reiseziel.

„Nachhaltige Tourismusedwicklung erfordert eine ganzheitliche Perspektive“, hob Radomski hervor. Nach der Coronakrise müsse nunmehr die Balance der ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen wiederhergestellt werden, um die Heimat so lebenswert wie bisher zu erhalten. Wichtig sei dabei auch, dass die gesamte Branche ein gemeinsames

men zu schaffen sowie zum anderen die Handlungsfähigkeit der Staatsverwaltung zu schützen. Dies gelte auch für den kommunalen Bereich.

Bei aller Begeisterung über den Fortschritt hat die digitale Welt aber auch sichtbare Schattenseiten: Hass und Hetze im Netz und eine Verrohung der Sprache bereiten einen gefährlichen Nährboden. „Wir lassen nicht zu, dass unsere kommunalen Mandatsträger zum ‚Freiwild‘ werden“, betonte Herrmann. Zum Amt eines Bürgermeisters oder Landrats gehöre es nicht, Beleidigungen, Drohungen oder gar körperliche Angriffe aushalten zu müssen.

Große Herausforderungen

„Angriffe auf das Gemeinwesen sowie den gelebten und solidarischen Zusammenhalt haben in unserem Land keinen Platz. Lassen Sie uns deshalb alle zusammenstehen!“, forderte Herrmann. Er rief dazu auf, „sofort Anzeige zu erstatten, wo es um eine konkrete Bedrohung geht“. Aufgrund besserer technischer Möglichkeiten und einer höheren Mitarbeiterkompetenz sei die Aufklärungsquote deutlich gestiegen.

Die kommenden Jahre seien geprägt von großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Auch die Ergebnisse der Bundestagswahlen zeigten Handlungsbedarf. „Die CSU muss hart arbeiten, damit die Ergebnisse besser werden. Wichtig ist der Zusammenhalt innerhalb der Partei“, so Joachim Herrmann. „Dem Land dienen und das mit Begeisterung“, laute die Maxime. „Dann habe ich keine Bedenken, dass es wieder aufwärts geht.“ **DK**

Verständnis einer nachhaltigen Destinationsentwicklung erreiche und dieses Wissen dann auch in der Praxis angewendet werde. Daran gelte es, in den kommenden Monaten gemeinschaftlich zu arbeiten.

Gemeinsam mit ausgewiesenen Experten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis beleuchtete die BayTM, wie Destinationen und Anbieter die verschiedenen Bereiche des Nachhaltigkeitsgedanken umsetzen können. Dazu gab es eine Keynote von Prof. Dr. Michael Braungart, dem Pionier des Cradle-to-Cradle-Prinzips, Praxis-Berichte etwa zum Einsatz von Rangern in der Alpenregion Tegernsee Schliersee von Tim Coldewey oder zur Beseitigung der Staus und Parkplatzprobleme am Hotspot in Füssen im Allgäu, die der dortige Tourismusdirektor Stefan Fredlmeier vorstellte.

Mobilität in einem Lebensraum

„Wir gestalten nicht (nur) einen Mobilitätsraum, sondern wir gestalten Mobilität in einem Lebensraum“, machte Fredlmeier deutlich. Der (öffentliche) Lebensraum habe keine durchgehenden Grenzen mit Einlass und Austritt, stehe aber trotzdem nicht unbegrenzt zur Verfügung. Daher müsse auch der (öffentliche) Lebensraum bei starker Nachfrage bewirtschaftet werden wie eine knappe Ressource. Die Bewirtschaftung erfolge dabei an den Bausteinen, die kontrollierbar, einzeln anbieter und bepreisbar sind. Als Stufen des Raum-Managements nannte der Direktor die digitale Statuserfassung (Sensorik), Prognosen (KI), Online-Buchbarkeit und Yield Management. Diese Maßnahmen seien „essentielle Bestandteile der Besucherlenkung“.

„Die Verlagerung auf den ÖPNV und dessen Ausbau muss nicht zuletzt als Beitrag zur Klimawende absolute Priorität genießen“, forderte Fredlmeier. „Wir können nicht abwarten, attraktive Regionen durch den Verkehrskollaps so unattraktiv werden zu lassen, dass weniger Gäste kommen und der Verkehrsdruck nachlässt.“

Besucherlenkung

Über Möglichkeiten der Besucherlenkung informierte Dr. Andrea Möller, Senior Consultant bei der dwif-Consulting GmbH, während Prof. Dr. Dirk Schmücker, Forschungsleiter am Kieler Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa, unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit Erkenntnisse zu Reiseverhalten, Motiven und Interessen der Urlauber in Deutschland präsentierte. „Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hat eine positive Einstellung zur Nachhaltigkeit bei Urlaubsreisen“, erklärte Schmücker. Allerdings klaffe eine große Lücke zwischen Einstellung und tatsächlichem Verhalten. Mittelfristig werde sich an den Konsumenteninteressen nicht allzu viel ändern, aber nach Corona könnte Nachhaltigkeit eine noch wichtigere Rolle spielen als bisher, prognostizierte der Professor.

Tourismusakzeptanz

Dr. Sabrina Seeler, Lehrkraft im Studiengang International, widmete sich den Ergebnissen zur Tourismusakzeptanz in Bayern und Marco Walter, Geschäftsführer ECOCAMPING, gab Einblicke in die Themen Elektromobilität und Camping. Suvi Pribilla von Visit Finland berichtete schließlich in einer Abschlussnote, wie nachhaltiger Tourismus in ihrem Heimatland im hohen Norden aussieht.

Im Vorfeld des Bayerischen Tourismustags in Nürnberg hatte die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. bereits Unterstützung für die Branche gefordert. Nach den Worten von Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt brauchen die Betriebe praxisgerechte Arbeitszeitregeln, Bürokratieab-

bau, einen Sprung bei der Digitalisierung und eine Vereinfachung von Verwaltungsleistungen, damit der Tourismus im Winter und danach nicht ausgebremst wird. Gleichzeitig sei es notwendig, den Transformationsprozess auf dem Weg zu einem nachhaltigen Tourismus weiter zu unterstützen. **DK**

Teure Fehlplanungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gen nicht sachgerecht erbracht worden. Um aus dem Dilemma herauszukommen, mussten die kommunalen Träger einen Kredit in Höhe von 30 Millionen Euro gewähren, um eine Insolvenz zu verhindern. Auch wurden fragwürdige Projekte wie eine überdimensionierte Zentralküche in Lichtenfels und fehlerhafte Planungen für einen neuen Gesundheitscampus in Coburg angestoßen und somit Millionen-Gräber geschaffen.

Teure Staatsdiener

Teure Staatsdiener: Ein „kostspieliges Ausgabebaren“ prangert der Steuerzahlerbund an der Ludwig-Maximilians-Universität in München an. Hauptsächlich in den Jahren 2008 bis 2017 seien Steuergelder für Tagungen in Venedig verprasst worden. Dafür fielen rund 32.000 Euro Reisekosten an. Ein einziger Beschäftigter ließ sich gar 64.000 Euro für Taxifahrten vom Dienstort nach Hause erstatten. Außerdem seien von Mitarbeitern der LMU etwa 21.000 Euro Bewirtschaftungskosten in teils gehobenen Restaurants entstanden.

In der Bamberger Stadtverwaltung erhielten Mitarbeiter zudem über Jahre hinweg Prämien und Überstundenpauschalen, ohne Nachweise dafür erbringen zu müssen. Etwa eine halbe Million Euro sei so von 2011 bis 2017 zusammengekommen.

Edle Restaurierungen

Eine weitere Kostensteigerung ist bei der Sanierung der Venusgrotte auf Schloss Linderhof zu beobachten: von ursprünglich veranschlagten knapp 25 Millionen Euro auf inzwischen fast 60 Millionen Euro. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat begründete die steigenden Kosten mit der Komplexität der Restaurierung, für die es keine wirklichen Vergleichsobjekte gebe. Daher habe nicht auf bewährte Techniken zurückgegriffen werden können. Die Sanierungsmethodik habe erst entwickelt werden müssen. Zu allem Überfluss hat sich laut BdSt auch die Bauzeit bereits um zwei Jahre verlängert.

Kostspieliges stilles Örtchen

Für Aufsehen sorgt darüber hinaus ein kostspieliges „stilles Örtchen“ im oberbayerischen Gaimersheim. Dort wurden 230.000 Euro in eine zwölf Quadratmeter große Toilettenanlage mit überdachtem Wartebereich am Bahnhof investiert. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes eine teure Annehmlichkeit.

St. Quirins schiefer Turm bereitet Ungemach

Ungereimtheiten finden sich bei der neuen Dacheindeckung der katholischen Filialkirche St. Quirin in Gmund am Tegernsee: Bereits in der ersten Phase der Baumaßnahme wurde in Unkenntnis des schon seit Jahrhunderten schiefen Turmes der obere Teil des Turmes gerade gesetzt, wodurch nach Angaben des Erzbischöflichen Ordinariats München die Konstruktion ihre Kraftschlüssigkeit verloren habe. Doch damit nicht genug:

Man rückte nicht nur den schiefen Turm gerade, sondern deckte die Kapelle auch noch mit den falschen Dachziegeln ein. Beide Maßnahmen erfolgten ohne Abstimmung mit dem zuständigen Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und ohne denkmalrechtliche Erlaubnis. Die Fehlinvestition beläuft sich auf knapp 32.000 Euro.

Eidler Lärmschutz

Teurer Lärmschutz: Die DB Netz AG, ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, die sich wiederum vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland befindet, hatte ein Problem mit Lärmschutzwänden an der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Ingolstadt-München. Die Wände wurden in den Jahren 2004 bis 2006 errichtet und mussten auf der Strecke zwischen München-Obermenzing und Rohrbach nach nur gut zehn Jahren ausgetauscht werden. Von geschätzten 30 Millionen Euro stiegen die Kosten auf 45,7 Millionen Euro.

Explodierende Kosten

Explodiert sind auch die Kosten für die Erweiterung der Musikbegegnungsstätte „Haus Marteau“ im oberfränkischen Lichtenberg. Die Kosten für einen weitgehend unterirdischen Konzertsaal und zusätzliche Räumlichkeiten seien von zunächst geplanten 3,32 Millionen auf 5,1 Millionen Euro gestiegen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Nach Mitteilung des Bezirks Oberfranken hatte man unter anderem mit einem sehr felsigen Untergrund zu kämpfen. Doch nicht nur die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen. Auch der geplante Fertigstellungstermin musste immer wieder verschoben werden. Statt im Jahr 2019 wird die frisch sanierte Musikbegegnungsstätte erst dieses Jahr ihre Pforten öffnen können. „Auch wenn das Prestigeobjekt des Bezirks Oberfranken mit 852.600 Euro vom ‚Kulturfonds Bayern‘ und mit 668.000 Euro von der ‚Oberfrankenstiftung‘ gefördert wird, bleiben immerhin knapp 3,6 Millionen Euro beim Bezirk Oberfranken hängen“, stellt der Steuerzahlerbund fest.

Greensill Bank AG bereitet Totalverluste

Ein Totalverlust droht den bayerischen Kommunen Denkendorf, Oberschleißheim, Pöcking, Puchheim, Vaterstetten und Landshut, die neben weiteren deutschen Städten und Gemeinden trotz auffällig guter Renditeversprechungen und Warnungen überschüssiges Geld bei der Bremer Privatbank „Greensill Bank AG“ angelegt hatten. Im März dieses Jahres wurde das Insolvenzverfahren über das Insolvenzverfahren der Greensill Bank eröffnet. Vaterstetten hatte 5,5 Millionen Euro investiert, Pöcking und Oberschleißheim je 5 Millionen Euro, Puchheim 2 Millionen Euro, Gemeinde Denkendorf eine Million und die Stadt Landshut 440.000 Euro. Offen ist, ob durch Zahlungen aus der Insolvenzmasse Schadensersatzforderungen oder Versicherungsleistungen der Schaden minimiert werden kann. **DK**

VKU-Positionspapier:

Vorschläge zum Ausbau erneuerbarer Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss deutlich an Fahrt aufnehmen, formuliert der VKU in einem aktuellen Positionspapier. Hierzu macht er eine Vielzahl konkreter Vorschläge und geht auch auf die Überwindung von Verfahrenshemmnissen ein. Zugleich ist das Papier ein Plädoyer für eine konzertierte Politik, bei der die Akteure Interessenskonflikte überwinden. Schließlich hat sich aus Sicht des VKU gezeigt, dass Ausbauhemmnisse in ganz unterschiedlichen Politikfeldern verortet sind und verschiedene föderale Ebenen betreffen.

Der Verband kommunaler Unternehmen fordert zunächst, die Ausschreibungsvolumina für Windenergie an Land und Solarenergie dauerhaft anzuheben. Um einen EE-Anteil von 65 % an der Stromversorgung zu erreichen, sollte bis 2030 eine installierte Leistung für Windenergie an Land von mindestens 90 GW (EEG: 71 GW) und für Solarenergie von mindestens 125 GW angestrebt werden. Die jährlichen Ausbauziele sollten für Windenergie an Land auf mindestens 5 GW und für Solarenergie auf mindestens 7,5 GW angehoben werden.

Nicht-erneuerbare Energien müssten mit erneuerbaren Energien gleichgestellt werden, wenn sie nachhaltig und treibhausgasneutral sind. Auch sollten Anreize geschaffen und Hemmnisse abgebaut werden, damit erneuerbarer Strom für die Verringerung von Treibhausgasemissionen in den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie nutzbar gemacht werden kann. Dies gelte insbesondere auch für die Wasserelektrolyse. Stromverbraucher müssten von Abgaben und Umlagen entlastet werden, damit es wirtschaftlich möglich ist, Strom in den Sektoren Wärme und Mobilität klimaneutral nutzbar zu machen. Hierfür bedürfe es einer grundlegenden Reform der Entgelte- und Umlagesystematik, heißt es.

Weiterbetrieb ermöglichen

Des Weiteren empfiehlt der VKU, die in den vergangenen Jahren gesunkenen Vergütungssätze und Gebotshöchstwerte bei Solarenergie, Geothermie und Biomasse anzuheben, um das Projektierungsgeschäft wieder anzukurbeln. Bei Biomasse-Ausschreibungen sollten dynamische Höchstgebotsgrenzen eingeführt werden, um das Angebot bei unterzeichneten Ausschreibungen zu erhöhen. Auch sollten Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Deponie-, Klär-, Gruben- und Biogas aus Abfällen nach Ende des Förderzeitraums einen fixen Vermarktungszuschlag erhalten, der den Weiterbetrieb dieser Anlagen ermöglicht.

Stromsteuerbefreiung

Der VKU plädiert zudem dafür, die Mieterstromförderung auf Nicht-Wohngebäude zu erweitern. Die Stromsteuerbefreiung gemäß § 9 Abs. 1 StromStG sollte nicht nur bei Direktbelieferung, sondern auch im Lieferkettenmodell gewährt werden.

In ihrem Bemühen um eine rechtssichere Ausweisung von Flächen für Erneuerbare-Energien-Projekte sollten Planungsträger vom Gesetzgeber besser unterstützt werden. Die Regelung in § 249 Absatz 3 BauGB, wonach die Länder bestimmen können, dass die baurechtliche Privilegierung von Windenergieanlagen nur bei Einhaltung von Mindestabständen zu Wohngebäuden Anwendung findet, sollte gestrichen werden. Zudem bedürfe es einer bundeseinheitlichen Festlegung, dass Genehmigungen für Repowering jedenfalls dann zu erteilen sind, wenn sich der Artenschutz durch das Repoweringvor-

verfahren ab einer bestimmten Verfahrensstufe (Stichtag) von späteren Rechtsänderungen nicht mehr berührt werden. Auch sollten Genehmigungsverfahren digitalisiert werden und die Behörden die hierfür notwendige Ausstattung erhalten. Empfohlen wird, dass die Bearbeitung von Windenergieprojekten in den Behörden mehr Priorität bekommt.

Kommission zur Koordination

Ebenfalls gefordert wird die Einrichtung einer Kommission von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden, die den Ausbau der erneuerbaren Energien koordiniert und forciert. Wörtlich heißt es: „Ein sachgerechter Aus- und Umbau der Energieinfrastrukturen (Strom, Gas) auf der Verteilnetzebene ist erforderlich, um die zusätzlichen Erneuerbaren-Energien-Mengen effizient in das Energiesystem zu integrieren. Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch der Ausbau der Stromverteilnetze beschleunigt werden. Hierfür müssen die Genehmigungsverfahren vereinfacht und die erforderlichen Investitionen im Rahmen der Anreizregulierung anerkannt werden. Darüber hinaus sind Rahmenbedingungen notwendig, die den Vor-Ort-Verbrauch von Strom und den Betrieb von Flexibilitätsoptionen attraktiv machen.“

Synergieeffekte mit lokalen Gasnetzen

Ergänzend ist es aus Sicht des VKU notwendig, dezentrale Nutzungs- und Speichermöglichkeiten (z. B. Batteriespeicher, Elektrolyseure, Power-to-heat oder industrielle Großabnehmer) stärker in den Blick zu nehmen, damit der Netzausbau nicht zum Nadelöhr für den EE-Ausbau wird und auch in Regionen mit begrenzten Netzaufnahmekapazitäten zeitnah eine Netzintegration der EE-Stromerzeugung ermöglicht werden kann.

In diesem Zusammenhang sei-

en auch Synergieeffekte mit den lokalen Gasnetzen zu prüfen. Die vorhandene Gasinfrastruktur könne beispielsweise dann einen sinnvollen Beitrag leisten, wenn durch die Umwandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff (über Elektrolyse) zusätzliche Erneuerbare-Energien-Mengen in das Energiesystem integriert werden können. Dies hätte einen entlastenden Effekt auf die Stromnetze und

diene dem Ziel eines kosteneffizienten Netzausbaus. Denn wenn die dargebotsabhängige Wind- und Solarstromerzeugung in Gänze von den Stromnetzen aufgenommen werden müsste (bis zur letzten Kilowattstunde), würde der dafür erforderliche Netzausbau den Rahmen des betriebs- und volkswirtschaftlich Vertretbaren überschreiten, betont der VKU abschließend. DK

denkbar“, so Minister Aiwanger.

Wie das Bayerische Wirtschaftsministerium unterdessen mitteilte, soll im Freistaat in sogenannten Reallaboren zur Energiewende geforscht werden. Dazu schafft das Ministerium mit der „Bayerischen Koordinierungsstelle für Reallabore“ eine Anlaufstelle für Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen. Hier sollen die bayerischen Partner für die Einreichung eines Projekts im Rahmen des Förderaufrufs des Bundeswirtschaftsministeriums zu den Reallaboren der Energiewende zusammenfinden. Organisiert wird die Koordinierungsstelle von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft. Mit dem Förderformat Reallabore der Energiewende des BMWi soll die technologische Entwicklungslücke für Innovationen zwischen der anwendungsnahen Forschung und der breiten Umsetzung in der Praxis geschlossen werden.

Hochinnovative Unternehmen

„Wir haben in Bayern viele hochinnovative Unternehmen, die im Rahmen der Reallaborförderung des Bundes einen wertvollen Beitrag zum Erreichen unserer Klimaziele leisten können. Diesen stellen wir mit der Koordinierungsstelle eine wichtige erste Anlaufstelle zur Seite“, erklärte Aiwanger. Dr.-Ing. Christoph Pellingner, Geschäftsführer der FFE, betonte: „Unser Ziel bei der bayerischen Koordinierungsstelle Reallabore an der FFE ist es, verschiedene Branchen zusammenzubringen. Wir wollen als Katalysator dafür sorgen, dass durch richtungsweisende Reallaborideen jetzt und für die Zukunft Netzwerke und Konsortien entstehen, die in innovativen Testräumen die Energiewende in die Praxis bringen!“

Zu einer Vision für das München von morgen lud abschließend Gastgeberin Katrin Habenschaden, zweite Bürgermeisterin der Landeshauptstadt, ein. Habenschaden machte deutlich: „Die Politik kann dieses Ziel nicht schaffen. Es brauche auch die Innovationskraft von den Unternehmen, die Innovationsfähigkeit aus den Hochschulen und die Offenheit, Handlungen und Aktivitäten zu hinterfragen.“ DK

Energie ist digital

Tagung der Bayern Innovativ GmbH und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V.

Vor allem die Energiewende braucht die Digitalisierung als Instrument, um Ziele wie Dekarbonisierung, Klimaschutz und Sektorkopplung zu erreichen. Diese zentralen Themen standen im Mittelpunkt der Münchner Tagung „Energie ist digital“, die von der Bayern Innovativ GmbH und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V. (FFE) als Hybridevent veranstaltet wurde.

Die Veranstaltung mit prominenter Beteiligung aus Wirtschaft, Forschung und Politik zeigte eindrucksvoll auf, dass bei diesem Thema noch zahlreiche Hausaufgaben zu machen sind. „Ökosysteme und Innovationen entstehen nicht von selbst“, betonte Dr. Rainer Seßner, CEO der Bayern Innovativ in seiner Begrüßung. Die Energiewirtschaft sei das „Rückgrat der Bayerischen Wirtschaft“. Entscheidend sei jedoch, die Energiewende als eines der größten IT- und Innovationsprojekte unserer Zeit zu gestalten.

Laut Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales, ist die Digitalisierung der Schlüssel zum Erfolg für eine erfolgreiche Energiewende. Die Bayerische Staatsregierung habe sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Um dies zu erreichen, müssten Innovationen in der Praxis ankommen.

Digitale Transformation

Mehrere Beiträge hoben die Dringlichkeit digitaler Innovationen in Bereichen wie KI, Blockchain und IoT hervor und boten exklusive Einblicke in sektorübergreifende Projekte, durchdachte Partizipationsansätze und innovative Energie Start-ups. Nationale Projekte wie C/sells, MEMAP oder E-Energy haben die digitale Energiewende bereits praktisch ausprobiert und erforscht. Wie diese Projekte

kam auch die Fachtagung zur Erkenntnis, dass die Klimaziele nur dann eingehalten werden können, wenn die digitale Transformation im Energiebereich von allen gesellschaftlichen Kräften beschleunigt angegangen wird.

„Digitalisierung und Energie sind wie Bruder und Schwester, wie zwei Seiten derselben Medaille“, unterstrich auch Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Die Digitalisierung bringe Bayern bei der Energiewende entscheidend voran. Sie sei die Grundlage dafür, dass künftig alle Strommarktteilnehmer schnell und effizient miteinander kommunizieren können. Dies sei eine der Voraussetzungen dafür, dass mit Hilfe automatisierter Prozesse das künftig noch stärker von fluktuierender Erzeugung und flexiblen Verbrauchsanlagen geprägte Energiesystem ausbalanciert werden kann. Datengestützte Prognosen ermöglichen dabei präzise Planungen von Erzeugung und Verbrauch und trügen so zur vorausschauenden Betriebsführung bei.

Weiter erhöhe die intelligente Steuerung von Netzen die nutzbaren Leitungskapazitäten: „Digitale Leitwarten überwachen kontinuierlich das Stromnetz und helfen so, die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Eine nachhaltige Energiewende ist im Freistaat ohne weitere Digitalisierungsfortschritte nicht

120
JAHRE
LEW



Geht's auch nachhaltiger?
Versuch's mal mit
[bessermachen.lew.de](https://www.bessermachen.lew.de)

Gemeinsam
besser MACHEN
Die Nachhaltigkeits-Initiative von LEW

Scan mich!



Stadt, Sparkasse und Bayernwerk:

Neues Beteiligungsmodell für regionale Energieprojekte

Die Energiewende bürgernah und dezentral gestalten - mit diesem Anliegen starteten die Stadt Freyung, die Sparkasse Freyung-Grafenau und die Bayernwerk AG (Bayernwerk) ein neues Pilotprojekt, um lokale und vor allem nachhaltige Energieprojekte vor Ort umzusetzen. Mit der „Regionalen Energiewende Beteiligung Freyung“ können Bürgerinnen und Bürger von nun an in den Bau und Betrieb von Erneuerbaren Energien investieren. Wie genau dies funktioniert, erklärten die Beteiligten in einem gemeinsamen Termin.

Im Kurhaus Freyung stellten die drei Projektpartner stolz das neue Modell vor, das erstmalig in Bayern umgesetzt wird. In einer von Stadt, Sparkasse und Energieunternehmen neu gegründeten Gesellschaft sollen zukünftig potenzielle Freiflächen für Solar- oder Windkraftwerke gefunden, gepachtet und schließlich mit den erneuerbaren Kraftwerken bebaut werden. Diesen Zweck wird künftig die neue „Regionale

Energiewende Beteiligung Freyung GmbH“ verfolgen. Interessenten können in diese Gesellschaft mit einem Kapitalstock von 500 bis 10.000 Euro investieren und mittel- bis langfristig von attraktiven Renditen profitieren.

Einbeziehung der Bürger

„Zum ersten Mal schaffen wir ein in Freyung verankertes Energiewendeprojekt, das die Bür-

ger in den Aufbau von Erneuerbaren einbezieht und die Wertschöpfungskette in der Region belässt“, sagt Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal. In Freyung hat sich dafür schon ein erstes Areal gefunden: In unmittelbarer Bahnhofsnähe wird von der Gesellschaft demnächst auf einer ungenutzten Fläche eine neue Solaranlage mit einer Nennleistung von 800 Kilowatt errichtet, die ab 2022 umweltfreundliche Sonnenenergie direkt in das örtliche Stromnetz einspeisen wird. Rund 800.000 Kilowattstunden Solarstrom werden diese erzeugen. Rein rechnerisch können damit 300 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Energiewende wird im Landschaftsbild sichtbar

Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich freut sich, dass die Gesellschaft nun nach intensiven Planungen und Gesprächen gegründet wurde: „Die Energiewende wird im Landschaftsbild sichtbar werden. Um eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen, ist es ideal, wenn die Kommune unmittelbar an der Planung mitwirkt, und die Bevölkerung sich an den Anlagen direkt beteiligen kann. Ich erwarte mir, dass dieses Modell, welches die drei Partner erstmalig entwickelt und rechtsaufsichtlich genehmigt bekommen haben, auf viel weiteres Interesse im Freistaat stoßen wird.“



Bayernwerk-Chef Dr. Egon Leo Westphal bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung (vorne) mit (Reihe hinten v.r.) Sparkassenvorstand Stefan Proßer, Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich, Thomas Oppelt (Bayernwerk) und Michael Pradl (Geschäftsleiter Stadt Freyung).

Bild: Bayernwerk AG

Bayerisch-Schwaben setzt auf energieeffiziente Technologien

Befragung von mehr als 1.000 Menschen zu Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit

Region der „Energiewender“: Wenn es um den Einsatz effizienter und klimafreundlicher Technologien geht, sind die Menschen in Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten weit vorn: Das ist ein zentrales Ergebnis einer repräsentativen Befragung, die das Institut Conoscope im Auftrag der Lechwerke AG (LEW) in der Region durchgeführt hat. Ziel der Befragung war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Einstellungen die Menschen in der Region zu den Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Energiewende haben, wo sie Herausforderungen sehen und welchen Beitrag jeder einzelne leistet.

„Wo stehen wir aktuell beim Klimaschutz und wo gibt es noch Potenziale? Das haben wir in unserem Barometer ‚Klima und Energie‘ untersucht. Die Studie liefert uns wertvolle Erkenntnisse – wie beispielsweise zur Akzeptanz von Erneuerbaren-Energie-Anlagen oder zum Thema Heizen. So können wir den Umbau der Energieversorgung und den Klimaschutz weiter vorantreiben – gemeinsam mit den Menschen in der Region“, sagt LEW-Vorstand Markus Litpher.

Überdurchschnittlich hohes Bewusstsein für Energiewende

Die Umfrage zeigt, dass die Region bei der Energiewende im bundesweiten Vergleich schon weit vorangekommen ist. Der Anteil der „Energiewender“, also derjenigen, die mindestens eine energieeffiziente Technologie in ihrem Haushalt einsetzen, ist im LEW-Gebiet überdurchschnittlich hoch: In Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten gaben 43 Prozent der befragten Haushalte an, eine Photovoltaikanlage, einen Batteriespeicher, ein energieeffizientes Heizsystem oder ein Elektroauto im Einsatz zu haben. Bundesweit waren es nur rund 30, bayernweit 37 Prozent. Unter den LEW-Kundinnen und -Kunden liegt der Anteil sogar bei mehr als 50 Prozent.

Das Barometer „Klima und Energie“ zeigt deutlich, dass Kli-

maschutz das zentrale Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist: Laut LEW-Umfrage sieht die Bevölkerung in den Themen Klima-, Umwelt- und Naturschutz die wichtigsten Herausforderungen für Deutschland. Erst danach folgen das Gesundheitssystem, das Bildungswesen und soziale Gerechtigkeit.

Mehr als die Hälfte der Befragten fordert mehr Aufmerksamkeit für Klima- und Naturschutz. Dabei sind fast alle (89 Prozent) davon überzeugt, dass jeder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Mehr als 70 Prozent befürworten neue Energielösungen, auch wenn diese mit persönlichen Kosten verbunden sind. Mit nachhaltigem Verhalten oder energieeffizienten Lösungen engagieren sich die Befragten auch selbst für den Klimaschutz.

Auch im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen zur Umsetzung der Energiewende besteht eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung – auch wenn diese in der persönlichen Umgebung stattfinden: So stimmen mehr als 80 Prozent dem Bau von Photovoltaik-Anlagen und dem Ausbau der Wasserkraft zu. Den Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge akzeptieren mehr als 70 Prozent.

Obwohl es eine große Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen im privaten Bereich gibt, ist den Befragten die Bedeutung energieeffizienter Heizungen für den Klimaschutz noch

wenig bewusst. Nur knapp ein Drittel sieht beim Thema Heizen einen besonders großen Handlungsbedarf. Zum Vergleich: Die Sektoren Verkehr und Mobilität sowie Energieversorgung sind als Handlungsfelder mit 58 bzw. 48 Prozent deutlich präsenter in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Menschen in Region beschäftigen sich intensiv mit Nachhaltigkeit.

Die Haushalte in der Region sind nicht nur beim Einsatz energieeffizienter Technologien vorne; sie beschäftigen sich zum Teil auch deutlich intensiver mit Nachhaltigkeit als Menschen in anderen Regionen Deutschlands. Fast die Hälfte der Regionalbevölkerung setzt sich intensiv mit Nachhaltigkeit auseinander. In vielen anderen Regionen ist es teilweise nur ein Drittel. Durch die Corona-Pandemie gewann das Thema Nachhaltigkeit nochmal an Bedeutung: Mehr als ein Viertel achtet seitdem mehr auf Nachhaltigkeit.

120 Jahre Lechwerke

Anlass für die Umfrage war auch das 120-jährige Firmenjubiläum, das LEW in diesem Jahr feiert. „Unser Jubiläumsjahr 2021 steht ganz im Zeichen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Als regionales Unternehmen haben wir dabei eine besondere Verantwortung. Wir leisten unseren Beitrag und wollen für unternehmenseigene Treibhausgasemissionen bis 2030 Klimaneutralität erreichen“, sagt Litpher. „Mit unseren Aktivitäten wollen wir zu dem Impulse für den Klimaschutz in unserer Region geben. Dass wir dabei in der Bevölkerung auf breite Unterstützung und großes Engagement für Nachhaltigkeit und Klimaschutz setzen können, das zeigt unsere Befragung.“

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse-Freyung Stefan Proßer erklärte: „Wir wollen uns aktiv für den Klimaschutz einsetzen. So ist es eine Selbstverständlichkeit, uns auch aktiv als Gesellschafter zu beteiligen und dabei zu helfen, die Regionale Energiewende zu unterstützen und die Zukunft hier in Freyung ökologisch mitgestalten zu können. Und wenn am Ende alle Beteiligten von dem Projekt profitieren können – sowohl Kunden, Bayernwerk und die Stadt Freyung ist unser Engagement umso erfreulicher.“

Das Beteiligungsmodell sei zudem das erste Energiewendeprojekt dieser Art im Sparkassenverbund Bayern sei.

Ein Projekt mit Wachstumspotenzial

Die Energiewende-Beteiligung kann außerdem auch auf weitere Grundstücksflächen erweitert werden und damit zukünftig wachsen: Weitere vier Areale wurden der neuen Gesellschaft bereits angeboten und werden aktuell zur Nutzung geprüft. Dabei spielen Kriterien wie Himmelsausrichtung, Verschattungsgrade oder auch die Entfernung zum nächstmöglichen Netzanschlusspunkt eine Rolle.

LIFE Riverscape Lower Inn:

Umgebungsgewässer beim Kraftwerk Braunau-Simbach

Gewässervernetzung, Auendynamik und Lebensräume zu Land und zu Wasser auf ca. 3,0 km Länge

Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Projekt Durchgängigkeit und Lebensraum beim Kraftwerk Ering-Frauenstein hat VERBUND ein ähnliches Projekt im Umfeld des Kraftwerks Braunau-Simbach zur Genehmigung eingereicht. Zwischen den Inn-Kilometern 63,0 und 60,6 auf bayerischer Uferseite sollen Gewässer vernetzt, Auen dynamisiert und Lebensräume zu Land und zu Wasser entstehen. Um die Umsetzung dieser ökologischen Maßnahme, die Teil des LIFE-Projekts „LIFE Riverscape Lower Inn“ ist, bestmöglich in Einklang mit Natur- und Umweltschutz zu bringen, wurden bereits Ersatz- und Ausweichhabitate für viele verschiedene Tierarten angelegt und von diesen nachweislich besiedelt. In einem weiteren Schritt wird nun in den Wintermonaten der Bereich von Bewuchs freigestellt, in dem künftig das Umgebungsgewässer verlaufen wird.

Im LIFE-Projekt „LIFE Riverscape Lower Inn“ haben sich VERBUND und seine Partner die ökologische Gestaltung der Flusslandschaft am Unteren Inn vorgenommen, welche in den kommenden Jahren gemeinsam verwirklicht werden. Dazu gehören naturnahe Umgebungsgewässer an den Innkraftwerken Braunau-Simbach und Egglfing-Obernberg sowie weitere Schaffung von Gewässerlebensraum in den Kraftwerksbereichen der Innkraftwerke zwischen Braunau-Simbach und Schärding-Neuhaus.

VERBUND-Projektleiter Johannes Wesemann: „Wir haben gezeigt, dass Wasserkraft und höchste Ansprüche an ökologische Standards keine Widersprüche sind. Wir wollen nun auch hier nicht einfach nur Gewässer vernetzen, sondern Lebensräume schaffen – angetrieben von vielen positiven Erfahrungen aus erfolgreichen Projekten, etwa beim Kraftwerk Ering-Frauenstein oder der österreichischen Donau.“

Gewässervernetzung und Lebensraum

Das Projekt im Bereich des Kraftwerks Braunau-Simbach befindet sich derzeit in der Genehmigungsphase. Um die Passierbarkeit herzustellen, wird ein neues dynamisch dotiertes Umgebungsgewässer vom Oberwasser (Inn-Kilometer 63,0) des Kraftwerks bis ins Unterwasser (Inn-Kilometer 60,6) errichtet.

Neben der Gewässervernetzung entsteht so langfristig neuer Fließgewässerlebensraum, der für alle Fischarten in allen Lebensstadien nutzbar ist. Auch zu Land entstehen neuen Lebensräume, da neu geschaffene Kiesbänke insbesondere kiesbrütende Vögel beheimaten werden.

Vorgezogene Maßnahmen

Während sich das Gesamtprojekt noch in Genehmigung befindet, hat VERBUND vorgezogene Maßnahmen beantragt. Diese wurden bewilligt. So wurden in den vergangenen Monaten bereits Ersatz- und Ausweichlebensräume geschaffen. Mit dem Ziel, insbesondere Tiere aus dem Bereich des künftigen Gewässerlaufes anzusiedeln. Nachdem diese Ersatzhabitate angenommen und besiedelt wurden, wird nun mit der Bewuchsfreistellung begonnen. Insbesondere Bäume und größere Gewächse müssen vor dem Frühjahr entfernt werden – rechtzeitig vor Einsetzen der Vogelbrut. So wird sichergestellt, dass das Projektgebiet vorbereitet und die Projektumsetzung zügig nach Erteilung der Genehmigung erfolgen kann. Geplant ist, das Gesamtvorhaben spätestens im Jahr 2024 abzuschließen. Derzeit wird mit Kosten in Höhe von rund sieben Mio. Euro gerechnet.

Zusammenspiel Wasserkraft und Ökologie

Das Projekt wird durch das EU-LIFE-Programm im Rahmen des Projekts „LIFE Riverscape Lower Inn“ (LIFE 19 NAT/DE/000087) gefördert. Es ist zudem eng verzahnt mit weiteren Projekten zur Verbesserung des Zusammenspiels zwischen Wasserkraft und Ökologie, in denen VERBUND an der Umsetzung mitwirkt.

Darunter das Interreg-Projekt „INNSiema“, in welchem derzeit Uferrückbauten am Inn im Bereich der Mattig-Mündung erfolgen, sowie das Interreg-Projekt „Bachlandschaften“, im Rahmen dessen die Mündung des Simbachs in Simbach am Inn nach ökologischen Gesichtspunkten neu gestaltet wurde.

Kommunale Wärmewende-Projekte

AEE und Fraunhofer IEE untersuchen Planungskosten

Einen Eindruck von den Kosten der Wärmewende vermittelt eine Befragung deutscher Kommunen im Rahmen des Projekts Kommunale Wärmewende der Agentur für Erneuerbare Energien und des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik.

Unter anderem wurden Fragen zum Status quo, den betrachteten Maßnahmen und Technologien sowie den Akteuren mit Einfluss auf die Kostengestaltung gestellt. Im Ergebnis konnten die befragten Kommunen ihren Eigenanteil von Maßnahmen der Planung und Durchführung in verschiedenen Projekten durch Fördermittel reduzieren.

Identifikation marktgängiger Technologien und praktikabler Instrumente

Das Projekt Kommunale Wärmewende zielt darauf ab, marktgängige Technologien sowie praktikable Instrumente der Wärmewende zu identifizieren und ihre Umsetzung in allen Regionen Deutschlands zu befördern. Da Kommunen unterschiedliche Bedarfe, Ressourcen und Potenziale für die Wärmewende haben, ist es nicht möglich, für alle Städte und Gemeinden geltende Kosten zu veröffentlichen. Daher stellen AEE und Fraunhofer IEE einige beispielhafte Projekte und deren Folgekosten vor, um eine Annäherung an die Realität der klimafreundlichen Transformation der Wärmeversorgung in Städten zu ermöglichen.

Projekt 1: In der Planungsphase eines Bestandsquartiers für 8.000 Einwohnern werden die Sanierung von Bestandsgebäuden, die Transformation des bestehenden Energieversorgungssystems sowie die Speicherung von elektrischer und thermischer Energie betrachtet. Im ersten Schritt wird das Projekt unter folgenden Kriterien untersucht: Bestandsaufnahme, Potenzialanalyse, Wirtschaftlichkeitsberechnung, Erstellung eines Maßnahmenkatalogs, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation, sowie Durchführungskonzept. Für diese Maßnahmen fallen nach einer fundierten Abschätzung Kosten in Höhe von ca. 80.000 Euro an.

In einem weiteren Projekt ist die Errichtung neuer Gebäude und eines Wärmenetzes mit Drei-Leiter-Technik unter Einbin-

dung Erneuerbarer Energien im Rahmen der Konversion eines ehemaligen Militärgeländes geplant. Für das Energiekonzept bzw. die Erstellung eines Energie-nutzungsplans konnte eine Quote von 70 Prozent durch das Förderprogramm des betreffenden Bundeslandes realisiert werden. Für die Planung des Wärmenetzes wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, die mit 50 Prozent über das Förderprogramm BAFA Wärmenetze 4.0 unterstützt wird.

In diesem Projekt werden auch Photovoltaikanlagen für die Versorgung mit Nutzstrom und von Wärmepumpen (Umweltwärme: oberflächennahe Geothermie), perspektivische Heizungssteuerung und saisonale Speicherung mittels Power-to-X (Methanisierung) betrachtet. Zudem wird mit einer Erhöhung der Kosten für die Planung der TGA (technische Gebäudeausrüstung) sowie für die Grundriss- und Dachgestaltung gerechnet, da die Gestaltung auf die Maximierung des PV-Ertrags ausgerichtet werden soll.

Förderquoten bis zu 65 %

Im Ergebnis konnten die befragten Kommunen ihren Eigenanteil von Maßnahmen der Planung und Durchführung in verschiedenen Projekten durch Fördermittel, u.a. aus Programmen wie KfW 432 und BAFA WN 4.0 reduzieren. Teilweise wurden bei der Betrachtung energetischer Sanierungen in Bestandsquartieren Förderquoten von 65 Prozent für die jeweiligen Maßnahmen erzielt.

75 % Zuschuss

Laut KfW wird im Programm „Energetische Stadtsanierung – Zuschuss (KfW 432)“ derzeit ein Zuschuss in Höhe von 75 Prozent der förderfähigen Kosten gewährt. Für finanzschwache Kommunen, die nach jeweiligem Landesrecht ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, ist ein Zuschuss in Höhe 95 Prozent der förderfähigen Kosten möglich.

DK

European Energy Award:

Gold für Kempten und Herzogenaurach

Bayerns Umweltminister Glauber zeichnet fünf Kommunen für ihre Klimaschutzaktivitäten aus

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat in Kempten die European Energy Awards für bayerische Kommunen verliehen. Dem Gastgeber wurde dabei eine besondere Ehre zuteil. Für die herausragenden Leistungen in der kommunalen Klimaschutz- und Energiepolitik zeichnete Glauber die Stadt Kempten mit dem European Energy Award (eea) in Gold aus. Auch die Stadt Herzogenaurach hat die höchste eea-Stufe erreicht. Daneben erhielten die Gemeinde Durach, die Stadt Königsbrunn sowie der Landkreis Günzburg eine Auszeichnung. Veranstalter der diesjährigen eea-Verleihung war das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) als Landesgeschäftsstelle für den European Energy Award.

Der European Energy Award ist ein europäisches Qualitätsmanagementprogramm, das sich bereits in zahlreichen Kommunen als wichtiges Hilfsmittel für eine kontinuierliche und tatsächlich nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik bewährt hat. Der eea bietet den teilnehmenden Städten, Gemeinden und Landkreisen Begleitung und Beratung bei der Planung und Realisierung von energie- und klimaschutzpolitischen Zielen und Maßnahmen. Bei einer erfolgreichen Teilnahme winkt die Auszeichnung mit dem European Energy Award.

Dafür müssen 50 Prozent der für die Kommune möglichen Punkte in den verschiedenen Handlungsfeldern erreicht werden. Bei 75 Prozent aller möglichen Punkte winkt der European Energy Award in Gold. Zu den Handlungsfeldern zählen: Raumordnung und kommunale Entwicklungsplanung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation sowie Kommunikation und Kooperation zur Einbindung von Bürgern, Unternehmen und weiteren Akteuren.

„Wir brauchen Vorbilder wie Sie, die die Aufgaben konkret angehen und Maßnahmen umsetzen“, lobte Umweltminister Thorsten Glauber das Engagement der Bürgermeister, Landräte und Mitglieder der Energieteams der ausgezeichneten Kommunen und bezeichnete in diesem Zusammenhang die

Teilnahme am European Energy Award als hervorragendes Instrument.

Auch Ludwig Friedl, Vorsitzender des Bayerischen Energieagenturen e.V., verwies auf die Leistungen der Städte, Gemeinden und Landkreise. „Die Energiewende kommt nicht von oben, sondern sie kommt von unten“, so Friedl. Der Bayerische Energieagenturen e.V. ist der Träger des European Energy Award in Bayern. Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle bezeichnete die Auszeichnung mit dem European Energy Award in Gold als Bestätigung der geleisteten Arbeit, aber auch als Ermutigung, weitere Schritte zu unternehmen.

Gemeinde Durach

Bereits zum zweiten Mal wurde die Gemeinde Durach mit dem European Energy Award ausgezeichnet. An der Gemeinde Durach im Oberallgäu zeigte sich, meinte Glauber in seiner Laudation, wie insbesondere ehrenamtliches Engagement der Energieteammitglieder und ein überzeugter Bürgermeister dazu beitragen, Klimaschutz in der Gemeinde systematisch umzusetzen. Ein wichtiger Meilenstein war dabei die Überarbeitung des energiepolitischen Leitbilds der Gemeinde im Jahr 2020. So wurde neben der treibhausgasneutralen Gemeindeverwaltung bis 2030 besonders dem Ausbau der erneuerbaren Energi-

en, insbesondere der Windenergie, als auch der flächendeckenden Verkehrsberuhigung Priorität eingeräumt. Hier setzt sich die Gemeinde seit zwei Jahren für eine Tempo 30-Begrenzung auf der Ortsdurchfahrt ein und kämpft dafür, um Sicherheit und Lebensqualität für ihre Bürgerschaft durchzusetzen. Beim European Energy Award konnten im externen Audit 64,5% der möglichen Punkte erreicht werden.

Stadt Königsbrunn

Die Stadt Königsbrunn hat im Bereich Mobilität große Anstrengungen unternommen, lobte der Minister. So wurden für die kommende Anbindung der Stadt Königsbrunn an das Straßenbahnnetz von Augsburg in den letzten Jahren alle Voraussetzungen geschaffen. Ab Dezember 2021 wird die neue Linie 3 die Stadt direkt mit Augsburg verbinden. Königsbrunn hat sich zudem über die Stadtwerke am Bau zweier Windkrafttrader der Stadtwerke Augsburg in Kraasa, einem Ortsteil der Gemeinde Starkenberg (Thüringen), beteiligt. Jährlich erhalten die Stadtwerke anteilig circa 3.300 MWh klimafreundlichen Windstrom. Außerdem hat die Stadt Königsbrunn eine Förderlinie für Bürger in Höhe von 70.000 Euro im Jahr 2020 aufgesetzt. Gefördert werden PV-Anlagen und netzdienliche Batteriespeicher. Die Förderung war schnell ausgeschöpft. Mit diesen und vielen weiteren Projekten hat es die Stadt dieses Jahr geschafft, erstmalig ausgezeichnet zu werden. Beim European Energy Award konnten im externen Audit 57,2% der möglichen Punkte erreicht werden.

Landkreis Günzburg

Der Landkreis Günzburg hat sich durch die fruchtbare Al-

Stadt Günzburg und erdgas schwaben feiern Jubiläum:

40 Jahre Gas in Günzburg

Grüne Gase für zuverlässige Energieversorgung im bestehenden Netz

„Zukunftsfähige und sichere Energieversorgung – dafür sorgt unsere Partnerschaft mit erdgas schwaben seit 40 Jahren“, so Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister in Günzburg. „Diese Kooperation ist einer der Grundpfeiler für das nachhaltige Wachstum unserer heimischen Wirtschaft.“

erdgas schwaben und die 100prozentige Tochterunternehmen sorgen seit 1981 für nachhaltige Energieversorgung in Günzburg. Seit 2013 ist die gemeinsame Gesellschaft der Stadtwerke Günzburg und erdgas schwaben, Gasnetz Günzburg, verantwortlich für die Entwicklung des Günzburger Gasnetzes. Dieses Jubiläum wurde nun gefeiert.

Simone Riemenschneider-Blatter, stellvertretende Landrätin im Kreis Günzburg, sagte: „Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sicher mit Energie versorgt werden und aktiv an der Energiewende teilnehmen. erdgas schwaben haben wir dabei stets als zuverlässigen Partner erlebt.“

Familien, Kommune, Gewerbe: Bestens mit Gas gerüstet.

Heute verfügt Günzburg über rund 123 Kilometer Ortsnetzleitung und mehr als 2.500 Hausanschlüsse. Auch Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen setzen auf Energie und Wärme aus Erdgas und Biogas. Das gilt für Neubaugebiete im Stadtgebiet und ebenso für Familien, die ihre Heizung modernisie-

ren wollen. Auch sie entscheiden sich überwiegend für einen Gasanschluss.

Energiewende im Blick: Gas wird grün

Dirk Weimann, Geschäftsführer erdgas schwaben, sagte: „Wir setzen für die Zukunft verstärkt auf klimaneutrale Gase wie grünen Wasserstoff und Bio-Methan. Unsere Kundinnen und Kunden sind mit einem Gasanschluss dafür schon jetzt optimal gerüstet.“ Die Gasnetze, die erdgas schwaben und schwaben netz jetzt bauen oder erwei-

tern, sind die Basis für die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Bio-Methan. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.

Die Klimaziele können nur mit klimaneutralen Gasen erreicht werden. Fließt heute noch überwiegend Gas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Bio-Methan auch grüner Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Grüner Wasserstoff wird vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden und um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. □



Gerhard Jauernig, OB in Günzburg (l.), und Dirk Weimann, Geschäftsführer erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben

lianzen der Kreisverwaltung mit den kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen des Energiepaktes Günzburg hervorgerufen. Darin verpflichteten sich die Gemeinden zu grundlegenden Klimaschutzleistungen und erhalten vom Landkreis Anreize, Unterstützung und Motivation weitere Maßnahmen und Projekte umzusetzen, wie zum Beispiel die Solar-Offensive des Landkreises.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist laut Umweltminister die Klimawandelstudie des Landkreises, die erst in diesem Jahr fertiggestellt worden ist. Es sei auch für Kommunen in Bayern von zentraler Bedeutung, sich jetzt mit den kommenden unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen, so Glauber. Was müssen wir für unsere Region erwarten? Wie können wir angemessen darauf reagieren? Dies sind entscheidende Fragestellungen, die sich jede Kommune stellen sollte. In diesem Sinne sei es vorbildlich, dass ein Landkreis diese Informationen auch für die kreisangehörigen Kommunen aufbereite und das Thema an die Bürgermeister heranträgt. Mit dem externen Audit hat der Landkreis 2021 55,1% erreicht und erhält dafür den European Energy Award.

Stadt Herzogenaurach

Die Stadt Herzogenaurach ist die nördlichste Kommune in Bayern, die den eea-Goldstatus erreicht hat. Herzogenaurach wurde 2009 und 2013 mit dem eea ausgezeichnet und hat nach 2017 im Jahr 2021 die Re-Zertifizierung in Gold erreicht, berichtete Glauber in seiner Laudatio.

Neben der erfolgreichen HERZOSolar-Kampagne, eine gemein-

same Initiative von Herzo Werke GmbH, Agenda-Arbeitskreis Energie und der Stadt Herzogenaurach für die Förderung und Unterstützung des Ausbaus der Solarenergie, zum Beispiel durch gemeinsame Beschaffung von Modulen inklusive PV-Beratung und Anlagenvertrieb, wurde vor allem das Klimaausgleichsbudget in Höhe von 30.000 Euro pro Jahr für Veranstaltungen als besondere Innovation bewertet. Hiermit werden beispielsweise Klimaschutz-Projekte der Schulen finanziert (zum Beispiel eine mobile PV-Anlage für ein grünes Klassenzimmer), mobile Müllsortierungsanlagen für Stadtfeste besorgt, die Stromfressersuche und Stromsparwettbewerb durchgeführt sowie weitere Projekte gefördert.

Neubauten werden auf hohem energetischem Niveau realisiert, wie beispielsweise der Rathaus-Neubau oder auch das neue Leuchtturmprojekt der Kita Reihenzach, einer siebengruppigen Tagesstätte in Holzmodulbauweise im Passivhausstandard. Private Bauherren werden mit dem CO₂-Minderungsprogramm der Stadt beim effizienten Bauen und Sanieren unterstützt. Auch im Bereich der Fernwärme soll es noch grüner werden durch die Errichtung von BHKW und Biomasse(holz)heizanlage zur Erhöhung des regenerativen Anteils im Heizkraftwerk.

Darüber hinaus fanden viele weitere Aktionen statt, wie beispielsweise Blühwiesenansaat, Müllsammelaktionen, Verteilung Biobrotbox, Baumpflanzaktionen und ein Infostand zu Lastenfahrrädern, so dass alle Zielgruppen in Herzogenaurach in Sachen Klimaschutz adressiert werden. Mit einem Zielerreichungsgrad von

78,6 % konnte das Ergebnis im Vergleich zum ersten Goldaudit weiter verbessert werden.

Stadt Kempten im Allgäu

Auch die Stadt Kempten wurde nicht zum ersten Mal mit dem European Energy Award in Gold ausgezeichnet. Bereits 2016 ist ihr dies gelungen. Kempten hat sich nach der Auszeichnung nicht auf dem Erfolg ausgerichtet, lobte Glauber, sondern ist weiter den Weg zu mehr Energieeffizienz, erneuerbaren Energien, Bewusstseinsbildung bei Bürgern und Unternehmen und damit letztendlich mehr Klimaschutz in der Stadt gegangen.

Die Stadt Kempten zeichnet sich unter anderem durch ein vorbildliches systematisches Energiemanagement für alle energie-relevanten städtischen Liegenschaften aus, das seinesgleichen sucht. Zahlreiche Besuchergruppen von anderen Städten, sogar aus dem Nachbarland Vorarlberg, profitieren heute von dem Wissen, das die Stadt Kempten bereitwillig weitergegeben hat. Mit einem weiteren Projekt geht die Stadt Kempten einen innovativen neuen Weg. Seit 2016 unterstützt sie das Hildegardis-Gymnasium als Pionier zur Klimaschutzschule. Das erfolgreiche Modell, eine Schule komplett umzukrempeln und dem Thema Klimaschutz in allen Bereichen unterzuordnen, wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgegriffen. Das Konzept der Stadt Kempten wird von einer Arbeitsgruppe des Kultusministeriums zu einem bayernweiten Konzept ausgebaut.

Die Stadt Kempten erhält den eea in Gold mit 76% Umsetzung aller möglichen Maßnahmen. □

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100% CO₂-neutral

Mit Gas geht's

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben

sicher, günstig, nah

Deutscher Award für Nachhaltigkeitsprojekte:

Überzeugend nachhaltig: Auszeichnung für Münch Energie

Das Deutsche Institut für Service-Qualität, der Nachrichtensender ntv und das DUP UNTERNEHMER-Magazin verliehen 2021 erstmalig den Deutschen Award für Nachhaltigkeitsprojekte. Ausgezeichnet wurden Projekte aus unterschiedlichsten Branchen – von Maschinenbau über den Gesundheitssektor und Finanzdienstleistungen bis hin zur Konsumgüterindustrie

Der Megatrend Nachhaltigkeit stellt Unternehmen vor ganz neue Herausforderungen – und die Transformation hat längst begonnen. Wie Unternehmen erfolgreich nachhaltig agieren, zeigen die Preisträger dieses Awards. 202 Unternehmen bzw. deren Projekte wurden nominiert, 49 überzeugten die hochkarätig besetzte Jury unter Vorsitz von Yvonne Zwick (B.A.U.M. e.V.).

Zwick betont die Notwendigkeit, Nachhaltigkeitsprojekte in den öffentlichen Fokus zu rücken: „Die Bedeutung des Awards ist hoch einzuschätzen. Auch Unternehmen werden für ihre gestarteten Initiativen und Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung gerne mal gelobt. Es ist wichtig, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Unternehmen zu lenken, die nachhaltig wirtschaften, damit diese Schule machen.“

Schirmherrin Brigitte Zypries, Bundeswirtschaftsministerin a.D.: „Der Award verfolgt das Ziel, nachhaltiges Engagement auf allen Ebenen sichtbar zu machen, egal, ob die Projekte im kleinen oder größeren Rahmen angesiedelt sind. Mich hat das hohe Engagement beeindruckt, mit der sich die Mitarbeitenden der nominierten Unternehmen für ihre Nachhaltigkeitsprojekte einsetzen.“

Preisträger Münch Energie

Für verschiedene innovativen Ideen und Konzepte wurde Münch Energie aus Rugendorf mit dem Deutschen Award für Nachhaltigkeitsprojekte ausgezeichnet. Die Oberfranken belegten in der Sparte „Technologie – Energie“ den ersten Platz und gehören damit zu den Hauptpreisträgern. Ausgezeichnet wurde das Unternehmen für sein Konzept der „Münch Energie Intelligenz“. Das Unternehmen bietet ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energieversorgung für Wirt-

schaft und Kommunen, die ohne Investitionskosten ab dem ersten Tag direkt Geld spart. Innovativ ist dabei die intelligente Verbindung von ökologischer Energieerzeugung mit vielfältigen dezentralen Speichermöglichkeiten und einer smarten, digitalen Steuerung des kompletten Systems. Auf diese Weise können Unternehmen vollkommen energieautark werden.

Wie funktioniert das?

Mit der „Münch Energie Intelligenz“ wird, unter anderem auf Basis einer 16-tägigen Wettervorhersage und Wolkenbildern, möglichst viel günstige Energie vor Ort mit Photovoltaikanlagen erzeugt. Der schwankende Energiefluss wird dann nicht nur einfach in Batterien zwischengespeichert, sondern intelligent und digital mit anderen Verbrauchern gekoppelt.

In der Praxis hat sich die Idee längst bewährt. Logistikunternehmen verwenden beispielsweise selbst erzeugten Strom für ihre Staplerflotte und können so außerdem mit jedem Elektrostacker, im Vergleich zu einem Dieseltank, über 4.000 Euro jährlich an Treibstoffkosten sparen. Der Unternehmens-Fuhrpark kann über Elektromobilität ebenfalls problemlos in dieses Konzept integriert und sogar als Speichermöglichkeit zur Gebäudeversorgung genutzt werden.

Die Jury des Nachhaltigkeits-Awards urteilte: „Ein hervorragendes und intelligentes Konzept, das als Vorbild für die nachhaltige Energieversorgung von Unternehmen gesehen werden kann.“

Münch Energie wurde für seine Lösungen in den letzten Jahren bereits mehrfach ausgezeichnet. Unter anderem würdigte kürzlich das Magazin „stern“ schon zum wiederholten Mal den Energieversorger als eines von „Deutschlands Unternehmen mit Zukunft“.

Seit mittlerweile fast zwanzig Jahren realisiert Münch grüne Energielösungen für Industrieunternehmen und Kommunen. „Mit diesen Projekten bleibt die Wertschöpfung in der Region und alle profitieren. Von den Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern können, über die Landwir-

Wasserkraftanlagen:

Forderung nach Rückbau läuft ins Leere

Als bewährte Säule des Klimaschutzes und der Energiewende leisten Wasserkraftanlagen einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz: Ein Kommentar des Bundesverbands Deutscher Wasserkraftwerke und regionaler Wasserkraftverbände sowie Arbeitsgemeinschaften bzgl. des Memorandums des Leibniz-Instituts.

In dem am 4. November 2021 veröffentlichten „Memorandum zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz versus Biodiversitätsschutz bei der Wasserkraft“ wird die Beendigung der Förderung der Stromerzeugung aus kleinen Wasserkraftanlagen gefordert. Dem entgegnet Hans-Peter Lang, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V.: „Klimaschutz ist die Grundvoraussetzung für Umwelt- und Artenschutz. Die rund 8.300 deutschen Wasserkraftanlagen sind eine bedeutende Säule des Klimaschutzes, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Reduktion und zur versorgungssicheren Energiewende.“

In Bayern 16 Prozent

Der prozentuale Anteil der im Memorandum genannten 3,3 Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland ist differenziert zu betrachten. In einigen Bundesländern liegt er deutlich höher, so z.B. in Bayern, wo die Wasserkraftanlagen 16 Prozent des im Bundesland benötigten Stroms erzeugen. Daneben kommt es gerade nicht auf das absolute Maß der Stromerzeugung an, sondern auf die Diversifizierung und Dezentralisierung der Energieerzeugung als Vorbeugung gegen den Klimawandel. „Die Wasserkraft hat mit ihrer grundlastfähigen, zuverlässigen und planbaren Produktion eine hohe Lieferqua-

te, die ein sicheres Einkommen beim Verpachten Ihrer PV-Flächen erzielen, bis zu allen Bürgern, die über ein Crowdfunding direkt in den Energiepark investieren können“, so Gründer und Inhaber Mario Münch. Für ihn ist es jedoch deutlich mehr. Seine Vision, die Lebensgrundlage der nachfolgenden Generationen zu sichern, hat dazu geführt, dass Münch Energie mittlerweile zu einem der größten dezentralen Energieversorger Deutschlands geworden ist und mit seinen Systemlösungen ein halbes Atomkraftwerk ersetzt. □

lität, was für eine erfolgreiche Energiewende unerlässlich ist“, betont Lang.

Intention nicht nachvollziehbar

Der bloße Blick auf Leistung und Kilowattstunde wird der Bedeutung der Wasserkraft für die qualitativen Aspekte wie Netzstabilität und Systemdienstleistungen nicht gerecht. Tatsächlich ist die Intention des Memorandums nicht nachvollziehbar. An gerade einmal 13 Prozent aller Querbauwerke in der Bundesrepublik findet eine Wasserkraftnutzung statt. Die Fokussierung auf die kleine Wasserkraft lässt die komplexen Einflüsse der seit Jahrhunderten bestehenden urbanen Überprägung der deutschen Flüsse völlig außer Betracht. Auch die Wasser- rahmenrichtlinie bezweckt nicht die Herstellung vollkommen unbeeinflusster Gewässer, sondern fordert eine standörtliche und ausgewogene Gewässerbewirtschaftung.

Selbst bei der Entfernung einer Wasserkraftanlage bleibt das Querbauwerk in den meisten Fällen aus Gründen des Hochwasserschutzes und der Gewässerregulierung erhalten. Die Forderung nach Abriss der Wasserkraftanlagen läuft daher praktisch ins Leere. Auf das Memorandum kann hier zugegriffen werden: <https://t1p.de/mar4> □

Interessengemeinschaft „Strom aus Wasserkraft“:

Runder Tisch in Bayreuth

Zunehmend sehen sich die Vertreter der Wasserkraft einem bürokratischen Druck ausgesetzt, der nach ihrer Meinung dazu führen wird, dass immer mehr Anlagenbetreiber in die Insolvenz getrieben werden. Vor diesem Hintergrund fand in Bayreuth ein von der Interessengemeinschaft „Strom aus Wasserkraft“ (IG SaW) organisierter Runder Tisch mit führenden Vertretern von Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt Hof und der Fischereifachberatung des Regierungsbezirks Oberfranken statt.

Die regionalen Wasserkraftbetreiber warnen davor, ihnen durch strengere gesetzliche Vorgaben sprichwörtlich das Wasser abzudrehen. Heftige Kritik übt die „Interessengemeinschaft Strom aus Wasserkraft“ deshalb am Entwurf des neuen Mindestwasserleitfadens des bayerischen Umweltministeriums.

Aufgrund der Gesetzeslage sehen sich die Behörden im Recht. Insbesondere die Europäische Wasserrahmenrichtlinie sowie das Wasserhaushaltsgesetz geben aus ihrer Sicht Anlass zum Handeln. Ziel sei es, so Dr. Martin Mörtl vom Wasserwirtschaftsamt Hof, die Durchgängigkeit von Wasserstrecken zu erreichen und dort genügend Wasser in den Abschnitten zu gewährleisten, aus denen Wasser zu den Turbinen und Mühlrädern abgeleitet wird.

10 Mio. LKW-Ladungen an CO₂

In seinem Kurzvortrag zeigte Dr. Wolfgang Häfner, Physikalische Chemie II (Universität Bayreuth), auf, wie die immer wiederkehrende Behauptung, dass die so genannte Kleine Wasserkraft unbedeutend sei, in die Irre führt. Besonders beeindruckend war, als er vorrechnete, dass die 4.000 Kleinwasserkraftwerke in Bayern zusammen ca. 10 Mio. LKW-Ladungen (Sattelaufleger) an CO₂ einsparen. Darüber hinaus stellte Häfner die Vorteile der Kleinen Wasserkraft heraus. Dazu zählten u.a. Dezentralität, Grundlastfähigkeit, Bereitstellung von Energie für den Mittelstand zum Eigenverbrauch, sowie ein geringes Ausfallrisiko.

Reinhard Moosdorf von der IG SaW wies darauf hin, dass an Gebirgsbächen früher nie Durchgängigkeit geherrscht habe, diese also auch nicht „wiederhergestellt“, sondern nur neu errichtet werden könne. Solche Eingriffe in die festgestellten ökologischen Zustände seien jedoch mit schwerwiegenden Folgen verbunden: Die Fragmentierung von Ha-

bitaten werde aufgehoben und damit einigen aggressiven Arten, wie insbesondere Neozoa (gebietsfremde Tierarten), ein künstlicher Überlebensvorteil verschafft. Andere Arten würden damit benachteiligt bis ausgerottet. Besonders negativ wird sich Moosdorf zufolge die beachtliche gleichmäßige Vertiefung und Strömungsbeschleunigung von Bachbetten auswirken. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer drohenden irreversiblen „vertikalen Flurneuerung“.

Generell, so Moosdorf, sei die Wasserkraft vor dem Hintergrund der Energiewende ein wichtiger Beitrag dazu, die Klimaproblematik in den Griff zu bekommen. Diese sinnvolle Art der Energieerzeugung in dezentralen Anlagen werde als Ergänzung unbedeutend gebraucht.

Thema einer sich anschließenden Diskussion war die Einteilung der meisten Gewässer als „naturnah“ im Sinne von §28 WHG. Diese verschafft den Behörden erst die Handhabe zu strengen Auflagen gegenüber der Wasserkraft. Nach den eigenen Einteilungsrichtlinien hätte dagegen fast jeder Abschnitt, an dem eine Wasserkraftanlage steht, als „erheblich verändert“ eingestuft werden müssen. Dies hätte die Behörden nach Auffassung der IG SaW, die die Inhaber und Betreiber von etwa 30 Wasserkraftanlagen in der Region vertritt, von vornherein zu einer viel deutlicheren Berücksichtigung der Wasserkraft verpflichtet. Seitens der Behörden wurde darauf verwiesen, dass diese Einteilung nicht mehr änderbar sei, was die IG SaW freilich bezweifelte.

Anhand einer Dia-Reihe machte Dr. Häfner zudem deutlich, wie widersinnig diese Einteilung ist: Augenscheinlich naturnahe Abschnitte gelten auf dem Papier als „erheblich verändert“, weil die dort angesiedelten Anlagen den Schutz des Wasserwirtschaftsamts genießen. Augenscheinlich völlig verbaute und einbetonierte Flussabschnitte würden auf dem Papier hingegen als „naturnah“ gelistet und die daran liegenden Wasserkraftanlagen mit ruinösen Restwasserauflagen und Stauabsenkungen überplant.

Insgesamt zeichneten sich beim Runden Tisch zwei völlig verschiedene Herangehensweisen ab: Während auf behördlicher Seite immer wieder auf die Rechtslage verwiesen wurde, nahmen die Vertreter der IG SaW die Sachlage ins Visier und forderten, die Anordnungen wissenschaftlich zu unterfüttern. Moniert wurde auch, dass das Landratsamt als Entscheidungsbehörde seinen Ermessensspielraum nahezu unbegrenzt gegen die Wasserkraft, jedoch so gut wie nie für sie nutzt.

Wunsch auf Fortführung

Außerdem mahnte die Interessengemeinschaft an, Ökologie nicht nur durch die „Fischbrille“ zu interpretieren, sondern ebenso makroökologisch (Einfluss auf die Klimaproblematik) wie mikroökologisch (Makrozoobenthos und andere Kleinlebewesen) zu denken. Angesichts dieser Offenbar unüberbrückbaren Differenzen ist es aus Sicht der Organisatoren als Erfolg zu verbuchen, dass die Veranstaltung von gegenseitigem Respekt und dem Wunsch auf eine Fortführung des Dialogs getragen war. □

Landkreis Schwandorf und Gemeinde Bodenwöhr:

Den täglichen Energiemix auf's Handy

100 Prozent Ökostrom aus der Region nutzen, wenn er verfügbar ist: Dieser Idee haben sich Entwickler beim Bayernwerk angenommen und dafür eine passende Anwendung entwickelt. Mit der ÖkoHeld-App können Smartphone-Nutzer in der Pilotregion des Landkreises Schwandorf künftig den eigenen Stromverbrauch mit erneuerbarer Energieerzeugung vor Ort in Einklang bringen. Am Landratsamt in Schwandorf wurde die neue Anwendung für das Handy nun erstmals vorgestellt.

Die Haushaltsgeräte einschalten, wenn Sonne, Wind, Wasser oder Biomasse in Fülle vorhanden sind. Das erhöht die regionale Grünstrom-Nutzung, senkt den CO₂-Verbrauch gegenüber Spitzenlastzeiten und stärkt die lokale Wertschöpfung. Die erforderlichen Infos hierfür liefert künftig die neue ÖkoHeld-App des Bayernwerks. Mit ihr können Endnutzer von Smartphone-Geräten künftig auf aktuelle Daten des Energieunternehmens zugreifen, die ihnen einfach und übersichtlich die örtliche Grünstromerzeugung prognostizieren. Die App soll Nutzern damit Impulse geben, den heimischen Energieverbrauch ökologisch sinnvoll zu steuern, stromintensiven Verbrauch in Zeiten mit einem hohen Anteil an regionalen Grünstrom zu verschieben und damit einen aktiven Beitrag zur regionalen Energiewende zu leisten.

Die Daten stellt das Bayernwerk nun den Nutzern der App für die Pilotregionen, den Landkreis Schwandorf sowie der Gemeinde Bodenwöhr, exklusiv mit einer sehr hohen Genauigkeit zur Verfügung. In Schwandorf wurde die App mit Landrat Thomas Ebeling, Bodenwöhrs Bürgermeister Georg Hoffmann und den Entwicklern des Bayernwerks vorgestellt. Thomas Ebeling zeigte sich erfreut von dem neuen Angebot im heimatischen Landkreis: „Mit der ÖkoHeld-App haben unsere Bürgerinnen und Bürger nun eine echte Chance, die Energiewende individuell mitzugestalten, über die Verbesserung des eigenen Verbrauchs informiert zu werden und eine transparente Übersicht über die Einspeisung der Erneuerbaren in und um Schwandorf zu erhalten.“ Chefentwickler Fisnik Musai vom Bayernwerk bedankte sich für die Möglich-

keit, die Entwicklung für die Menschen in der Region Schwandorf bereitzustellen. „Wir haben nun erstmals die Möglichkeit die Informationen aus dem Netz den Endverbrauchern von Energie zu Verfügung zu stellen und sie zu energie- und CO₂-sparendem Verbrauch zu animieren.“

Hoher Sonnenstand – hohe CO₂-Einsparung

Die Funktionen der App sind dabei schnell erklärt: Mit ihr lässt sich der aktuelle Anteil an erneuerbaren Energien (zum Beispiel 60 Prozent) sowie der pro verbrauchter Kilowattstunde verursachte CO₂-Fußabdruck anzeigen. Weiterhin lässt sich die Ökoprognose für die kommenden drei Tage anzeigen. Praktisch, wenn man energieintensive Anwendungen im Haushalt planen möchte. Zudem ermöglicht die App eine detaillierte Aufschlüsselung des aktuellen Energiemix' und eine prozentuale Verteilung auf Energieträger. Für den eigenen Verbrauch lässt sich auch eine Berechnung der eingesparten CO₂-Emissionen durch die Verlagerung des eigenen Stromverbrauchs (z.B. Waschmaschine, E-Bike) in Zeiten mit ho-



Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

Aktuelle Energiedaten immer in der Tasche: Die neue ÖkoHeld-App haben Wolfgang Dumm (li.) und Fisnik Musai (re.) vom Bayernwerk dem Bürgermeister von Bodenwöhr, Georg Hoffmann (2. v. li.) sowie Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling (3. v. li.) vorgestellt.

hem Grünstromanteil berechnen. Direkte Meldungen auf das Telefon bekommt der Nutzer obendrein über sogenannte Push-Notifications, die in Zeiten mit hohem Grünstromanteil als aktive Benachrichtigungen auf dem Telefon angezeigt werden.

Georg Hoffmann, Bürgermeister in Bodenwöhr, hat die Möglichkeiten der App für die Menschen in seiner Gemeinde herausgestellt: „Wir können nun die Einspeiseleistung, gerade von heimatischen Solaranlagen, unseren Bürgerinnen und Bürgern ganz einfach anzeigen und ihnen eine Perspektive geben, diesen Strom auf kürzestem Wege zu nutzen. Die Vernetzung mit Smart- Ho-

me-Geräten wäre natürlich der Königsweg, um den Sonnenstrom des Nachbarn direkt im Dorf zu nutzen und Stromimporte zu vermeiden.“ Diese Möglichkeit, anhand der Informationen aus der ÖkoHeld-App mit dem Mobiltelefon auch die Waschmaschine zu verbinden, die Wallbox für das E-Auto einzuschalten oder den Stromspeicher aufzuladen, sieht das Bayernwerk als einen der nächsten Entwicklungsschritte. Zunächst soll aber die größtmögliche Datenmenge über den Energiemix vor Ort den App-Nutzern angeboten werden und erste Schlüsse daraus gezogen werden, wie die Anwendung tatsächlich angenommen wurde. □

Beispiel Dorfheizung Bruck eG:

Klimaschutz und Energieversorgung ganzheitlich gesehen

2015 ging die Dorfheizung im Ortsteil Bruck in der Gemeinde Berg in Oberfranken in Betrieb. Gegründet wurde die Genossenschaft im Jahr zuvor mit dem Ziel den Teilhabern kostengünstige, verlässliche und nachhaltig regenerativ erzeugte Wärme aus Hackschnitzeln und mit der Abwärme eines ortsnahen Holzvergaser landwirtschaftlichen Betriebs für Heizung und Warmwasser zur Verfügung zu stellen.

Die ehrenamtlichen Initiatoren organisierten Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Probebetrieb und rechtliche Prüfung. Im Jahr 2017 wurde dem Projekt der Bürgerenergiepreis Oberfranken des Bayernwerks verliehen. Im Gespräch mit der GZ resümiert Baudirektor Franz Kamhuber, Koordinator beim Amt für ländliche Entwicklung Oberfranken, inwiefern die Dorfheizung Bruck eG als Blaupause für ähnliche Vorhaben dienen kann. „Wichtig in der Betrachtung“, so Kamhuber, „ist immer die Situation vor Ort. Im vorliegenden Fall wurde von Anfang an darauf geachtet, wie der Zweck mit den individuellen Gegebenheiten vereinbar ist.“

Keine neuen Flächen

So wurden für die Dorfheizung keine neuen Flächen in Anspruch genommen und die Bauvorhaben mit der Dorferneuerung abgestimmt. Nach einer Machbarkeitsstudie 2013/14 wurde ein abbruchreifer Bauernhof gekauft und entfernt. Optisch ansprechend dient das



Vorher – nachher.



Bilder: Franz Kamhuber

Folgen des Klimawandels:

Bundesumweltministerium fördert nachhaltiges Anpassungsmanagement in Kommunen

Städte und Gemeinden können ab dem 1. Dezember 2021 finanzielle Unterstützung für ihre Vorsorge gegen Klimarisiken bekommen. Im Fokus der neuen Förderrunde des BMU-Programms „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ steht der Aufbau eines nachhaltigen Anpassungsmanagements in Kommunen. Darüber hinaus will das BMU innovative, lokale Modellprojekte gezielt fördern, die vor Schäden durch extreme Wetterereignisse schützen, wie Starkregen oder Hitzewellen. Gesucht werden innovative, nachhaltige Ideen von Städten, Gemeinden und anderen lokalen Akteuren, die beispielgebend für andere Kommunen in Deutschland sind.

Die novellierte Förderrichtlinie richtet das BMU-Programm „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ neu aus. Durch ein umfassendes Angebot von der Planung bis zur Umsetzung sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, anstehende Klimaanpassungs- und Umbauprozesse frühzeitig und integriert anzugehen sowie nachhaltig auszurichten. Vor allem sollen Kommunen solche Konzepte und Maßnahmen zur Klimaanpassung entwickeln, die die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aufgreifen und so einen besonderen Mehrwert für Menschen und Umwelt vor Ort schaffen.

Gestaffelte Ausschreibung

Die verschiedenen Förderschwerpunkte werden gestaffelt ausgeschrieben. Ab 1. Dezember 2021 bis 31. Januar 2022 wird der Aufbau eines nachhaltigen Anpassungsmanagements in Städten und Gemeinden gefördert. Dadurch werden gezielt Anreize für Kommunen geschaffen, lokale Klimaanpassung strategisch

Gelände heute als Sitz der Heizzentrale und ist gleichzeitig ein moderner Zugang zum Dorf. Alexander Winkler, Vorstand der Dorfheizung Bruck eG, berichtet, dass das Projekt „auch durch den ehrenamtlichen Einsatz der Genossen, im Schnitt der letzten vier Jahre ein ausgeglichenes Ergebnis präsentieren kann“. Die Gemeinschaft ist nach wie vor vom Vorstand über den Aufsichtsrat bis hin zum technischen Leiter vollständig ehrenamtlich und ohne Aufwandsentschädigung organisiert und fördert so auch den Zusammenhalt innerhalb des Ortes.

40 % u.a. vom Freistaat

Die Investitionssumme betrug ca. 580.000 Euro, davon wurden ca. 40 % mit Unterstützung des Freistaats, aus Mitteln der KfW sowie der Dorferneuerung über das Amt für ländliche Entwicklung Oberfranken gefördert. Den Rest stemmten die Mitglieder. Die jährliche, über ca. 1.300 Meter Leitungslänge in die Häuser gelieferte Energiemenge, entspricht ca. 600.000 kWh.

Energie wird durch zwei Hackschnitzkessel mit einer Leistung von je 200 kW und durch die Abwärme einer Holzvergaseranlage erzeugt. Damit kann Grund- und Spitzenlast abgedeckt werden, es sind keine fossilen Brennstoffe im Einsatz. Die Hackschnitzel werden über ein nahes Sägewerk und aus den umliegenden Wäldern bezogen.

200.000 kg CO₂-Einsparung

2021 ist fast die Hälfte der Gebäude im Dorf angeschlossen. Die Anlage substituiert ca. 60.000 Liter Heizöl, 14.000 Liter Flüssiggas und 35.000 kWh Strom und ermöglicht eine CO₂ Einsparung von ca. 200.000 kg im Jahr. Der Heizpreis liegt seit Jahren stabil und ist in einer Kalkulation aller Kosten absolut wettbewerbsfähig zu fossilen Brennstoffen.

Auch bald acht Jahre nach Gründung der Genossenschaft ist Kamhuber voll des Lobes für die Dorfheizung: „Im Großen, wie im Kleinen: Jedes Klimaschutz-Projekt muss individuell betrachtet werden. Wir haben überall andere Ausgangssituationen und verschiedene Rahmenbedingungen. In Bruck wurden die Planungsziele ‚Flächensparen, Nutzung bestehender Ressourcen und Innenentwicklung‘ herausragende realisiert.“ CH



V.l.: Bürgermeister M. Stolze, EBERwerk-GF M. Henle, BEG-Vorstand J. Hellriegel, Flächenbesitzer K. und S. Föstl, Landrat R. Niedergesäß und MdB A. Lenz. Bild: BEG/Kurt Scholz

Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG und EBERwerk GmbH & Co. KG.

Erstes EBERstrom-Bürgerkraftwerk

In Markt Schwaben steht das erste EBERstrom-Bürgerkraftwerk. Die Freiflächen-Photovoltaikanlage wird zwischen den Zugtrassen nach Erding und Mühldorf künftig umweltfreundlichen Sonnenstrom für die Verbraucherinnen und Verbraucher der Region erzeugen. Die Errichtung weiterer Anlagen ist geplant.

Die Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG („BEG“) und das EBERwerk haben im Juni dieses Jahres ihre erste gemeinsame Freiflächen-Photovoltaikanlage in Betrieb genommen. Viele Mitglieder der BEG hatten sich an der Bürgerfinanzierung beteiligt. Am 20. Oktober fand für die Beteiligten und für Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden und Öffentlichkeit eine Besichtigung des Bürgerkraftwerkes statt.

Die Anlage produziert jährlich ca. 1.500.000 Kilowattstunden

EBERstrom. Diese Energiemenge müsste ansonsten in anderen Kraftwerken erzeugt werden. So können Jahr für Jahr ca. 800 Tonnen CO₂ eingespart werden. Aufgrund des großen Potenzials sind geeignete Freiflächen neben privaten, gewerblichen und kommunalen Dächern wichtiger Bestandteil der Photovoltaik-Strategie des EBERwerks.

Dr. Markus Henle, Geschäftsführer des EBERwerks, freut sich über das Leuchtturmprojekt: „Unsere PV-Anlage zeigt, dass die Idee ‚EBERstrom‘ funk-

tioniert. Wenn Verbraucher, Gewerbe und Kommunen lokalen Ökostrom kaufen, entstehen vor Ort neue Solaranlagen. Das ist echter Klimaschutz.“

Auch der Vorstand der BEG, vertreten durch Joachim Hellriegel, zeigt sich erfreut: „Dieses Projekt ist das Produkt einer fruchtbaren Zusammenarbeit der Kommunen und Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ebersberg. Und hoffentlich das erste einer Reihe von vielen gemeinsamen Bürgerkraftwerken.“

BEG und EBERwerk planen eine Fortführung der Zusammenarbeit. Dafür kommen u. a. Freiflächen-Projekte in Grafing und Ebersberg in Frage, die das EBERwerk aktuell entwickelt. □

Für den Bürgerenergiepreis 2021 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis



bayernwerk



Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE):

Flächenbereitstellung für die Windenergie an Land

Bei der derzeitigen Regierungsbildung spielen die Forderungen nach Verankerung des 2-Prozent-Flächenziels bzw. nach einer ausreichenden Flächenbereitstellung, um die für Klimaneutralität benötigten Zubauanteile an landseitiger Windenergie bis 2030 realisieren zu können, eine große Rolle.

Das KNE stellt dieses Anliegen in den Kontext zur kürzlich veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zur „Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe für den Ausbau der Windenergie an Land“.

Leitsätze

- Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen bis 2030 optimal 105 Gigawatt (GW) an Windenergieleistung installiert sein, jährlich also etwa 7 GW brutto zugebaut werden.

- Der tatsächlich freie und verfügbare Flächenanteil an rechtskräftig ausgewiesenen Flächen beträgt aktuell 0,52 Prozent der Landesfläche, das dort erzielbare Leistungspotenzial etwa 20 Gigawatt. Das ist unzureichend.

- Regionalplanung und kommunale Planung sollten dafür in ausreichendem Umfang geeignete und faktisch nutzbare Flächen bauplanungsrechtlich sichern.

- Neben der Bereitstellung eines ausreichenden Flächenumfangs muss flankierend auch für eine optimale Ausnutzung der Flächen Sorge getragen werden.

- Verbindliche Vorgaben des Bundes mindestens zu den Mengenzielen sind notwendig, um die Ausbaupflichtungen zu konkretisieren. Sie sollten eine hohe Verbindlichkeit haben, die rechtlichen Voraussetzungen dafür sollten zügig verbessert werden.

- Im Falle absehbarer Verfehlung einzelner Ziele sollten die Länder, auf der Grundlage einer bundesweit einheitlichen Weißflächenermittlung, im Wege fairer Aushandlungen klären, wie das Gesamtziel dennoch erreicht werden kann. Entsprechende Formate sind zügig zu etablieren.

- Die Planungsverfahren (Zeiträume) für die Regionalpläne und die Flächennutzungspläne müssen dringend verkürzt und rechtssicher gemacht werden. Die notwendigen verfahrensrechtlichen Änderungen müssen zügig eingeleitet werden.

1. Ausbaubedarf

Nach dem aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen in Deutschland bis 2030 71 GW Windenergie an Land installiert sein. Aus Sicht des UBA sind für das Erreichen der Klimaschutzziele (vgl. Klimaschutzgesetz) ambitioniertere Ziele erforderlich. Nach dem GreenSupreme-Szenario der RESCUE-Studie müssten optimal 105 GW bis 2030 installiert sein, das wäre ein jährlicher Zubau von etwa 7 GW brutto.

2. Anforderungen an die Flächensicherung

Der Zubau muss auf die geeignetsten und vergleichsweise konfliktarmen Flächen gelenkt werden. Diese müssen die Länder in ausreichendem Umfang ausweisen und planerisch sichern. Dies kann sowohl auf Ebene der Regionalplanung als auch der kommunalen Planung (Bauleitplanung) erfolgen.

Auf den bereitgestellten Flächen sollte der Windenergieeinbau ein Vorrang gegenüber anderen Nutzungen eingeräumt werden, dann kann auch für andere Flächen eine Windenergieeinbau ausgeschlossen werden.

Sofern der erforderliche Zubau auf die dafür ausgewiesenen Flächen

begrenzt bleiben soll, muss sichergestellt werden, dass diese erstens ausreichend und zweitens auch faktisch nutzbar sind, dass also Windenergieprojekten innerhalb der ausgewiesenen Flächen keine anderen Belange entgegenstehen.

3. Derzeitige Flächenverfügbarkeit

In der UBA-Studie „Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe“ kommen die Gutachten zu dem Ergebnis, das derzeit bundesweit 0,8 Prozent der Landesfläche planerisch für die Windenergie festgelegt und damit verfügbar sind.

Durch Restriktionen wie Siedlungsabstände, Ausschluss von Waldgebieten und die Vorgabe, dass der Rotorradius innerhalb der Gebietsgrenze liegen muss, reduziert sich die verfügbare Fläche auf einen Anteil von 0,52 Prozent der Landesfläche. Das vorläufig ermittelte Leistungspotenzial auf den freien und verfügbaren Anteilen der rechtskräftig ausgewiesenen Flächen beträgt nach Angaben des UBA lediglich 20 GW.

Wollte man bis 2030 nur das aktuelle Ausbaziel des EEG 2021 von 71 GW erreichen, würden 0,8 Prozent der Landesfläche benötigt. Für die erforderlichen 105 GW ergibt sich ein Bedarf von 1,3 Prozent der Landesfläche. Das bedeutet, dass mehr als eine Verdoppelung des bisher ausgewiesenen Flächenumfangs notwendig würde. Mit den o.g. Restriktionen, Beschränkungen und Vorgaben erhöhte sich dieser Umfang weiter, im UBA-Szenario geht man daher schlussendlich von etwa 2,0 Prozent der Landesfläche aus.

Landkreise Starnberg, Landsberg und Fürstfeldbruck:

Gemeinsame Klima- und Energieagentur ist auf einem guten Weg

Ein Beratungs- und Kompetenzzentrum mit Dienstleistungsfunktion soll die zu gründende Klima- und Energieagentur für die drei Landkreise Fürstfeldbruck, Landsberg und Starnberg werden.

Die Vorarbeiten laufen auf Hochtouren, ebenso die Abstimmungsprozesse zwischen den Landkreisen. In einer Zoom-Besprechung haben sich die drei Landräte Stefan Frey, Thomas Karmasin und Thomas Eichinger nun über wesentliche Fragen zur Gründung beraten. Neben einem Satzungsentwurf ging es auch um Fragen zur Gremienbesetzung und Abstimmungsverfahren sowie um die wirtschaftlichen Grundlagen in einem Businessplan für die ersten fünf Jahre. Letzterer wurde in enger Abstimmung mit dem Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu, Martin Sambale, erarbeitet, der die drei Landkreise im Rahmen eines sog. Clearingsprozesses bis zur Gründung begleitet. Nun werden die wesentlichen Arbeitsgrundlagen finalisiert, in die rechtliche Prüfung gegeben und dann den jeweiligen Kreisgremien voraussichtlich im ersten Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Nach der Verschärfung der EU-Klimaziele und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts rechnen die Landräte mit einem stark wachsenden Bedarf an kommunaler Beratung in Energiefragen, bei Projekten zum Klimaschutz und dem effizienten Einsatz von regenerativen Energien. Bereits im Juni und Juli dieses Jahres haben alle drei Kreistage entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst, den Gründungsprozess voranzutreiben.

Kommunen, Bürgerschaft und Unternehmen profitieren

„Insbesondere unsere Kommunen, künftig auch die Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen sollen von dem star-

4. Optimale Nutzbarkeit der Flächen ermöglichen

Es ist evident, dass man – will man es bei der Nutzung von zwei Prozent der Landesfläche belassen – sicherstellen muss, dass die ausgewiesenen Flächen bestmöglich ausgenutzt werden können.

Der Genehmigung von Anlagen auf den Flächen stehen jedoch häufig Belange entgegen, die eine Genehmigung erschweren, wenn nicht gar verhindern. Hierzu gehören unter anderem militärische und Belange der Luftfahrt, aber auch des Artenschutzes. Neben der quantitativen ausreichenden Ausweisung von Flächen muss also auch dafür gesorgt werden, dass entgegenstehende Belange überwunden werden können.

5. Gesetzliche Zielvorgaben

Dafür, wie eine ausreichende Flächenbereitstellung von bundesweit durchschnittlich zwei Prozent erreicht werden kann, liegen verschiedene Vorschläge



Aiwanger: „Knapp 50 Kommunen wollen neue Windenergieprojekte in Angriff nehmen“ Seit einem Jahr betreuen Windkümmerer bayerische Kommunen, die am Ausbau der Windenergie interessiert sind. Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zieht eine positive Bilanz. Bild: StMWi/Archiv

auf dem Tisch. Das UBA schlägt vor, bundesrechtliche Zielvorgaben einzuführen und über diese den Ländern gesetzliche Mengenziele vorzugeben. Bei zu geringem Umfang geeigneter bzw. ausgewiesener Flächen oder bei faktischer Nichtnutzbarkeit großer Teile der ausgewiesenen Flächen wäre das jeweilige Land dann gezwungen, zeitnah mit anderen Ländern auszuhandeln, wie das Flächendefizit aufgefangen und das Gesamtziel dennoch erreicht werden kann.

Flächenziele allein werden aber, so das UBA, nicht ausreichen. Es sollten unter Berücksichtigung regionaler Möglichkeiten auch gesetzliche Mengenziele (Leistungs- und Ertragsziele) vorgegeben werden. Nur so könnten Klimaschutzanforderungen an den Windenergieausbau rückgekoppelt werden. Hierfür ist zügig abzuklären, ob die aktuelle Rechtslage und Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern derartige verbindliche Zielvorgaben zulassen.

6. Planungszeiträume verkürzen!

Eine, selbst mittelfristig, zeitgerechte Flächenbereitstellung wird sich nur verwirklichen lassen, wenn die Planungszeiträume für Regionalpläne und Flä-

chenutzungspläne stark verkürzt werden. Auch hier muss rasch geklärt werden, welche rechtlichen Schritte eingeleitet werden sollten, um die Planung von Windnutzungsgebieten zu vereinfachen und zu beschleunigen. Priorität sollte darauf liegen, Planungskriterien zu vereinheitlichen, die Rechtssicherheit von Plänen zu verbessern und „Endlosschleifen“ der Öffentlichkeitsbeteiligung zu begrenzen.

Die Bereitstellung, Ausweisung und Nutzbarmachung ausreichender Flächen für den notwendigen Ausbau der landsei-

tigen Windenergie bis 2030 bringt hohe Anforderungen mit sich. Die Umsetzung bedarf einer zügigen Klärung und Ausgestaltung der dazu erforderlichen rechtlichen Instrumentarien (Vorgabe von Mengenzielen durch den Bund; Verkürzung der Planungsverfahren für die Regionalpläne und die Flächennutzungspläne), aber auch des klugen und aufgeschlossenen Zusammenwirkens von Bund und Ländern.

Alle Quellenangaben sowie Verweise und die Wortmeldung zum Download finden Sie auf der [KNE-Internetseite](#). □

Freie Plätze in Niederbayern und Mittelfranken

Vor einem Jahr nahmen die Windkümmerer ihre Arbeit auf

„Wer Wind ernten will, muss Diskussionen säen“, so fasst Bayerns Wirtschafts- und Energieminister den Weg zum Ausbau der Windenergie im Freistaat zusammen. Und weiter: „Unsere Windkümmerer sorgen seit einem Jahr dafür, dass in fast 50 Kommunen wieder über den Ausbau der Windenergie nachgedacht wird. Das werde ich als vollen Erfolg.“ Nur in den Regierungsbezirken Niederbayern und Mittelfranken sind aktuell noch Kapazitäten für eine Betreuung durch die Windkümmerer bis Ende nächsten Jahres vorhanden. „Bitte bewerben Sie sich und nutzen Sie das Angebot einer kostenlosen Beratung“, appelliert der Energieminister.

Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit haben die Windkümmerer bereits viel bewegt. Hervorzuheben sind besonders die Bürgerscheide pro Windkraft in Sinsing (Landkreis Regensburg) und kürzlich in Buttenheim (Landkreis Bamberg), bei denen die Windkümmerer auf vorherigen Informationsveranstaltungen als Experten den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung standen und faktenbasiert referiert haben. Aiwanger: „Die positiven Entscheide und vorangegangenen Diskussionen in den Kommunen zeigen, dass der eingeschlagene Weg genau richtig ist.“

Objektive und fachliche Expertise

Ende des Jahres geht zudem das Projekt in Dinkelscherben (Landkreis Augsburg) in die Antragsstellung für das förmliche Genehmigungsverfahren nach dem Bayerischen Immissionschutzgesetz. „Das ist ein herausragender Fortschritt und gut für den Ausbau der Windenergie in Schwaben“, erklärt der Staatsminister. Weiter wurde in zahlreichen Kommunen mit Unterstützung der objektiven und großen fachlichen Expertise der Windkümmerer positive Gemeinderatsbeschlüsse erzwungen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und der Wissensstand der Kommunen wurde durch die Arbeit professionalisiert und sichtbar verbessert, beispielsweise durch innovative Bürgerinformationsveranstaltungen, Flyer und Projektwebseiten. Die Gründung von interkommunalen Arbeitsgemeinschaften (ARGE), wie kürzlich zum Forstnieder Park (Gemeinden Pullach und Neuried, Landkreis München) konnten auf den Weg gebracht werden. Auch konnten schon Standorticherungsverträge mit den Bayerischen Staatsforsten abgeschlossen werden.

„Es muss ja nicht jedes Mal das Windrad neu erfunden werden. Ein Windkümmerer kennt die Planungs- und Genehmigungsprozesse bis zur erfolgreichen Projektumsetzung in- und auswendig und kann Synergieeffekte an die Kommunen weitergeben“, erklärt Aiwanger. „Die sehr gute Arbeit der Windkümmerer und der Bürgerinnen und Bürgern, als auch der Kommunen lässt klar erkennen, dass ich durch das Windkümmerer-Programm neue Impulse und eine Aufbruchsstimmung für die Windenergie in

Bayern gegeben habe!“

In allen sieben Regierungsbezirken bewarben sich interessierte Kommunen, um sich von einem Windkümmerer beraten und begleiten zu lassen. Aktuell werden 36 Projekte unter Beteiligung von 45 Kommunen betreut, davon allein in Oberbayern sieben. Der weitere Ausbau der Windenergie in Bayern ist laut Aiwanger eine zentrale Säule zum Gelingen der Energiewende. Für die Windenergie spricht der relativ geringe Flächenbedarf eines Windrads und die Produktion von Strom vorwiegend im Winter, aber auch bei Nacht, wenn der Bedarf am höchsten ist. In Bayern waren Ende 2020 über 1.126 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von ca. 2,5 GW am Netz. Aiwanger: „Zwei Fakten haben mich das Projekt der Windkümmerer ins Leben rufen lassen: Erstens brauchen wir neue Windräder auch innerhalb des 10 H-Abstands, sonst haben wir einfach zu wenig potenzielle Standorte. Und zweitens macht es überhaupt keinen Sinn, neue Projekte gegen den mehrheitlichen Widerstand der Bevölkerung zu unterstützen.“

Windkraft innerhalb 10 H

Die in Bayern geltende 10 H-Regel erlaubt es den Kommunen, für Windenergieanlagen über ein Bauleitplanverfahren auch innerhalb des 10 H-Abstands Baurecht zu schaffen. Den Kommunen kommt über die gemeindliche Planungshoheit eine zentrale Rolle beim weiteren Ausbau der Windenergie zu. Damit werden die Kommunen aber auch vor große Herausforderungen gestellt, da Konfliktthemen wie Natur- und Artenschutz und Landschaftsbild in den Bauleitplanverfahren zu prüfen sind. Andererseits können durch die Entscheidungen der Kommunen passgenaue Lösungen vor Ort gefunden werden, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. „Viele Bürgermeister haben in anderen Kommunen beobachtet, wie zäh die Verfahren verlaufen und waren deshalb sehr vorsichtig, neue Windkraftprojekte in Angriff zu nehmen. Also habe ich gesagt: Diesen Kommunen muss geholfen werden“, blickt der Staatsminister zurück. „Mit den Windkümmerern haben wir nun genau das passende Unterstützungsangebot geschaffen“, so Aiwanger abschließend. □

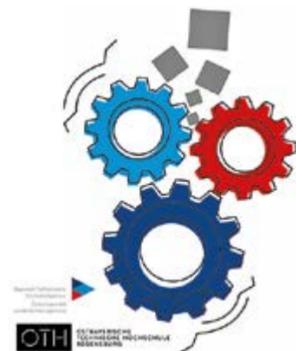
Regionale Risiken Kritischer Infrastrukturen erkennen und verringern

Von Prof. Dr. Markus Bresinsky und Johanna Schröder,
Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

Mit der zunehmenden Vernetztheit komplexer Systeme steigt auch das Risiko für den Ausfall Kritischer Infrastrukturen. Um diese Kritischen Infrastrukturen besser auf so ein Szenario vorzubereiten, sucht die OTH Regensburg aktuell nach zukünftigen Projektpartnern.

Der digitale Fortschritt des 21. Jahrhunderts sowie die Herausforderungen einer hochgradig vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft lassen auch die Sicherheit regionaler Kritischer In-

frastrukturen nicht unberührt. Während die Stabilität unserer Energienetze stark durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und den rasant steigenden Energieverbrauch gefordert wird, ereignen sich parallel auch vermehrt Cyberangriffe, die es gezielt auf die Funktionsfähigkeit bestimmter Infrastrukturen – darunter oftmals auch Stromkraftwerke – abgesehen haben. In vielerlei Hinsicht erhöht sich also die Wahrscheinlichkeit des Eintretens und die Möglichkeit eines einschneidenden Blackouts. Die fatalen Folgen eines derartigen Ereignisses auf die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft beschäftigen daher längst nicht nur die Wissenschaft, sondern zunehmend auch die Politik und die Öffentlichkeit.



Unsere Abbildung zeigt das Logo für den abschließenden Projektworkshop der OTH Regensburg am 15.12.2021. □

noch bis Ende des Jahres von der Bayerisch-Tschechischen Hochschulagentur gefördert und beschäftigt sich insbesondere mit der Entwicklung von Methoden, die lokale und regionale Akteure bei der Risikoanalyse und Vorbereitung in Hinblick auf eventuelle Ausfälle etwa in der Energieversorgung unterstützen kann. Im Rahmen dieses Projekts hat sich herausgestellt, dass gerade kleinere Einrichtungen und Unternehmen, die zwar in den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen angesiedelt sind, aber nicht zwangsweise bereits auf Bundesebene (nach den Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes) reguliert sind, Unterstützung bei der Risikoanalyse und -vorbereitung benötigen. Darüber hinaus treffen die bei einem Ausfall entstehenden Kaskadeneffekte immer wieder auch kleinere Unternehmen und Einrichtungen, die auf die Leistungen Kritischer Infrastrukturen besonders angewiesen sind. In Hinblick auf diese Relevanz

soil das Projekt auch über 2021 hinaus weitergeführt werden. Aktuell gibt es zu dieser Thematik diverse Förderausschreibungen, die insbesondere auf die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und sogenannten „Anwendern“ – in diesem Fall, Kommunen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, oder Unternehmen aus den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen – setzen. Um einen erfolgsversprechenden Antrag auf Förderung stellen zu können, sucht die OTH Regensburg derzeit nach möglichen Projektpartnern aus der Praxis, die bei der Krisenprävention Kritischer Infrastrukturen eine aktive Rolle zu spielen. Einen ersten Eindruck und Hintergründe über die methodische Herangehensweise und die bisherigen Forschungsergebnisse können Interessenten beim abschließenden Projektworkshop am 15. Dezember 2021 erfahren. Im Rahmen dieses virtuellen Events werden sich Fach- und Führungskräfte Kritischer Infrastrukturen über die Kaskadeneffekte austauschen und gemeinsam mögliche Lösungsansätze diskutieren. □

Rückläufige Einsatzzahlen

Versammlung des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim

Rund 1.500 Notfall-Einsätze weniger als im Jahr 2019, nämlich knapp 36.500, verzeichnete der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim, der die Stadt Rosenheim sowie die Landkreise Rosenheim und Miesbach umfasst, im Jahr 2020. Wie Geschäftsleiter Stefan Forstmeier bei der von Landrat Otto Lederer geleiteten Verbandsversammlung mitteilte, seien die rückläufigen Einsatzzahlen im Rettungsdienst auf Corona zurückzuführen.

Das Virus sei aber auch dafür verantwortlich, dass die notwendigen Hygienemaßnahmen die Dauer der Einsätze im Durchschnitt verlängerte. Parallel dazu sank auch die Zahl der Krankentransporte im Jahresvergleich um rund 2.000 auf knapp 26.400 im Jahr 2020.

Sehr positiv äußerte sich Forstmeier zu den zwei neuen Stellplätzen für den Rettungsdienst in Eggstätt und Bad Feilnbach: Ihre Inbetriebnahme zum 1. März sei in jedem Fall notwendig gewesen. Eine erste Auswertung zeige, dass in Bad Feilnbach die Rettungssanitäter im Durchschnitt vier- bis fünf-

mal pro Tag ausrücken und in Eggstätt drei- bis viermal. Beide Stellplätze sind täglich zwölf Stunden besetzt.

Der Integrierten Leitstelle Rosenheim steht ein umfassender Hardware-Tausch ins Haus, zudem reicht der vorhandene Platz nicht mehr aus. Der zuständige Amtsleiter Hans Meyrl sprach von dringendem Handlungsbedarf, der sich mit Vorgaben aus dem Bayerischen Ministerium des Inneren, für Sport und Integration begründet, vor allem was Ausfall- und IT-Sicherheit betrifft. Nach Meyrils Angaben wird der Austausch 3,8 Millionen Euro kosten. Ein Fachplaner sei mit der Angelegenheit betraut, der Förderantrag werde jetzt gestellt und ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Der Amtsleiter hofft, dass im Frühjahr 2022 die Hardware getauscht werden kann. Für planbare Ausfälle, aber auch für unvorhersehbare Notfälle, steht die Notleitstelle der Landeshauptstadt München zur Verfügung.

Meyrl regte zudem an, sich über eine Erweiterung der Integrierten Leitstelle, entweder durch Anbau oder durch Neubau, Gedanken zu machen. Die vorhandenen sieben Einsatzzeitplätze reichten nicht mehr aus. Nach den Vorgaben eines Ergebnisberichts aus dem Bayerischen Innenministerium werden künftig zehn oder elf Plätze benötigt. Auch weiterhin sollen die sechs Ausnahmeabfrageplätze, die bei Krisen oder Katastrophen benötigt werden, erhalten bleiben. Als Interimslösung wird die Integrierte Leitstelle durch einen Container-Anbau auf Stelzen räumlich vergrößert.

Über IVENA, eine Software, die im Rettungsdienst eingesetzt wird, informierte der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, Dr. Michael Städtler. Das Programm, das die Entscheidungs-



Teilnehmer an der Katastrophenschutzübung in der Bayerischen Bauakademie in Feuchtwangen beim Gruppenbild. Bild: Bundeswehr

Katastrophenschutzübung in Feuchtwangen

Dass Katastrophenereignisse immer im Bereich des Möglichen liegen, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Gleich zweimal führte sie zur Ausrufung eines bayernweiten Katastrophenfalls. Auch die Flutkatastrophe im Ahrtal in diesem Sommer nahm ein derartiges Ausmaß an.

Auf was kommt es bei der Bewältigung von Katastrophen an? Mit wem kann und muss man zusammenarbeiten? Wie kann das Miteinander von Verwaltung, Einsatzkräften vor Ort und den

Fachberatern von Feuerwehr, THW, Polizei oder Bundeswehr gelingen?

In einer Katastrophenschutzübung in Feuchtwangen, die von der Bundeswehr in zwei Schich-

ten geplant und durchgeführt wurde, wurde das Szenario eines Blackouts durchgespielt. Von Seiten des Landkreises Fürstentfeldbruck nahmen an die 15 Personen teil, die zugleich Mitglieder der örtlichen Führungsgruppe Katastrophenschutz sind und bereits schon unter Live-Bedingungen während der Corona-Pandemie eng zusammengearbeitet hatten. □

Zulassungsverfahren für Energieinfrastrukturen:

Flexibilität beim Wiederaufbau nach Katastrophenfällen gefordert

Der Bundesrat hat Vorschläge vorgelegt, Zulassungsverfahren für den klimaresilienten Wiederaufbau der Energienetze nach Katastrophenfällen zu vereinfachen. Hierzu erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Der Vorstoß des Bundesrats, Zulassungsverfahren für den klimaresilienten Wiederaufbau der Energieinfrastrukturen nach Katastrophenfällen zu vereinfachen, ist richtig. Planungs- und Genehmigungsverfahren von Energienetzen sind komplex und zeitintensiv. Nach einem Katastrophenfall behindert der dadurch entstehende Aufwand einen schnellen Wiederaufbau und erschwert so das Leben der Menschen in den Katastrophengebieten zusätzlich.“

Besonders wichtig ist es, den Unternehmen beim Wiederaufbau mehr Flexibilität zu geben. Das geltende Planungsrecht sieht vor, dass es immer dann, wenn Anlagen nicht identisch zu ihrem Ursprungsstatus wiederaufgebaut werden, eines neuen Genehmigungsver-

fahrens bedarf. Damit wird den Unternehmen, die vor der Aufgabe stehen, möglichst schnell die Versorgung wiederherzustellen, erschwert, die Energienetze besser gegen künftige

Schäden zu wappnen und sie auf die Herausforderungen der Energiewende vorzubereiten. Unternehmen dürfen nicht vor die Wahl gestellt werden, Infrastruktur schnell oder krisenresilient wiederaufzubauen, wenn auch beides Hand in Hand gehen könnte.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass wir durch den Klimawandel künftig häufiger Extremwetterereignisse erleben werden. Eine Gesetzesänderung in Folge der Initiative des Bundesrats könnte ein wichtiger Baustein sein, um das Planungsrecht dem Klimawandel anzupassen. □



In Mühlendorf wurde eine 500-kg-Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg entschärfet. Die Bombe wurde bei Sondierungsarbeiten entdeckt und wird nun zur fachmännischen Entsorgung nach München überstellt. 3.800 Personen mussten evakuiert werden; 280 Einsatzkräfte waren beteiligt. Kreisbrandrat und örtlicher Einsatzleiter Harald Lechertshuber zieht eine positive Bilanz: „Die Evakuierung verlief ruhig und der Zeitplan wurde nahezu punktgenau eingehalten. Eine Meisterleistung angesichts der größten Evakuierungsaktion, die es im Landkreis je gegeben hat.“ Landrat Max Heimerl dankte den Bürgerinnen und Bürgern für ihr umsichtiges und vorbildliches Verhalten. „Eine Evakuierung in dieser Größenordnung mitten in einer Hochphase der Pandemie verlangt allen Beteiligten viel ab.“ Bild: Pressestelle Landratsamt Mühlendorf a. Inn

Kaskadeneffekte

In Anbetracht dieser Risiken hat sich ein Team um Professor Dr. Markus Bresinsky an der OTH Regensburg seit Ende 2019 intensiv mit den sogenannten Kaskadeneffekten Kritischer Infrastrukturen befasst. Das Projekt „Tschechisch-deutsches Lagerverständnis Kritischer Infrastrukturen in der Grenzregion Tschechien und Ostbayern“ wird

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

2.12.21 | 19-21 Uhr
ONLINE

FACHGESPRÄCH STARKREGEN MANAGEMENT in der kommunalen Praxis

Unter anderem mit
Johannes Becher, MdL
Sprecher für kommunale Fragen
Katharina Schätz
Klimaresilienzmanagerin der Stadt Regensburg

Anmeldung und Infos unter
www.gruene-fraktion-bayern.de/termine



Die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg wurde 1971 als Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen gegründet. Heute ist sie eine der größten Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern.

Das Projektteam um Prof. Dr. Markus Bresinsky sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen oder mehrere KOOPERATIONSPARTNER FÜR EIN ÖFFENTLICHES FORSCHUNGSPROJEKT

zum Thema Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen für Betreiber im Bereich der Kritischen Infrastrukturen.

Im Vordergrund des Projektes steht die Entwicklung von Methoden zur Risikoanalyse sowie von vorbereitenden Maßnahmen auf mögliche (Strom)Ausfälle für den Anwender (z.B. Betreiber Kritischer Infrastrukturen). Alternative Projektideen und -vorschläge nehmen wir gerne auf.

Wir suchen:

- Gemeinden, Kommunen, BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) oder Unternehmen aus den Sektoren der Kritischen Infrastrukturen, die an einer aktiven Zusammenarbeit im Rahmen eines mehrjährigen, öffentlichen Forschungsprojektes interessiert sind
- Unternehmen und Einrichtungen, die auf die Leistungen Kritischer Infrastrukturen besonders angewiesen sind

Das sollten Sie mitbringen:

- Interesse an einer aktiven Zusammenarbeit im obengenannten Themenbereich
- Ideen und Ressourcen für die der aktive Ausgestaltung und Einreichung eines gemeinsamen Förderantrags

Das bieten wir:

- Wissenschaftliche Expertise im Bereich der Kritischen Infrastrukturen
- Erfahrung in der Entwicklung von Methoden und in der Durchführung von methodisch-geleiteten Veranstaltungen

Bei Interesse an einer Zusammenarbeit oder für weitere Informationen zum Projekt melden Sie sich gerne bei Frau Johanna Schröder | Email: johanna.schroeder@oth-regensburg.de | Tel.: 0941 943-7214 | www.oth-regensburg.de

Roland Weigert und Klaus Holetschek:

Arzneimittelforschung und deren Produktion stärken

Apell an die künftige Bundesregierung

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert und Gesundheitsminister Klaus Holetschek möchten Bayern als Pharmastandort stärken und die Rahmenbedingungen für eine sichere Arzneimittelversorgung verbessern. Deshalb haben die beiden Politiker in Martinsried mit den Pharmaverbänden die fortgeschriebene Gemeinsame Erklärung des Bayerischen Pharmagipfels unterzeichnet. Die Ministerien haben mit den Pharmaverbänden eine Vielzahl ganz konkreter Maßnahmen erarbeitet, darunter die Stärkung des Patentschutzes und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Diese müssen jetzt auf Bundesebene umgesetzt werden, denn Ausgaben für Arzneimittel sind Investitionen in die Gesundheit. Unterzeichner seitens der Pharmaverbände sind der Bundesverband der Arzneimittelhersteller e.V. (B.A.H.), die Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e.V. (BIO Deutschland), der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI), Pro Generika e.V. und der Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa).

Weigert: „Wir müssen unsere Arzneimittelindustrie weiter stärken. Die Herausforderungen bei Forschung und Produktion sind groß. Das hat die Pandemie einmal mehr gezeigt. Es kommt jetzt auch auf entschlossenes Handeln der zukünftigen Bundesregierung an. Für eine innovative und resiliente Arzneimittelindustrie brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen. Besonders wichtig sind der Erhalt des Patentschutzes als Innovationsanreiz und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die klinische Forschung, die durch überbordende Bürokratie behindert wird. Zur klinischen Forschung werden wir in einer Arbeitsgruppe noch weitere Vorschläge entwickeln.“

Versicherte haben Daten selbst in der Hand

Gesundheitsminister Klaus Holetschek unterstrich: „Die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine stabile Versorgung mit qualitativ hochwertigen und innovativen Arzneimitteln ist. Dafür setzen wir uns auch weiterhin intensiv ein: Der schnelle Zugang von Patientinnen und Patienten sowohl zu innovativen Therapien als auch zu bewährten Arzneimitteln muss auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Die Gemeinsame Erklärung enthält deshalb konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Gleichzeitig haben wir die Forschung im Blick:

Um sie zu verbessern, brauchen wir eine möglichst breite Basis an Gesundheitsdaten. Denn klar ist: Je mehr wir wissen, desto bessere Therapien können entwickelt werden. Die Gemeinsame Erklärung schlägt daher ein Opt-Out Modell vor: Daten aus der elektronischen Patientenakte (ePA) sollen zu Forschungszwecken genutzt werden können – es sei denn, die Patientin oder der Patient entscheidet sich gegen eine Nutzung der ePA oder für eine Löschung der Daten. Die Versicherten sollen ihre Daten also ganz klar weiterhin selbst in der Hand haben.“ Aus Sicht der forschenden Pharmaunternehmen betonte Chantal Friebertshäuser, Vorsitzende der Geschäftsführung MSD Sharp & Dohme GmbH als Landesbeauftragte des vfa: „Jetzt ist die Zeit, gezielt zukunftsfähige Strukturen zur Verbesserung der Versorgung von Patientinnen und Patienten zu schaffen und den Pharmastandort Bayern für die Zukunft zu stärken. Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt: Um Pandemien und Volkskrankheiten wirksam zu bekämpfen und ein langes, gesundes Leben zu ermöglichen, leisten die forschenden Arzneimittelhersteller und die gesamte industrielle Gesundheitswirtschaft einen enormen Beitrag. Damit Ihr Pioniergeist von Dauer ist, ist

es wichtig, dass langfristige Investitionen in Forschung gewürdigt und Potenziale noch besser als heute genutzt werden.“

Personalisierte Medizin

Dr. Peter Heinrich, Geschäftsführer der Sinfonie Life Science Management GmbH und Vorstand der BIO Deutschland fügte hinzu: „Bayern ist ein hochklassiger Forschungs- und Produktionsstandort für Biopharmazeutika. Ein wichtiger Innovationstreiber sind die bayerischen Biotechnologieunternehmen, die häufig in enger Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und der pharmazeutischen Industrie kooperieren. Um zu gewährleisten, dass unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb weiterhin eine Spitzenposition einnehmen, müssen wir jetzt dringend die Digitalisierung in der Medizin vorantreiben und vor allem auch den Forschern aus der Industrie, den Zugriff auf Gesundheitsdaten ermöglichen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der europäischen Datenschutzrichtlinien. Nur so können wir das Ziel einer personalisierten Medizin zum Wohle der Patientinnen und Patienten erreichen.“

Oliver Kirst, Geschäftsführer Servier Deutschland GmbH und Vorstand des BPI-Landesverbands Bayern unterstrich: „Die standardisierte Weitergabe von Gesundheitsdaten aus der elektronischen Patientenakte an das Forschungsdatenzentrum würde eine fundiertere Versorgungsforschung ermöglichen und damit wertvolle Erkenntnisse für eine noch bessere Gesundheitsversorgung liefern.“

Der BAH-Vorstandsvorsitzende Jörg Wiczorek, Geschäftsführer Hermes Arzneimittel GmbH: „Ich freue mich, dass in der Gemeinsamen Erklärung die Leistungen der Arzneimittel-Hersteller für die Versorgung mit rezeptpflichtigen wie auch rezeptfreien Arzneimitteln hervorgehoben werden. Denn die aktuelle pandemische Situation hat die Bedeutung unserer Branche eindrucksvoll vor Augen geführt. Um auch in Zukunft eine sichere und verlässliche Arzneimittelversorgung zu gewährleisten, brauchen wir jedoch Anpassungen insbesondere bei den sozialrechtlichen Steuerungsinstrumenten, wie die Mehrfachvergabe bei Rabattverträgen, ein Auslaufen des Preismoratoriums und ein Verzicht auf die Substitution von Biologi-

ka in Apotheken. Besonders unterstützt wird von uns das Bestreben nach Bürokratieabbau.“

Für die Hersteller generischer Arzneimittel hob Wolfgang Späth, Vorsitzender Hexal AG und Vorstandsvorsitzender von Pro Generika die Bedeutung der Arzneimittelversorgung hervor: „Die Stabilität der Versorgung ist eines der drängendsten Arzneimittelthemen unserer Zeit. Das hat auch der Bayerische Pharmagipfel bestätigt. Durch Covid-19 haben wir alle gelernt, wie sehr es in der Krise auf Arzneimittel ankommt und wie fragil unsere Versorgung sein kann. Nur eine Modifikation der Rabattverträge kann dem entgegenwirken. Es darf – so ein Ergebnis des Gipfels – nicht mehr nur um den billigsten Preis gehen. Auch Kriterien zugunsten von mehr Liefersicherheit müssen berücksichtigt werden. Mit Blick auf Biologika sollte die Pandemie uns ebenfalls eine Lehre sein. Denn hier führt die Politik mit der automatischen Substitution genau das Instrument ein, das die Generika-Versorgung destabilisiert hat. Die Forderung, diesen Schritt noch einmal zu überprüfen, begrüßen wir deshalb ausdrücklich.“ □

Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit“ begegnet Herausforderungen des Klimawandels

Stechmückenübertragene Krankheiten beobachten, Hitzestress mildern oder Pollenflug präzisieren

Welche stechmückenübertragenen Krankheiten können in Bayern vorkommen und was kann dagegen unternommen werden? Welche Maßnahmen können gegen die steigende Hitzebelastung in Städten helfen? Welche Effekte hat der Klimawandel auf den Pollenflug im Freistaat und welche Anpassungsmöglichkeiten gibt es? Antworten auf diese und weitere dringliche Fragestellungen rund um das Thema Klimawandel und Gesundheit geben führende bayerische Hochschulen im Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit“. Im virtuellen Abschluss Symposium stellten die Vertreterinnen und Vertreter der sieben Projekte des Verbunds ihre Ergebnisse vor. Lösungsansätze bieten unter anderem Online-Tools, stadtplanerische Maßnahmen und das gezielte Monitoring verschiedener Arten, wie z. B. Cyanobakterien, in Bayern.

werden zu früheren Blühzeitpunkten führen, außerdem werden sich auch regionale Änderungen des Pollenflugs in Bayern ergeben. Mit gebietsweise aufgelösten Karten der Pollenverteilung für unterschiedliche Szenarien der Klimaänderung können jetzt schon zukünftige regionale Entwicklungen der Pollenexposition skizziert werden.“

Die Einzelprojekte wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bayerischer Universitäten und Forschungseinrichtungen durchgeführt, konkret wurden folgende Forschungsthemen am Symposium präsentiert:

- Von der Universität Augsburg (UNA) durchgeführte Projekte:
 - Bioklimatisches Informationssystem (BioClis)
 - Thunderstorm Asthma in der Region Augsburg (TARA)
- Von der Universität Bayreuth (UBT) durchgeführte Projekte:
 - Stechmückenübertragene arbovirale Krankheiten in Bayern (BayVirMos)
 - Minderung städtischer Klima- und Ozonrisiken (MISKOR)

Von der Technischen Universität München (TUM) durchgeführte Projekte:

- Klimawandel fördert toxische Cyanobakterien – Detektion von Cyanotoxinen in Gewässern (CYTOXKLIMA)
- Effekte des Klimawandels auf Pollen in Bayern (KLIMAPollen)
- Einfluss von extremen Witterungsereignissen im Klimawandel auf die menschliche Gesundheit (WIKLIGE)

Dr. Christian Mikulla, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), betonte abschließend ebenfalls die Notwendigkeit fachübergreifender Forschungsansätze: „Auch im Bereich des Gesundheitsschutzes müssen wir uns mit den zukünftigen Umweltbedingungen auseinandersetzen. Die Projektnehmer haben mit Projektionen verschiedener Klimawandelszenarien gearbeitet, um Entwicklungen kommander Jahrzehnte besser vorhersagen zu können. So lassen sich bereits jetzt geeignete Maßnahmen zum Klima- und Gesundheitsschutz einleiten.“

Ausführliche Informationen zum Verbundprojekt finden sich in der Publikation „Verbundprojekt Klimawandel und Gesundheit“, die auf der VKG-Homepage abrufbar ist: www.vkg.bayern.de/doc/broschuere_vkg_symposium_gdm.pdf □

Landkreis Pfaffenhofen:

Gesundheitsforum der Gesundheitsregion plus hat seine Arbeit aufgenommen

Auf Einladung von Landrat Albert Gürtner fand die erste Sitzung des Gesundheitsforums der seit März im Landkreis Pfaffenhofen installierten Gesundheitsregion plus statt. Nach der Förderzusage durch das Bayerische SGesundheitsministerium im vergangenen Dezember und dem Start des Projekts Gesundheitsregion plus im März dieses Jahres erfolgte nun mit der Konstituierung des Gesundheitsforums als leitendes Steuerungsgremium der Gesundheitsregion der nächste wichtige Schritt für das bis 2025 laufende Förderprojekt.

Unter der Moderation der beiden Geschäftsstellenleiterinnen Carolin Eder und Ingrid Andre diskutierten 32 Vertreterinnen

und Vertreter sowie Expertinnen und Experten aus verschiedenen regionalen Sektoren des Gesundheitswesens den aktu-

ellen Versorgungszustand und Bedarf aus den Bereichen Gesundheitsförderung, Pflege und Versorgung. „Ziel dieser Zusammenarbeit ist die regionale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Pfaffenhofen zu optimieren sowie die Gesundheitsförderung in der Region zu stärken“, so Landrat Albert Gürtner, Vorsitzender des Gesundheitsforums Pfaffenhofen.

Unterstützung und Beratung durch das LGL

Neben einer festen Anzahl von regionalen Gesundheitsvertretern können zukünftig themenbezogen bei Bedarf auch andere Fachkräfte mit in das Gremium hinzugezogen werden. Die organisatorische Leitung des Projekts Gesundheitsregion plus liegt bei den beiden Geschäftsstellenleiterinnen Carolin Eder und Ingrid Andre. Die Geschäftsstelle dient dabei als Koordinierungsstelle zwischen dem Gesundheitsforum und den sich daraus ableitenden und bedarfsorientierten Arbeitskreisen. Unterstützt und wissenschaftlich beraten wird die Projektarbeit durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Neben den Gründungsformaten, wie der Verabschiedung einer Geschäftsordnung, richtete das Gremium in seiner Sitzung bereits einen Blick auf zukünftige Handlungsschwerpunkte in der Region. Insbesondere die Themen Fachkräftemangel/Facharztmangel, Einrichtung eines Pflegestützpunktes, Schulungsangebote für Angehörige sowie die bessere Erreichbarkeit des Zielklientels im Bereich von Präventionsangeboten wurden in den Fokus genommen und sollen zukünftig durch die Bearbeitung eigener geschaffener Arbeitskreise viel Raum und Aufmerksamkeit bekommen. Dabei sollen bereits bestehende Netzwerke genutzt und in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt werden. □



v.l.: Sebastian Eckert, Verantwortlicher für die bayerischen Gesundheitsregionen plus bei der kassenärztlichen Vereinigung Bayern, die Geschäftsstellenleiterinnen Ingrid Andre und Carolin Eder sowie Landrat Albert Gürtner. Bild: Berger

Impfpflicht:

Versorgungsrisiko für 200.000 Pflegebedürftige

Zu der aktuellen Diskussion um eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch:

„Die Mehrheit der Deutschen befürwortet die Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal. Allein in der Altenpflege arbeiten hierzulande 1,2 Mio. Menschen, die zwei Mio. Pflegebedürftige versorgen. Tatsächlich weiß aktuell niemand, wie hoch die Impfquote der Beschäftigten ist. Erste regionale Umfragen in dieser Berufsgruppe zeigen, dass die Impfbereitschaft etwa auf Höhe des Bevölkerungsdurchschnitts von unter 70 Prozent liegt. Wer eine gesetzliche Impfpflicht fordert, hat aber zunächst zu klären, mit welchen Sanktionen Verweigerer belegt werden sollen. Im Ausland droht dann die Entlassung. Trotzdem haben sich dort zehn Prozent der Altenpflegekräfte nicht impfen lassen. Vermutlich werden auch in Deutschland mehr als 100.000 Altenpflegekräfte trotz Impfpflicht eine Impfung verweigern. Wer also eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal in Deutschland umsetzen will, muss auch konsequente Entlassungen verantworten. Schließlich wären dann 200.000 Pflegebedürftige dem Risiko einer fehlenden Betreuung ausgesetzt.“ □

Walter Jonas, Präsident des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), erläutert: „Aufgrund veränderter Umweltbedingungen treten vermehrt toxischbildende Cyanobakterien in bayerischen Badeseeen auf. Cyanotoxine können für die Nutzer von Badeseeen, für die Trinkwasserversorgung sowie für die Fischzucht ein großes Problem darstellen – Cyanobakterien stellen jedoch nur eine der zahlreichen Herausforderungen des Klimawandels dar. Die Ergebnisse des Verbundprojektes bieten die Chance, diesen zu begegnen und auch künftig in der Minderung weiterer Klimawandelfolgen voranzuschreiten zu können.“

Bayern bis 2040 klimaneutral

Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Abschlussveranstaltung: „Der Klimawandel wird auch in Bayern immer deutlicher spürbar. Die Zahl sehr heißer Tage sowie Extremwetterereignisse nehmen zu. Das hat auch Folgen für die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind zentrale Herausforderungen. Unser Ziel ist klar: Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden. Das Verbundprojekt ‚Klimawandel und Gesundheit‘ liefert uns neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ist ein wichtiger Baustein der Klimaschutzoffensive der Bayerischen Staatsregierung.“

Praxisnahe Konzepte entwickeln

Klaus Holetschek, Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister, hebt die Resultate für den Gesundheitsschutz hervor: „Das Thema ‚Klima und Gesundheit‘ ist enorm wichtig. Wir müssen alles dafür tun, um die Bürgerin-

nen und Bürger vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Klar ist: Das gelingt uns nur, wenn wir unser Wissen bündeln und die unterschiedlichen Bereiche der Auswirkungen des Klimawandels beleuchten. Wichtig ist es, daraus praxisnahe Konzepte für Klimaanpassungsmaßnahmen und Gesundheitsschutz zu entwickeln. Genau das ist uns im Verbundprojekt ‚Klimawandel und Gesundheit‘ hervorragend gelungen. Wir führen das Projekt daher weiter und setzen auch künftig auf themenübergreifende Think-Tanks, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.“

Das Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit“ beleuchtete den Klimawandel aus mehreren Blickwinkeln und Disziplinen. Beispielsweise entwickelten Experten ein Online-Tool, das die Wahrscheinlichkeit für das Vorkommen bestimmter Stechmücken, die bislang nicht heimisch sind, und damit verbunden auch das Auftreten bestimmter Viruserkrankungen ermitteln kann. Diese und weitere Informationen werden unter www.bayceer.uni-bayreuth.de/bayvirmos bereitgestellt und fortlaufend aktualisiert. Weiterhin setzten sich Fachleute mit den Möglichkeiten auseinander, wie die zunehmende Hitzebelastung in den Städten gemindert werden kann. Hier zeigte sich, dass ein Ausbau der grünen städtischen Infrastruktur mit ausreichend Wasserversorgung den Hitzestress für die Bevölkerung nachweislich senken kann.

Bei einem weiteren Projekt untersuchten Experten, welche Folgen der Klimawandel für Vegetation und Pflanzenwachstum mit sich bringt und wie er sich auf den Pollenflug auswirkt. LGL-Präsident Jonas erklärt dazu: „Erhöhte Temperaturen im Frühjahr

Neuer EUREGIO-Präsident Norbert Meindl aus Lofer

(EUR) Rund 70 Mitglieder und Ehrengäste konnten EUREGIO-Präsident Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) und Oberbürgermeister Christoph Lung zur 49. EUREGIORatssitzung im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall begrüßen.

Alle vier Jahre wechselt die Präsidentschaft in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein zwischen der Salzburger und der bayerischen Seite. Nachdem die vierjährige Amtszeit auf bayerischer Seite, die von Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) ausgefüllt wurde, zu Ende ging, wählten die Mitglieder der EUREGIO nun einstimmig Bürgermeister Norbert Meindl aus der Marktgemeinde Lofer zum neuen EUREGIO-Präsidenten. Neuer Vizepräsident wurde der Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land Bernhard Kern.

Neuwahlen

Einstimmig wählte der Rat aus seiner Mitte auch die weiteren Präsidiumsmitglieder:

Bürgermeisterin Andrea Pabinger (Gemeinde Lamprechtshausen), Gemeinderätin Delfa Kopic (Stadt Salzburg), Bezirkshauptfrau Karin Gföllner (Salzburg-Umgebung), den stv.

Landrat des Landkreises Traunstein Josef Konhäuser, Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Christoph Lung sowie die Bürgermeister Johann Mühlbacher (Gemeinde Anthering), Hans Feil (Stadt Laufen) und Andreas Bratzdrum (Stadt Tittmoning).

Grenzüberschreitende Projekte

In seiner Antrittsrede dankte Neu-Präsident Norbert Meindl nicht nur dem scheidenden Präsidenten Konrad Schupfner für sein langjähriges Engagement in der EUREGIO, sondern ebenso den weiteren ausgeschiedenen Präsidiumsmitgliedern Bezirkshauptmann Reinhold Mayer, (Salzburg-Umgebung) und Landrat Siegfried Walch (Landkreis Traunstein). Die neuen EUREGIO-Präsidenten Norbert Meindl und Bernhard Kern waren sich mit ihrem neuen Präsidium, aber auch dem gesamten EUREGIO-Rat einig, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Ebene der EURE-

GIO ein wichtiger und positiver Baustein für den Zusammenhalt im Europa von heute ist. Meindl appellierte in diesem Sinne an die Versammlung, sich verstärkt für grenzüberschreitende Projekte einzusetzen, gerade auch im Sinne der Umsetzung der ebenfalls beschlossenen EUREGIO-Grenzraumstrategie. Ein wesentlicher Baustein dabei müsse eine frühzeitige Kommunikation untereinander sein, betonte Meindl.

Online-Sitzungen

Geschäftsführer Steffen Rubach stellte den Bericht für das Jahr 2020 und den zugehörigen Jahresabschluss sowie den Haushalt für das Jahr 2022 vor. Eine positive Beschlussfassung darüber erfolgte einstimmig. Ebenso einstimmig beschlossen wurden Änderungen des EUREGIO-Vertrags, so dass künftig, d.h. nach Auslaufen der coronabedingten Sonderbestimmungen mit Ende des Jahres, Sitzungen des EUREGIO-Rats und des Präsidiums auch online durchgeführt und Beschlüsse dieser Gremien im Umlaufverfahren gefasst werden können. □



Das neue Führungsduo der EUREGIO, Präsident Norbert Meindl (Lofer, 3.v.l.) und Vizepräsident Bernhard Kern (Berchtesgadener Land, 2.v.l.), mit weiteren Präsidiumsmitgliedern (v.l.) Christoph Lung (Bad Reichenhall), Karin Gföllner (Bezirk Salzburg-Umgebung), Andrea Pabinger (Lamprechtshausen) und Andreas Bratzdrum (Tittmoning): Nicht im Bild: Hans Feil (Laufen), Johann Mühlbacher (Anthering), Josef Konhäuser (Traunstein) und Delfa Kopic (Salzburg). Bild: EUREGIO

Gedenken an Pogrom-Nacht 1938

Sorgenvoller Blick auf aktuelle Entwicklungen

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in Deutschland Geschäfte und Wohnungen zerstört und geplündert. Es brannten Synagogen und Gebetshäuser und unzählige Menschen wurden allein aufgrund ihrer Religion bedroht, gedemütigt, misshandelt, ermordet oder in den Suizid getrieben. Auch in Würzburg forderte diese Eskalation brutaler Gewalt drei Menschenleben. Drei jüdische Menschenleben. Am Ort der ehemaligen Synagoge in der Domerschulstraße fand 83 Jahre danach die Gedenkveranstaltung der Kultusgemeinde zusammen mit der Stadt Würzburg statt.

Dr. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Vorsitzende der Gemeinde, war in seiner Rede in diesem Jahr schnell in der Gegenwart angelangt, er formulierte eine klare Botschaft an das Lager der Coronaleugner und die sogenannten Querdenker: Wer sich heute mit der Botschaft „ungeimpft“ symbolisch auf den gelben Stern beziehe, den Holocaust-Opfer tragen mussten, der verarmte das Ermorden von Millionen Menschen. Auch der Vergleich mit Anne Frank sei laut Schuster skrupellos: „Die Jüdinnen und Juden hätten jubelt, wenn sie damals lediglich die Pandemie-Beschränkungen hätten erdulden müssen.“

Bürgermeister Martin Heilig blickte ebenfalls nicht nur zurück auf die Verbrechen in der NS-Zeit: „Die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund erreichte im vergangenen Jahr mit 2428 einen neuen Höhepunkt, wobei die Dunkelziffer hoch ist. Und immer öfter bleibt es nicht bei Worten, 2020 gab es 57 Gewalttaten gegen Juden und jü-

dische Einrichtungen.“ Schuster und Heilig forderten einen gesellschaftlichen Klimawandel, weil der Staat alleine den Antisemitismus nicht wirksam bekämpfen könne. „Niemand darf schweigend und tatenlos zusehen, wenn Angehörige von Minderheiten diskriminiert, ausgegrenzt, beleidigt, bedroht und angegriffen werden“, so Heilig. Vizebürgermeister Jo-



Wo früher die Würzburger Hauptsynagoge stand: Bürgermeisterin Judith Jörg, Bürgermeister Martin Heilig, Regierungsvizepräsident Jochen Lange und Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster bei der Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogromnacht vor 83 Jahren. Bild: Georg Wagenbrenner

chen Lange unterstrich dies und betonte neben der Zivilcourage noch einen weiteren Aspekt: „Alle Anstrengungen und Initiativen, die jüdisches Leben sichtbar machen, seien zu unterstützen.“ Er verwies insbesondere auf neue Formate im Jubiläumsjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ die neugierig machen. In der Öffentlichkeit müsse auch Raum für Gedenkkorte sein. Lange lobte in diesem Zusammenhang den Gedenkort Deportationen am Würzburger Hauptbahnhof, der bekanntlich Ableger in vielen weiteren ehemaligen Kultusgemeinden in Unterfranken hat.

Die Gedenkstunde begleitete Rabbiner Jakob Ebert mit einem Psalm. □



V.l.: VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder, der Roßtaler Bürgermeister Rainer Gegner und Landrat Matthias Dießl bei der Vorstellung des Pilotprojekts direkt an der B14. Foto: David Oßwald (LRA Fürth)

Park + Ride-Pilotprojekt im Landkreis Fürth:

Digitalisierung und Modernisierung

Mittelfranken / Landkreis Fürth / Roßtal (pmw). Beim Pilotprojekt „P+R 4.0“ des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) und Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) ist der Landkreis Fürth Partner und Vorreiter bei der weiteren Modernisierung. Bereits jetzt stehen in Mittelfranken zahlreiche P+R Anlagen für den Umstieg vom Auto auf Öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung. Das soll komfortabler und benutzerfreundlicher werden. Bei einem Pressegespräch vor Ort an der B14 bei Roßtal stellten Landrat Matthias Dießl, der Roßtaler Bürgermeister Rainer Gegner und VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder das Projekt vor.

„In einem ersten Schritt wurde die P+R-Anlage am Bahnhof Roßtal mit Kamera-Sensoren ausgestattet, welche die ein- und ausfahrenden Fahrzeuge verpixelt erfassen“, erläuterte Landrat Matthias Dießl. Das System ermittle in Echtzeit, wie viele freie Parkplätze zur Verfügung stehen. „Die Informationen werden dann direkt an einen Rechner weitergeleitet und stehen so für verschiedene Auskunftssysteme zur Verfügung.“

Die neue Anzeigetafel auf der Bundesstraße 14 (Foto) gibt also neuerdings Auskunft darüber, wie viele Parkplätze aktuell am Bahnhof Roßtal unbesetzt sind. „Autofahrerinnen und Au-

tofahrer erkennen so, ob noch P+R-Parkplätze am Bahnhof Roßtal frei sind“, so Dießl. „Wir gehen davon aus, dass wir dann auch wildes Parken im Umfeld der Anlage vermeiden können. So kommt das System auch den Anwohnern zugute.“

Modernisierung bringt viele Vorteile

Roßtals Bürgermeister Rainer Gegner zeigte sich darüber erfreut, dass die Marktgemeinde für das Pilotprojekt ausgewählt wurde und meinte, dass damit auch der Verkehr zur Parkplatzsuche reduziert werden könne „und bei angezeigten freien

Parkplätzen dann doch manche auf den Öffentlichen Personennahverkehr umsteigen“.

Nach Aussage von VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder werden voraussichtlich zum Jahresende die Informationsmöglichkeiten erweitert: „Dann können sich Fahrgäste bei Fahrplanauskünften auf der VGN-Website www.vgn.de sowie in der App „VGN Fahrplan & Tickets“ ihre Verbindungen unter Einbeziehung freier P+R-Stellplätze anzeigen lassen“. Sukzessive sollen alle 130 P+R-Anlagen im Gebiet des VGN einbezogen werden und es ist geplant, die freien P+R-Plätze auch auf den Navigationsgeräten in den Autos anzuzeigen – technisch würden aktuelle Navis und Navigationssoftware bereits über diese Möglichkeit verfügen.

Bayern fördert Investitionen

Auch der Freistaat Bayern, der das Projekt fördert, erhofft sich wertvolle Erkenntnisse. „Mit Hilfe der Informationen aus den Pilotprojekten kann der Freistaat die Möglichkeiten einer Ausweitung des Systems auf ganz Bayern prüfen“, so Landrat Dießl. Das Projekt, welches die Anlage an der B14, das P+R am Bahnhof Roßtal sowie die S-Bahnstation Petersaurach-Nord und das Hintergrundsystem umfasst, hat ein Investitionsvolumen von 460.000 Euro. Davon würden 80 Prozent durch den Freistaat Bayern gefördert.

Die Bedeutung von Park + Ride werde weiter zunehmen, davon zeigte sich Andreas Mäder überzeugt: „Es geht darum, möglichst viel Verkehr vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel zu lenken und zwar schon weit außerhalb der Zentren. Mit dem Pilotprojekt nutzen wir die Digitalisierung und testen, wie wir den Autoverkehr gezielt zu freien P+R-Anlagen entlang der Schienenstrecken lenken können.“ Das spare CO₂, entlaste die Innenstädte und auch die Wohnviertel im Umfeld der Parkplätze. Vor diesem Hintergrund brachten alle Beteiligten die Hoffnung auf künftige Ausbauprogramme und Fördermittel zum Ausdruck, um diesen Weg der Verkehrsführung zu stärken. □

Suche: Pop-up-Store!

Leerstände und Ideen im Donau-Ries zusammenbringen

Die Innenstädte sind Herz und Gesicht der Städte und Gemeinden in unserer Region. Zunehmend sind immer mehr kreative und innovative Lösungen für die Ortszentren und die Leerstände von Bedeutung und geben positive Impulse für die Stadtentwicklung. Dazu findet ab Mitte Oktober die landkreisweite Aktion „Pass mer zam?“ statt. Inhaber von leerstehenden Ladenflächen und mögliche Betreiber von Pop-up-Stores sollen sich unter www.donaurries.bayern/popup melden.

Donauwörth (pm.) Um die Attraktivität der Innenstädte zu unterstützen, hat das Konversionsmanagement Donau-Ries ab Mitte Oktober eine sechswöchige Aktion, zusammen mit den Kommunen des Landkreises, geplant. Dabei geht es um die kreative und innovative Lösung von „Pop-up-Stores“.

Kurzzeitige, innovative Zwischennutzungen

Dies sind kurzzeitige und meist innovative Zwischennutzungen von leerstehenden Ladenflächen. Damit sollen die Stadt- und Ortskerne belebt aber auch auf eine langfristige Nachnutzung hingewirkt werden. Das Experimentieren mit Pop-up-Nutzungen zeigt innovative Chancen für die Belebung von Zentren und unterstützt die Gründerszene, sagt Landrat Stefan Rößle.

Aktion „Pass mer zam?“

In den nächsten Monaten wird daher im Rahmen einer landkreisweiten Aktion auf mögliche neue Pop-up-Nutzungen in den vielen Leerständen der Innenstädte und Ortskerne aufmerksam gemacht. Das Motto ist wie bei einer Partnerbörse

„Pass mer zam?“. Interessenten sollen sich unter www.donaurries.bayern/popup mit ihrem Leerstand oder ihrer Idee melden. Damit möchte das Konversionsmanagement die Kommunen, Eigentümer von Leerständen und mögliche Pop-up-Ladenbetreiber zusammenbringen

und neue Kooperationen fördern. „Uns geht es darum, die verfügbaren leerstehenden Ladenflächen und potenzielle Betreiber von Pop-up-Stores mit tollen Ideen zusammenzubringen!“ sagt Konversionsmanagerin Barbara Wunder.

Das Konversionsmanagement steht als Servicestelle für die Themen Innenentwicklung und Siedlungsentwicklung in der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit zur Verfügung. □



Landrat Stefan Rößle und Konversionsmanagerin Barbara Wunder bei der Vorstellung des Aktionsplakates „Pass mer zam?“ zur Pop-up-Store Initiative. Foto: Simon Kapfer, Landkreis Donau-Ries

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Gemeinde Großweil, 1550 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

1. Mai 2020.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Vor 20 Jahren kam ich über die Jugendarbeit zur Gemeindepolitik.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

18 Jahre Mitgliedschaft im Gemeinderat und sechs Jahre als zweiter Bürgermeister haben mich auf mein Amt vorbereitet.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wie sicherlich bei allen Kollegen, Der Katastrophenfall mit der Corona Pandemie. Schaf-



Frank Bauer

Erster Bürgermeister der Gemeinde Großweil

fen einer Mittagsbetreuung, Abschluss Schulsanierung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Erweiterung Kindergarten, Sanierung Trinkwasser und Kanalisation, Bauplätze für unsere Großweiler Bürger und Schaffen von Wohnraum, Hackschnitzel-Dorfheizung mit Fernwärmenetz, Trinkwasser Ringschluss, Bau zweier Solaranlagen an der Kläranlage und dem Trinkwasserbrunnen, für den jeweiligen Bedarf, Breitband-Ausbau. Das größte Projekt für die nächsten Jahre: Dorferneuerung.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Geh- und Radwege-Netz, Bauplätze und Wohnungsmarkt, Sozialer Wohnungsbau, Energiewende vorantreiben.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Verlieren Sie Familie und Freunde nicht aus den Augen! Zeitmanagement!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wöchentliche Teambesprechungen in den Abteilungen (Bauhof, Kindergarten, Verwaltung, ...) Dorferneuerung: Gemeinsame Seminare, Arbeiten in AGs, Bürgerversammlung, Vereine Besprechungen, ...

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ist ja bereits am Laufen und wird natürlich eine Rolle spielen. Jedoch werden die Bürger, Vereine, Gemeinderat, Mitarbeiter, immer die größte Rolle spielen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Aufeinander aufpassen, gemeinsam für unser Dorf und unsere Zukunft.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Es geht hier nicht um mich. Es geht darum, dass die Zukunft in der Gemeinde für unsere Kinder lebenswert bleibt! Wir müssen aktiv an der Klimawende mitarbeiten und den nächsten Generationen einen saubereren Planeten hinterlassen. □



Bei der KPV Oberfranken wurde neu gewählt. Ein Teil des neuen Bezirksvorstands (v.l.): Jens Korn, Florian Schaller, Heiko Hain, Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler, Ingrid Heinritz-Martin, Hans-Walter Hofmann, Wolfgang Förtsch, Franz-Peter Wild, Markus Täuber, Reiner Frisch. Bild: Tristan Förtsch

Bezirksversammlung der KPV Oberfranken mit Wahlen:

Aktiv in Zeiten der Pandemie

In Himmelkron fand erstmals nach der Pandemie die Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU von Oberfranken statt. Zwar stand die Versammlung auch unter dem Eindruck der verlorenen Bundestagswahl. Doch bestimmten solidarische Harmonie und kämpferische Geschlossenheit die Stimmung. KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler lieferte einen eindrucksvollen Bericht über die Zeit seit der letzten ordentlichen Wahlversammlung 2018 ab. Auch in der Zeit der Pandemie war der Bezirksverband sehr aktiv. Bis 2020 wurden Sitzungen und Fachgespräche mit Landes- und Bundespolitikern abgehalten, danach auch als Videokonferenzen.

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden erstreckte sich über dreieinhalb Jahre. Karl Philipp Ehrler verkündete, man sei nicht untätig gewesen. Bis zu den Veranstaltungssperren wegen Covid-19 waren hochrangige Politikerinnen und

Politiker zu Gast, u. a. Staatsministerin Melanie Huml, Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich oder der Vizefraktionsvorsitzende der CSU im Landtag, Alexander König. Besonders stolz sei man über den Besuch des KPV-Landesvorsitzenden Stefan Rößle in der der Bezirksversammlung 2019 gewesen.

Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler wertete dies auch als hohe Wertschätzung der Oberfranken, die die oft weite Fahrt zu den Landesverbandssitzungen in München antreten und sich dort seit Jahren gut engagierten. Das trage auch dazu bei, in der Landesregierung den Blick auf unsere Heimat zu schärfen. In den letzten Jahren seien wichtige Hilfen und Fördermaßnahmen in die nördlichste Region Bayerns geschickt worden. Hierfür lobte Bezirksvorsitzender auch namentlich Ministerpräsident Markus Söder. Schon in seinen vorausgegangenen Ministerämtern sei er für die Bedürfnisse der oberfränkischen Kommunen sensibilisiert gewesen.

Arbeitsgruppe wird Interessen bündeln

Die Kommunalpolitiker beschäftigten viele Fragen, welche Auswirkungen die Wahl und die Pandemie für die zukünftige Arbeit in den Kommunen haben wird. Die Stabilisierungshilfe habe sich als Segen für die strapazierten Haushalte zur Erleichterung der Infrastruktur erwiesen. Beklagt wurde aber, die Antragsverfahren seien zu sperrig und hürdenreich. Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die die Erfahrungen und Probleme Betroffener sammelt und bündelt, um sie gemeinsam vorzubringen.

Neuwahlen

Unter Leitung von CSU-Bezirksgeschäftsführer Reinhold Rott wurde der neue KPV-Bezirksvorstand gewählt: Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler (Stammbach); Stellvertreter Stefan Förtsch (Egloffstein), Wolfgang Förtsch (Wilhelmsthal) und Hans-Walter Hofmann (Schnabelwaid); Beisitzerinnen und Beisitzer: Bernd Rebhan (Küps), Jens Korn (Wallenfels), Heiko Hain (Weißdorf), Gerhard Preß (Rödental), Anita Swidu-

ruk (Pressig), Petra Preißinger (Creußen), Markus Täuber (Hollfeld), Florian Schaller (Schauenstein), Peter Berek (Bad Alexandersbad), Franz-Peter Wild (Bayreuth), Patrick Meyer (Hummelstal), Ingrid Heinritz-Martin (Bayreuth), Nicolas Lahovnik (Wunsiedel), Dr. Stefan Specht (Bayreuth), Rainer Frisch (Münchberg). Auch gewählt wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landesversammlung. **TF**

GEMEINDEZEITUNG

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Ein halbes Dutzend neue Mitglieder beim PV

Planungsverband München (PV) stimmt über Beitritte ab und beschäftigt sich mit der Frage „Wie werden wir 2050 wohnen?“

Auf der Verbandsversammlung haben die Mitglieder des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) unter Vorsitz von Landrat Christoph Göbel einstimmig den Haushalt 2022 und den Beitritt von sechs Gemeinden beschlossen: Gemeinde Aresing, Markt Burgheim (beide Landkreis Neuburg-Schrobenhausen), Gemeinde Feldafing (Landkreis Starnberg), Gemeinde Frauenneuharting (Landkreis Ebersberg), Gemeinde Valley (Landkreis Miesbach), Gemeinde Wang (Landkreis Freising). Die Versammlung fand gestern in der Gemeinde Karlsfeld (Landkreis Dachau) statt. SZ-Journalist Gerhard Matzig beleuchtete in Form von elf Thesen, wie wir künftig wohnen werden.

Der PV soll die neuen Mitglieder in allen Aspekten der Ortsentwicklung beraten. Neben fachlicher Unterstützung erhoffen sich die Gemeinden einen intensiveren Austausch zu kommunalen Planungen. Mit den Beitritten wächst der Verband weiter: Ab 2022 zählt er 174 Mitglieder, darunter 165 Städte, Märkte und Gemeinden, die acht Landkreise der Region München und die Landeshauptstadt München. Mit Aresing und Burgheim verzeichnet der PV erstmals Mitglieder aus dem Landkreis Neuburg-Schrobenhausen. Der Landkreis Miesbach ist mit fünf Mitgliedern vertreten: Neben Valley sind bereits Holzkirchen, Rottach-Egern, Schliersee und Weyarn mit dabei. Zudem sind mit Feldafing künftig alle 14 Gemeinden aus dem Starnberger Landkreis vertreten.

Markt Burgheim, Feldafing, Frauenneuharting

Die Vertreter des Markts Burgheim und der Gemeinden Feldafing und Frauenneuharting präsentierten jeweils ihre Kommune. Dem Ersten Bürgermeister des Markts Burgheim Michael Böhm bereite der Kiesabbau Probleme. „In Spuckweite der Donau gelegen“ habe der Markt immense Kiesvorkommen, von denen der prosperierende Raum Ingolstadt profitiere. Darum sei der Gemeinderat auf den PV gekommen, um bei der Ausweisung von Kiesabbaugebieten zu unterstützen.

Die am Starnberger See gelegene Gemeinde Feldafing stehe vor dem großen Problem, keine Flächen mehr zu haben, er-

läuterte die Dritte Bürgermeisterin Maximiliane Gerber. Da die Kaserne doch nicht aufgelöst werde, sei die Gemeinde mehr oder weniger am Ende von größeren Bauprojekten angelangt. Die Gemeinde Frauenneuharting habe knapp 1.600 Einwohner, bestehend aus vielen kleinen Siedlungen, führte der Erste Bürgermeister Dr. Eduard Koch aus. Ziel sei es, die ländliche Struktur zu erhalten.

Bericht des Geschäftsführers

PV-Geschäftsführer Christian Breu betonte, dass der PV die Leistungen für seine Mitglieder kontinuierlich ausbaue. Ein Schwerpunkt liege auf Projekten der kommunalen Zusammenarbeit, die der PV begleite und unterstütze. Dazu gehöre etwa das Konzept für den Raum München Nord zur Entwicklung von Verkehr, Siedlung und Landschaft. Zudem verstärke der PV die Leistung städtebaulicher Entwurf, da immer mehr Mitglieder diese nachfragten. Breu verwies auf das Areal am S-Bahnhof der Gemeinde Eichenau, dem „man ein neues städtebauliches Gesicht gibt“.

Als wichtigste künftige Herausforderung der Kommunen nannte Breu den Erhalt der Lebensqualität in der Region. Hier bedürfe es einer konkreten Strategie jeder einzelnen Gemeinde für ihre Entwicklung.

Wie wir leben werden

In seinem Vortrag entwickelte SZ-Journalist und Architekt Gerhard Matzig mit elf Thesen einen Blick in die Zukunft des Wohnens. Er startete mit der

Aussage, dass Wohnen etwas sehr Konservatives (geblieben) sei, geprägt vom existenziellen Bedürfnis des Menschen. Visionen rund um das Wohnen hätten es schwer, sich durchzusetzen. Dabei bräuchten wir Vorstellungen von Morgen. Die These „das Wohnen wird grüner“ spiegle die Sehnsucht nach Grün wider, besonders in Städten.

Neben den gegensätzlichen Thesen „das Wohnen wird kleiner“ geprägt vom Tiny-House-Movement und „das Wohnen wird größer“ bedingt durch die Vereinzelung unserer westlichen Gesellschaft geht Matzig davon aus, dass das Wohnen differenzierter und der Stadt-Land-Gegensatz somit schwächer werde. These Nummer sieben lautet „das Wohnen wird gemeinschaftlicher“.

MU-Landesversammlung 2021

Ja zur nachhaltigen Wirtschaft

„Ja zur nachhaltigen Wirtschaft – Ja zur Zukunft!“ Unter diesem Motto traf sich die Mittelstands-Union Bayern (MU) zu Ihrer Landesversammlung 2021 im oberbayerischen Bad Aibling. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Landesvorsitzende Franz Josef Pschierer, MdL, in seinem Amt bestätigt. In ihrem Leitungsbericht bekannten sich die Delegierten zur Reduktion von Bürokratie durch eine praxisnahe Umsetzung, die gemeinsam mit den Unternehmen bei der Gesetzeskonzeption erarbeitet werden müsse. Die Verwaltung müsse sich als Dienstleister der Bürger und des Mittelstands begreifen und durch mehr Entscheidungsfreude agiler werden. Der Verband fordert, dass die Steuern nicht erhöht werden damit die Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden.

Die Schuldenbremse müsse eingehalten und neue staatliche Ausgaben begrenzt werden. Um den Unternehmen die notwendige Luft zum Atmen zu geben, müsse man auf Technologieoffenheit und Wettbewerb setzen. Die Aufgabe des Staates sei, hier die besten Voraussetzungen zu schaffen – und international für stabile Beziehungen zu sorgen. Die Dekarbonisierung dürfe nicht zu einer Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft führen: Klimakosten, die dazu führten, die Produktion ins Ausland zu verlagern, seien für das Weltklima kontraproduktiv. Für die künftige politische Arbeit, forderte die MU von der Union mehr Kontroverse in der Debatte, eine klare Orientierung der politischen Ziele am Mittelstand und mehr Realismus. Künftig wolle die MU ihre wirtschaftspolitische Kompetenz stärker in die parteiinterne Diskussion einbringen. Zudem möchte man sich für passgenauere Hilfsprogramme für Publikumsbranchen einzusetzen.

In ihrem Grußwort stellte die Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, die hohe Bedeutung der Digitalisierung für die mittelständische Wirtschaft heraus. Sie sei Innovationstreiber und deshalb auf eine gute Infrastruktur angewiesen. □



Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (links), Regierungspräsident Rainer Haselbeck und stv. Landrat Plenck (rechts) freuen sich mit den Preisträgerinnen Kathrin Kuchler und Linda Langer (von links).

Bild: Regierung von Niederbayern

Integrationspreise Oberbayern und Niederbayern 2021:

Beispiele, die Schule machen

Einzelpersonen und Initiativen, die sich kreativ, engagiert und leidenschaftlich um Integration in Ober- und Niederbayern bemühen, sind mit dem Integrationspreis 2021 ausgezeichnet worden. Insgesamt wurden zehn vorbildliche Projekte mit einem Preisgeld von 5.000 Euro gewürdigt.

„Mit Ihren Initiativen und beeindruckenden Engagement tragen Sie dazu bei, dass Menschen, die neu zu uns kommen, sich in unserer Gesellschaft einbringen und willkommen fühlen. Sie sind Vorbilder für uns alle“, betonte Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann, der gemeinsam mit Regierungspräsidentin Maria Els die Integrationspreise der Regierung von Oberbayern verlieh. Dabei hob er auch den unermüdeten Einsatz unter erschwerten Bedingungen zu Corona-Zeiten hervor. „Unsere Ehrenamtlichen haben alles getan, um das Unterstützungssystem am Laufen zu halten.“ Regierungspräsidentin Els ergänzte: „Wir zeichnen Ihr Engagement zugleich stellvertretend für die vielen weiteren Integrationsprojekte in Oberbayern aus, die eindrucksvoll zeigen, wie Integration vor Ort gelingen kann.“

Mobilität im ländlichen Raum für Asylbewerber

In der Kategorie „Umwelt“ wurden Martin Raps (Altmannstein/Landkreis Eichstätt) sowie Mirela Mitrenko und die 8. Klasse Kurs Wirtschaft (Grund- und Mittelschule Grassau/Landkreis Traunstein) ausgezeichnet. Martin Raps setzt sich für Asylbewerber ein, seitdem die ersten in die Gemeinde Altmannstein kamen. Schnell erkannte er, dass Mobilität im ländlichen Raum für die Asylbewerber sehr wichtig ist und gründete eine Fahrradwerkstatt im Stadel seines elterlichen Anwesens. Bürger spenden ihre alten Räder. Die Räder werden abgeholt oder gebracht, auf Verkehrstauglichkeit überprüft und

aufgebessert. Einzelne Ersatzteile werden über das Internet geordert, mit Spendengeldern oder auf Eigenkasse von Raps finanziert. Daneben begleitete Raps zahlreiche Menschen auf ihrem Weg in die Integration, unterstützte bei Deutschkursen, bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen, spendete gebrauchte Laptops für Sprachkurse und stellte sein Elternhaus als Unterkunft zur Verfügung.

Die 8. Klasse Kurs Wirtschaft ist während des Lockdowns im März mit ihrer Lehrkraft per Videokonferenz zusammengetreten, um ein gemeinsames Projekt zu starten, „das uns und unsere Umwelt trotz des Distanzunterrichts nicht distanziert, sondern zusammenbringt“. Das Nachhaltigkeitsprojekt sollte die Schüler für eigene Fähigkeiten und Stärken sensibilisieren. Bei dem Projekt konnte sich jeder Schüler einbringen, Herkunft und sprachliche Fähigkeiten spielten keine Rolle. Um Gegenstände weiter im Kreislauf zu halten, brachten die Schüler Gegenstände von zu Hause mit, die ein „neues Zuhause“ erhalten sollten, wurden Durchsagen im Schulhaus und eine Werbekampagne im Ort initiiert (Handzettel), Artikel im Schulhaus ausgestellt sowie telefonisch Bestellungen aufgenommen und ein Abholtermin organisiert.

Mütterkurs

In der Kategorie „Soziales“ behielten das Bayerische Rote Kreuz und der Internationale Bund e. V. – IB-Wohnungslosenhilfe Bayern mit Sitz in München die Oberhand. Der „Mütterkurs“ des BRK in Burghausen/

Landkreis Altötting richtet sich speziell an Asylbewerber-Mütter mit kleinen Kindern. Das Angebot entstand aus der Erkenntnis, dass Mütter mit kleinen Kindern an üblichen Deutschkursen nicht teilnehmen können, da die Kinder den Unterricht stören. Es entstand so die Idee eines „Mütterkurses“, bei dem sich die Frauen auf den Deutschkurs konzentrieren können, während die Kinder in einem separaten Raum betreut werden und doch nahe bei den Müttern sind. Lehrerinnen sowie Kinderbetreuerinnen rekrutieren sich aus Burghäuser Ehrenamtlichen. Bereits seit November 2015 kommen Mütter mit insgesamt 40 Kindern zwischen 0 und 5 Jahren – überwiegend 2 Tage pro Woche für 1,5 Stunden zum Mütterkurs. Derzeit sind 6 Lehrkräfte und 6 Kinderbetreuer im Einsatz.

Wohnungslose Kinder und Eltern

Das ebenfalls preiswürdige IB-Ferienprogramm richtet sich an wohnungslose Kinder und Eltern, die in von der IB-Wohnungslosenhilfe Bayern betreuten Beherbergungsbetrieben leben. Der Großteil dieser Familien hat Migrations- oder Fluchthintergrund. Ziel ist es, den Kindern und ihren Eltern sinnvolle Freizeitbeschäftigungen in ihrer neuen Heimat aufzuzeigen, gemeinsam den Sozialraum zu „erkunden“ und Begegnungen mit anderen Kindern und Eltern außerhalb der Notunterkunft zu ermöglichen.

Organisiert wird das Ferienprogramm von Erzieherinnen und Erziehern. Durch Aushänge, Infobriefe oder im persönlichen Gespräch werden die Familien über die Angebote informiert und motiviert, daran teilzunehmen. Die Ausflüge finden in und um München statt und sind allenfalls mit geringen Kosten verbunden. Das angebotene Programm hilft, Hemmschwellen und Unsicherheiten abzubauen und fördert Eigeninitiative von Kindern und Eltern.

Bildung und interkulturelle Zusammenarbeit

Die Liberale Jüdische Gemeinde Beth Shalom e. V. gewann in der Kategorie „Kultur“ (1.000 Euro). Beth Shalom wurde im September 1995 mit 90 Mitgliedern gegründet, um liberalen Juden in München wieder eine eigene Heimstätte zu bieten, verpflichtet der Gleichberechtigung von Frau/Mann/Divers, der Gleichwertigkeit aller Lebensformen und sexuellen Orientierung sowie der Integration nicht-jüdischer Lebenspartner. Inzwischen ist die Gemeinde auf über 600 Mitglieder angewachsen und leistet einen nachhaltigen Beitrag zu mehr gegenseitiger Verständigung und Miteinander in einer pluralistischen Stadtgesellschaft.

Kommunalforum Oberpfalz:

Dialog auf Augenhöhe

Von Artenschutz bis Afrikanische Schweinepest, von Bodenaushub bis zum Bayerischen Klimaschutzgesetz – die Bandbreite kommunalpolitischer Themen und Problemstellungen war groß auf dem zweiten Kommunalforum des Bayerischen Umweltministeriums. Zahlreiche Themen wurden auf dem mehrstündigen Arbeitsforum im Gasthof „Zur Walba“ im Landkreis Regensburg intensiv diskutiert, darunter auch der Hochwasserschutz an der Donau.

Nach längerer, pandemiebedingter Pause war es das zweite Treffen von Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern sowie Vertretern der Regierung und des Ministeriums, zu dem Staatsminister Thorsten Glauber eingeladen hatte – diesmal in die Oberpfalz. „Ich will das Ohr an der lokalen Politik haben – so merkt man am unmittelbarsten, wo der Schuh drückt. Reinhören und feststellen, wo man gemeinsam etwas voranbringen oder wo wir als Ministerium unterstützen können. Die Politik lebt vom intensiven Dialog aller Ebenen“, so Glauber.

Konkrete Ergebnisse des Kommunalforums waren unter anderem ein hohes Informationsbedürfnis der Kommunen beim Thema Bodenaushub. Hier kündigte Glauber die Fortsetzung von Informationstagen an.

Weitergehende Informationen wurden bei der Umsetzung und im Vollzug der REACH-Verordnung angesprochen – für viele Kommunen bei der Sanierung ihrer Kanäle eine große Herausforderung. Nach dem Kommunalforum in der Oberpfalz sollen im kommenden Jahr auch Veranstaltungen in den weiteren Regierungsbezirken stattfinden. □

GZ PINOS WELT

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Nein, obwohl auch in Mecklenburg-Vorpommern wie in Thüringen, Bremen und Berlin jetzt überflüssigerweise Kommunisten wieder mitregieren, geistert nicht der Kommunismus herum und das Manifest von Kalle Marx verstaubt immer noch sanft in den Regalen.

Nein, das Gespenst heißt Inflation. Zwar liegt die Inflationsrate derzeit nur bei 4,5 Prozent und damit niedriger als in den USA (6,2 Prozent), der Türkei (19,89 Prozent) oder Venezuela (2700 Prozent), aber wir wären nicht in Deutschland, wenn nicht gleich an allen Ecken und Enden Panikmacher auftauchen würden, die das Gespenst der Hyperinflation der Jahre 1922 und 1923 beschwören würden, die tatsächlich den Effekt hatte, eine ohnehin elende Bevölkerung noch mehr verelenden zu lassen.



Tatsächlich ist es bei den Energiepreisen wie generell bei der Inflation: Sie spalten. Ich bin zum Beispiel völlig inflationsresistent. Der Bürgermeister sorgt für mein Essen und den warmen Platz am Ofen auch wenns teurer wird – aus Verantwortungsbewusstsein und aus Tierliebe. Wenig spürbar ist die Geldentwertung auch für die Gutverdiener, die nur einen kleinen Teil des Einkommens für Energie oder Lebensmittel aufwenden müssen und ihr Vermögen in Sachwerten anlegen können. Gekniffen ist die Mittelschicht, der die Preise davonlaufen und deren Bank- und Lebensversicherungsguthaben wegschmelzen oder die Geringverdiener, die praktisch das ganze Einkommen in den Supermarkt, an die Tankstelle oder zu den Stadtwerken tragen müssen.

Insofern gibt es kaum etwas Unsozialeres als eine starke Geldentwertung. Vor allem, weil sie zu einem großen Teil hausgemacht ist. Klar reiben sich bei den gestiegenen Öl- und Gaspreisen Putin und die Scheichs die raffenden Hände. Aber niemand zwingt uns, weiter am Atomausstieg festzuhalten und preiswerten, klimaneutralen Strom in den Wind zu schießen. Hausgemacht sind auch Kostenfaktoren wie die EEG-Umlage beim Strom, die rund ein Viertel des Preises ausmacht. Dann die neue CO2-Steuer, die dieses Jahr schon voll zuschlägt und den Leuten mit jährlichen Steigerungen die Haare vom Kopf fressen wird. Schon jetzt besteht die Hälfte des Energiepreises aus Steuern, Abgaben und Umlagen.

Natürlich kommt jetzt der Einwand, dass Energie in Zeiten des Klimawandels ihren Preis haben muss. OK, aber wieso verteuert man dann alles pauschal und fördert nicht das Sparen? Umsatzsteuer-cashback beim Kauf einer stromsparenden Waschmaschine? Fehlzanzeige. Preissenkungen bei Bahn und ÖPNV? Dream on. Bonus auf den Ökostromvertrag? What? Derzeit wird systematisch das verteuert, auf das existenziell niemand verzichten kann, ohne dass es wirtschaftlich, gesellschaftlich oder ökologisch zu einem Mehrwert kommt.

Der amerikanische Investor Warren Buffett bringt es auf den Punkt: „Preis ist, was du zahlst, Wert ist, was du bekommst.“

Ein Gespenst geht um in Deutschland

Nun ist das Phänomen Inflation zwar für den Einzelnen leicht zu fassen – alles wird teurer. Aber warum Inflation entsteht, ist nicht immer ganz klar. Derzeit scheinen es wohl im Wesentlichen drei Komponenten zu sein: Die im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2020 höhere Umsatzsteuer (jetzt wieder 19 statt im letzten Jahr vorübergehend 16 Prozent), die Knappheit verschiedener Vorprodukte, die Rabattaktionen verhindern, und vor allem die Energiepreise. Und da wird es dann natürlich heftig, wenn Strom um fast 10 Prozent teurer wird, Tanken um 38 Prozent und Heizen gar um 60 Prozent.

Und spätestens hier schlägt es ins Sozialpolitische um: Denn der Preis für Energie ist der Brotpreis des 21. Jahrhunderts. Es geht bei uns nichts ohne Strom – elektrisches Licht gehört zu einem menschenwürdigen Dasein genauso wie eine warme Wohnung im Winter. Die ganz große Mehrheit ist auf das Auto angewiesen, wenn es um Mobilität geht und selbst wenn der Gaming-Computer oder das Smartphone nice-to-haves sein sollten, spätestens der Laptop und das Mobiltelefon für das neue Arbeiten im Homeoffice sind must-haves unserer Volkswirtschaft.

Eckpunkte sind Bildungsarbeit, interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit und Sozialarbeit auf ehrenamtlicher Basis. Es gab bereits diverse Projekte für Jugendliche, mit Geflüchteten, Jesiden, dem Volkstheater, der Münchner Aidshilfe, diversen Obdachheimen und dem Sozialen Dienst Psychiatrie. Des Weiteren besteht ein Angebot an Seelsorge, Krankenbesuchen und Hilfe im Trauerfall.

Langfristige Bindung

In der Kategorie „Wirtschaft“ siegte KIMAT (Konzept zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt und die Teams) der REWE Markt GmbH in Eching/Landkreis Freising. KIMAT hat die gleiche Bedeutung wie ein jesischer Name und steht für wertvoll. REWE Süd sieht das Konzept als ein wertvolles und langfristiges Projekt, um die Integration von Geflüchteten und Migranten voranzutreiben. Integration bedeutet für das Unternehmen nicht nur die Einstellung, sondern auch die langfristige Bindung der neuen Mitarbeiter durch Integrationsinstrumente wie Sprachkurse, gesondertes Einstellungsverfahren für Migranten, Patenschaftsprogramm, Beratung der Führungskräfte (Förderung des interkulturellen Verständnisses), internes REWE-Kombimodell (Hinführung zur externen IHK-Prüfung), und soziale Integration der Migranten (u. a. Wohnungssuche, Schuldenfragen, Traumata).

Einen Sonderpreis ohne Dotierung erhielt der Landkreis Weilheim-Schongau. Mit seinem Integrationskonzept stellt

er sich der Verantwortung für dieses wichtige Thema. Das Motto lautet: „Vielfalt leben – Chancen nutzen – Zukunft gestalten“. Das Integrationskonzept ist ein Handlungsleitfaden speziell für den Landkreis Weilheim-Schongau und bildet die Grundlage für interkulturellen Dialog und Bürgerbeteiligung. Da Integration dabei als ein dynamischer Prozess zu verstehen ist, wird das Konzept laufend überprüft und fortgeschrieben. Das Projekt startete Ende Juli dieses Jahres.

Getragen wird das Integrationskonzept von der Zusammenarbeit von der Vertretung der Migranten, Städten und Gemeinden, Sozialverbänden, kirchlichen Einrichtungen, Migrantenorganisationen, Bildungsträgern, Schulen, Kindergärten und Vereinen. Bereits umgesetzt werden verschiedene Maßnahmen wie mehrsprachige Formulare zu Unterstützungsangeboten, Bestandserhebung Integration an den Schulen im Landkreis, digitales bürgerschaftliches Engagement für Migranten, Patenschaftsprogramm für Auszubildende, Fortbildungsangebote sowie Coaching für Migranten.

Begegnungen fördern

„Die Projekte der Preisträger zeigen, dass durch ehrenamtliches Engagement vor allem Begegnungen gefördert werden, die Alltagskompetenz und Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln. Dabei werden trotz unterschiedlicher kultureller Herkunft Gemeinsamkeiten erkannt und Vorurteile abgebaut“, unterstrich die bayerische Integra-

tionsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer in ihrer Festrede zur Verleihung des Niederbayerischen Integrationspreises 2021. Dieser ging an das „Netzwerk für kulturelle Vielfalt e.V.“ (Preisgeld 2.000 Euro), Schule am Weinberg, Sonderpädagogisches Förderzentrum Regen (1.500 Euro) und den Fußballverein Sierra Leone FC (1.500 Euro).

Netzwerk für Vielfalt

Das „Netzwerk für kulturelle Vielfalt“ bringt Menschen aus unterschiedlichen Nationen, Kulturen und Religionen zusammen, es vernetzt Akteure und Interessensvertretungen, sammelt Ideen und ruft die unterschiedlichsten kulturellen und gesellschaftlichen Projekte ins Leben. Seit sieben Jahren setzt sich der Verein beispielhaft für ein friedliches, buntes und lebendiges Miteinander ein.

Das Projekt „Pfadfinder-AG“ in Regen richtet sich besonders an Kinder mit Migrationshintergrund. Einmal wöchentlich fahren die Pfadfinder im Rahmen der Ganztagschule zu einem Bauernhof, kümmern sich dort gemeinsam um den Obst- und Gemüseanbau, die Ernte und versorgen die Hoftiere. Neben der Arbeit bleibt genügend Zeit für Lagerfeuer, Angeln, Kochen oder einfach gemeinsames Spielen.

Im Oktober 2020 rief Georg Gifftaler den Fußballverein „Sierra Leone FC“ ins Leben. Asylbewerber aus Sierra Leone treffen sich und spielen gemeinsam Fußball. Mit seinem Engagement bereitet Gifftaler vielen Menschen fröhliche, gemeinsame Stunden. **DK**

Ihr Pino

CO2-freies Abensberg – wir pflanzen an!

Die Stadt Abensberg, vertreten durch ihren 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, hat Mitte Oktober mit der gemeinnützigen Gesellschaft „Planted“ die künftige Zusammenarbeit besiegelt. Mit ihr will die Stadt Abensberg für ihre Gebäude, Fahrzeuge und dienstlich verursachte Emissionen künftig CO2-Neutralität erreichen. Dafür werden für den ermittelten CO2-Ausstoß im Jahre 2020 in Höhe von knapp 780 Tonnen CO2 auf einem Areal bei Köln 780 Bäume angepflanzt – jeder Baum kompensiert eine Tonne CO2.

„Planted“ sitzt in Köln, eines ihrer Hauptziele ist die Förderung des Umweltschutzes. Wilhelm Hammes, Geschäftsführer und Mitbegründer, kam selbst nach Abensberg, um den Vertrag zu unterzeichnen und das Zertifikat zu übergeben. Er war überrascht, welche Projekte in Abensberg bisher schon in Sachen Umweltschutz und CO2-Vermeidung umgesetzt werden: „Ich bin in ganz Deutschland unterwegs und staune, wie viel in Abensberg für die Vermeidung getan

wird.“ Für Hammes ist „die Stadt Abensberg ein herausragendes Beispiel für die heutzutage nötige CO2-Sensibilität.“ Aber auch er weiß: „Auf null kommt man nicht.“ Der gleiche Gedanke war Anlass für die Stadt, über weitere Schritte zur CO2-Neutralität nachzudenken. Dr. Brandl: „Wald als Speicher und neuer, zusätzlicher Wald ist eine echte, nachhaltige Kompensationslösung.“ Weil „Planted“ auch in Deutschland intensiv um Klimaverbesserung

kümmert und eine Sensibilisierung der Bevölkerung erreichen möchte, hat sich Abensberg für die Zusammenarbeit mit dieser Gesellschaft entschieden.

Die langfristige CO2-Neutralität von Abensberg soll über zwei Wege erreicht werden. Der erste Weg ist die konsequente Einsparung von Energie. Ein Prozess, der bereits seit 20 Jahren vorangetrieben wird. Auch aktuell werden zahlreiche Projekte umgesetzt, z.B. der Anschluss von Gebäuden wie dem Haus in der Mauer an die überwiegend regenerative Fernwärmeversorgung und in nächster Zeit der Tausch von Beckenwasserpumpen im Freibad oder die Energiedeckung in Kläranlage und Wasserwerk mit eigenem Photovoltaik-Strom. Diese Projekte sind in den meisten Fällen nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Der Einsatz von Ökostrom und der Ausbau der Marke NATURSTROM Abensberg ist neben den vorgenannten Maßnahmen selbstverständlich.

Auch bei intensiver Verfolgung des ersten Wegs ist eine CO2-Neutralität nicht zu erreichen, so dass als zweiter Weg eine CO2-Kompensation über Ausgleichsmaßnahmen notwendig

ist. „Bei der Stadt Abensberg fallen pro Jahr trotz Einsparmaßnahmen immer noch knapp 780 Tonnen CO2 an“, so Dr. Rainer Reschmeier, Leiter der Stadtwerke Abensberg. In dieser Summe sind neben den direkten Verbräuchen der Liegenschaften (Strom, Heizung, Wasser, Papier, Abfall) und Dienstfahrzeuge sowie Dienststreifen auch die Anfahrtswege der Mitarbeiter berücksichtigt. Nicht berücksichtigt werden CO2-Emissionen der Leistungen der Stadtwerke, die an Dritte weiterverkauft werden; dazu zählen der Eigenverbrauch von Kläranlage und Wasserwerk sowie Fernwärme.

Überzeugen konnte die Art des Projekts, nämlich die Anpflanzung von 780 klimastabilen Bäumen auf einer Fläche in der Nähe von Köln im November 2021. Hinter jeden Baum wird eine Tonne CO2 eines Verified Carbon Standard-Zertifikats hinterlegt, so dass dadurch die Stadt Abensberg vollständig klimaneutral wird. Gemäß einer Studie der Technischen Hochschule Zürich von 2019 ist die Wiederherstellung von Wäldern die derzeit beste Lösung für den Klimawandel. Durch die Investition in ein deutsches Kopplungs-Projekt werden

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Familienbetriebe Land und Forst Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



V.l.: Wilhelm Hammes, Dr. Uwe Brandl und Dr. Rainer Reschmeier.
Foto Ingo Knott, Stadt Abensberg

die CO2-Emissionen der Stadt Abensberg kompensiert.

Die CO2-Kompensation ist zukünftig jedes Jahr geplant, um auf Dauer Klimaneutral zu bleiben. Mehr Infos zur Gesellschaft auf www.planted.green

Bürgermeister Brandl abschließend: „Ich würde mir wünschen, dass unser Vorstoß viele andere zum Mitmachen motiviert. Ge-

meinsam bewegen wir viel und es ist Zeit zu handeln, statt zu lamentieren.“ Denn bei „Planted“ kann jeder mitmachen, egal ob Einzelperson, Firma oder sonstige Einrichtung. Es ist auch ganz einfach, weil „Planted“ die Werte, die auszugleichen sind, ermittelt und sich um die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme kümmert. □

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 2. Dezember 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Umwelttechnologien · Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etsch.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

EN plus
Hackschnitzel
Hackschnitzel
Hackschnitzel

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahren-koesinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:

www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co. KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftungsservice

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

DLW

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@f-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **25 Jahre**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Erhalt des Kulturgutes Artenvielfalt

Es mag Gründe geben, Waldflächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen, die Artenvielfalt fördert dies jedoch nicht. Die großflächige Stilllegung intakter Wirtschaftswälder verursacht vielmehr einen nicht zu verantwortenden volkswirtschaftlichen Schaden, wenn der nachhaltig erzeugte Rohstoff Holz verloren geht. Die Forstwirtschaft ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit, die Natur und Mensch in Einklang bringt und die Artenvielfalt dauerhaft sichert. Gäbe es unsere nachhaltige Forstwirtschaft nicht – man müsste sie erfinden.

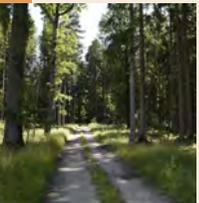
Multifunktional

Forstwirtschaft „stört“ die Natur auf begrenzter Fläche, erhält das Ökosystem Wald aber im Ganzen. Durch solche Störung entfaltet die Natur neue Kräfte und reagiert mit zusätzlichen Arten.



Waldwege

... sind an Naturvielfalt kaum zu übertreffen, da viele Einflüsse von außen auf sie einwirken. Sie bringen von Trockenrasengesellschaften bis zu denen von Feuchtgebieten so ziemlich alles in den Wald, was die Natur hergibt.



Große Wirkung

Im Ökosystem Wald vollzieht sich kleinräumig ein ständiges Entstehen und Vergehen. Durch Bewirtschaftung zufällig entstehende Wasserlöcher reichen aus, um die verschiedensten Amphibien anzuziehen. Irgendwann verschwindet solch ein Biotop, um an anderer Stelle wieder aufzutauhen.



Forst ist Heimat

Mit kaum etwas verbindet der Mensch mehr Heimat als mit dem Wald, in dem er sich geborgen fühlt. Obwohl von Bewirtschaftung geprägt, wird er in seiner Vielfalt vom überwiegenden Teil der Gesellschaft als Inbegriff von Natur empfunden.



Familienbetriebe
Land und Forst
Bayern



Familienbetriebe Land und Forst Bayern e. V.

Max-Joseph-Straße 9

80333 München

Tel.: +49 89 544 96 188

info@FamilienbetriebeLuF-Bayern.de

www.familienbetriebeluf-bayern.de

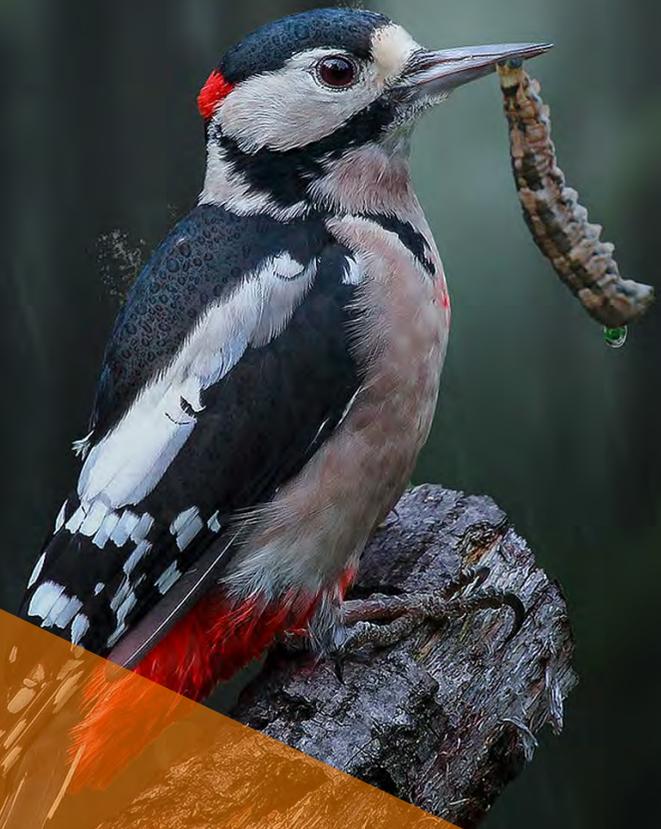
Wer tiefer einsteigen will:



Quelle: Sonderdruck Große Artenvielfalt im Wirtschaftswald –
Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen

Die Aufsätze wurden von der AFZ – Der Wald zur Verfügung gestellt. Sie beruhen auf Ergebnissen zweier Forschungsvorhaben zur Artenvielfalt im Wald von Prof. Dr. G. Hofmann (Waldkunde-Institut Eberswalde) sowie von Prof. Christian Ammer (Universität Göttingen).

Text und Gestaltung: Dr. Nina Krüger, Dr. Eberhard Lasson



WIRTSCHAFTSwald schafft ARTENvielfalt



Familienbetriebe
Land und Forst
Bayern



Vom Naturwald zum Wirtschaftswald

Selbst für die Römer waren die dunklen Laubwälder der Nachzeit furchteinflößend und unwegsam. Trotz umfangreicher Rodungen wurden aber auch die verbleibenden Waldbestände im Mittelalter noch als menschenfeindlich empfunden.

Übermäßige Holznutzung und Besiedlung führten zu großflächiger Waldzerstörung. So entstand beispielsweise die Lüneburger Heide – heute eine Ikone des Naturschutzes. Vor 300 Jahren setzte der Bergmann Hans Carl von Carlowitz das Gesetz der Nachhaltigkeit durch, damit dem Wald nicht mehr entnommen wird als nachwächst – eine geordnete Waldwirtschaft begann.

Erst als der Wald zum Forst wurde, verlor er seine Bedrohlichkeit. Dieses Waldbild ist bis heute Bestandteil unserer reich strukturierten Kulturlandschaft, die zum Inbegriff von Heimat wurde. Nicht zufällig entstand die deutsche Waldromantik in der Zeit, als der Wald für die Menschen erlebbar wurde.



Neues Waldbild für mehr Artenvielfalt

Der unberührte Wald ließ kaum Licht auf den Boden kommen. Dies führte zu deutlicher Artenverarmung. Allein Naturkatastrophen griffen so in den Wald ein, dass sein Blätterdach auf großer Fläche zusammenbrach. Doch durchsetzungsstarke Laubbäume, wie die Buche, dominierten den folgenden Aufwuchs und führten erneut zum Abdunkeln des Bodens.

Mit dem Beginn unserer nachhaltigen Forstwirtschaft und begleitet von einer, in der ganzen Welt geachteten, Forstwissenschaft, entwickelte der „künstliche“ Wald eine ungeahnte Artenvielfalt von Pflanzen und mit ihnen vergesellschafteten Tieren – von Insekten, Amphibien hin zu einer bunten Vogelwelt und Vielfalt an Klein- und Großsäugern.



Artenvielfalt kann man messen

Langzeiterhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass der Wirtschaftswald mehr als doppelt so viele Pflanzenarten beherbergt als ein sich selbst überlassener Wald. Gleichzeitig hat der Wirtschaftswald seine Eigenschaft als Genpool für die Baumarten aus der Frühgeschichte unseres Landes nicht verloren.

Kleinräumige Eingriffe, etwa durch Holzeinschlag und Waldpflege, lassen die Natur mit ihren eigenen Kräften darauf reagieren. Selbst Waldwege schaffen Lebensräume. Sie tragen das Arteninventar der Offenlandschaften in den Wald.

Diese Ergebnisse werden schnell plausibel, wenn man sich die Abläufe im Wirtschaftswald vor Augen führt. Die mosaikartigen Eingriffe – hier eine Pflanzung, dort ein Holzeinschlag, hier eine Waldwiese, dort ein Holzlagerplatz – bieten viel mehr Lebensräume als ungenutzte, dunkle Wälder.